

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 22. November 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Reichskanzler oder Reichstag?

Der vorgelegte „Gesetzentwurf über den Verkehr mit
Leuchtöl“ will der privaten Vertriebsgesellschaft so außer-
ordentlich weitgehende Befugnisse überlassen, daß selbst die
Regierung eine gewisse Aufsicht durch das Reich für notwendig
hält.

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Aufsicht über die
Vertriebsgesellschaft kann um so weniger genügen, als sie nur
dem Bundesrat und dem Reichskanzler beziehungsweise seinem
Kommissar vorbehalten bleiben soll.

Nun soll zwar der Bundesrat erst nach Anhörung eines
Sachverständigenbeirates von 20 Personen den
Durchschnittspreis, nachdem sich die Gewinnanteile gliedern,
heraus oder herabsetzen.

Auch die übrigen recht weitgehenden Befugnisse der
Aufsichtsorgane müßten diesem zweckmäßiger zusammen-
gefaßten Beirat übertragen werden, soweit nicht eine direkte
Beaufsichtigung durch den Reichstag geboten ist.

Noch gefährlicher ist, daß eine Reihe von Vergünstigungen
an die Vertriebsgesellschaft und Entschädigungen an die auf-
gelösten Unternehmungen dem Belieben von Kommissar,
Kanzler und Bundesrat überlassen bleiben.

Völlig ausgeschaltet ist der Reichstag auch bei der
Auflösung der Vertriebsgesellschaft. Nach § 1 des
Gesetzentwurfes steht die Einfuhr, die Herstellung
und der Großhandel von Leuchtöl ausschließlich
dem Reiche zu.

übertragenen Befugnisse zu entziehen. Ebenso bedarf eine
Selbstausslösung der Gesellschaft innerhalb der ersten
10 Jahre der Zustimmung des Reichskanzlers.

In dem Leitartikel vom 20. d. Mts. „Sichert ein
Petroleummonopol niedrige Preise?“ hat sich ein
Druckfehler eingeschlichen.

schaft um 286 858 M. schmälern, die Einnahmen der Pro-
duktionsgesellschaften dagegen um 8,8 (nicht 7,5) Millionen Mark
erhöhen.

Die von der Regierung berechnete Gewinnabelle würde durch
die Berücksichtigung der Tatsache, daß Produktionsgesellschaften und
Vertriebsgesellschaft ein sind, folgendes Bild erhalten:

Table with 3 columns: Verkaufspreis, Gewinn der Vertriebsgesellschaft, Einnahme der Produktionsgesellschaften. Rows show prices from 22 Pf. to 17 Pf.

Die Banken, die sowohl die Vertriebsgesellschaft als auch die
Petroleumproduktionsgesellschaften finanzieren, haben also ein wesent-
lich größeres Interesse an hohen als an niedrigen Verkaufspreisen
trotz der Gewinnkala des Gesetzentwurfes.

Wiederaufnahme des Kampfes.

Dienstag früh sind die Feindseligkeiten bei Tschataldscha
eingestellt worden. Vulgarische und türkische Unterhändler
besprachen die Bedingungen, die zum Abschluß des Waffen-
stillstandes und dann zum Frieden führen sollten.

Was den österreichisch-serbischen Konflikt
anlangt, so steht es jetzt fest, daß um den Herrn Prochaska
kein Krieg geführt werden wird.

Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen.
Konstantinopel, 21. November. Die Vorsteher der
bulgarischen Vorschläge nicht angenommen.

Die Kampfpause.
Sofia, 20. November. Infolge Einleitung der
Verhandlungen zum Abschluß des von den Türken
erbetenen Waffenstillstandes haben die vor Tschataldscha operie-
renden bulgarischen Truppen Befehl erhalten, die Feind-
seligkeiten einzustellen und sich innerhalb der ein-
genommenen Stellungen zu halten.

Die Bedingungen.
Konstantinopel, 21. November. In den von den vier Balkan-
staaten gestellten Bedingungen für einen Waffenstillstand und

Friedensschluß wurde der Verzicht auf die ganze euro-
päische Türkei, Konstantinopel ausgenommen, verlangt.

Die Bedingungen sind nicht endgültig.
Sofia, 21. November. Nach Mitteilungen von kom-
petenter Seite sind die Bedingungen der Balkanstaaten
weder der Form, noch dem Inhalt nach intransigent und lassen
sogar eventuelle Modifikationen durch die Verhand-
lungen zu, so daß anzunehmen ist, daß die Türken sie an-
nehmen, und daß ein Waffenstillstand zustande
kommt.

Die Unterhändler.
Konstantinopel, 21. November. Zu Bevollmächtig-
ten für die Verhandlungen über einen Waffenstill-
stand sind ernannt worden: der Generalissimus der türkischen
Armee Nazim Pascha, der frühere Chef des General-
stabes Jazet Pascha und der Staatsrat Chadan Bey.

Oesterreich und Serbien.
Der Konsul Prochaska.

Wien, 21. November. Die „Neue Freie Presse“ erhielt
aus Prizrend ein vom 17. November nachmittags
datiertes Telegramm des Konsuls Prochaska, in dem
dieser mitteilt, daß er sich wohl befinde und nun nach
Ueskub abreise.

Die Vorstellungen in Belgrad.
Belgrad, 20. November. Der österreichisch-ungarische
Gesandte von Ugron machte gestern beim
Ministerpräsidenten Pasitsch in sehr ernstem Tone nach-
drücklich Vorstellungen wegen des seitens der
serbischen Militärbehörden gegenüber dem in dem besetzten
Gebiet befindlichen österreichisch-ungarischen Konsul beobachteten
Vorgehens.

Die Rechte der Konsuln.
Wien, 21. Novbr. Ueber den Beschluß, den die ser-
bische Regierung bezüglich der fremden Konsuln
in den von den Serben besetzten Gebieten gefaßt hat, wird
der „Politischen Korrespondenz“ aus Belgrad gemeldet, daß
den Konsuln die durch die Militärbehörden bisher ein-
geschränkt gewesene Bewegungsfreiheit zwar
wieder eingeräumt worden sei, die ihnen im Sinne
der in der Türkei bestehenden Kapitulationen zu-
stehenden Befugnisse jedoch auch weiterhin nicht zu-
gestanden werden.

Äußerungen des österreichischen Kaisers.
Wien, 21. November. Den Wärtlern zufolge bemerkte der
Kaiser bei dem gestrigen Delegationsdinner in Budapest gegenüber
ungarischen Delegierten: er müsse die Ungarn hewundern,
wie sie sich im Kriege gehalten hätten; andererseits sei nicht zu

begreifen, daß den Türken das Kriegsglück so wenig günstig gewesen sei. Der Kaiser erwähnte auch die Entsendung eines Konfatsbeamteten nach Pzigrend und sprach die Hoffnung aus, daß sich die Zeitungsmeldungen über die Vorgänge in Pzigrend als übertrieben herausstellen werden, und daß die Angelegenheit eine friedliche Lösung finden werde.

#### „Reichspost“-Bege.

Wien, 21. November. Ein Berichterstatter der „Reichspost“, welcher sich drei Tage in Niksch aufgehalten hat, berichtet über erschütternde Einzelheiten der von serbischen Truppen begangenen Unmenschlichkeiten an gefangenen Türken und Albanesen. Unter anderem habe ihm ein Arzt des Roten Kreuzes in Niksch folgendes erzählt: Bei Skraimo ließ General Stefanowitsch Hunderte von gefangenen Albanesen in zwei Gliedern antreten und sie mit Maschinengewehren niederknallen. Dazu erklärte der General: diese Brut mußte ausgerottet werden, damit Oesterreich keine albanesischen Dicklinge nicht mehr finde. General Djakonowitsch ließ bei Szentja 600 albanesische und türkische Notabeln niedermehren, nachdem 10.000 Albanesen dem Vorrücken der serbischen Truppen große Schwierigkeiten bereitet hatten.

#### Die europäische Konferenz.

London, 21. November. Im Unterhause fragte Sir Eildred Carlile den Staatssekretär Grey, ob, falls nach Einstellung der Feindseligkeiten eine europäische Konferenz zur Regelung der türkischen Angelegenheiten zusammenberufen würde, sich diese auf die unmittelbar aus dem Kriege ergebenden Fragen beschränken oder ob sie auch die besonderen Beziehungen der Türkei zu anderen Staaten umfassen würde. Staatssekretär Grey antwortete: Die Frage, ob eine Konferenz abgehalten werden soll oder nicht, ist von den Mächten noch nicht endgültig entschieden worden. Ich bin daher nicht in der Lage, über ihre mögliche Ausdehnung oder ihr Programm irgend eine Erklärung abzugeben.

Der Liberale King fragte an, ob die Grobmächte bei der Stellung von Forderungen an die verbündeten Balkanstaaten oder an Serbien mit Bezug auf seine Gebietsveränderungen an irgend einem Teile der Adriatischen Küste gemeinsam vorgehen, oder ob Oesterreich-Ungarn selbständig seine Forderungen Serbien aufräume. Sir Edward Grey antwortete: Daß, soweit er unterrichtet sei, es nicht ein genaues Bild der Lage geben würde, wenn er sage, daß irgend eine der Grobmächte schon Forderungen an die verbündeten Staaten formuliert hätte. Der Meinungsaustrausch sei zwischen den Mächten seit Beginn des Krieges fortgesetzt worden. Die Ansicht der britischen Regierung, die von anderen Mächten geteilt werde, sei, daß es nicht wünschenswert sei, wenn bei der eventuellen Regelung ein Teil durch verfrühte Verhandlungen von dem Gange abgetrennt werde.

#### Gegen Mobilisierungsgerüchte.

Petersburg, 20. November. Eine vom Kaiser veranlaßte Befragung des Kriegsministers besagt, daß angeichts der von gewissen Militärs in der Gesellschaft verbreiteten falschen Gerüchte über Vorbereitungen zum Kriege und die Mobilisierung von Heeresstellen strenge Maßregeln gegen die Urheber derartigen Beschwörches getroffen werden sollen.

### Die militärische Lage.

Die alte zähe Defensivkraft, die die Türken, freilich reichlich spät, an der Tschataldscha-Linie wie in Adrianopol, Monastir und Stutari bewiesen haben, erhält ihnen offenbar einen kleinen Streifen ihres einst so gewaltigen europäischen Besitzes, rettet ihnen besonders ihre Hauptstadt Konstantinopel.

Heute läßt sich mit ziemlicher Sicherheit feststellen, daß die Bulgaren bis jetzt an der Tschataldscha-Linie auf Granit gebissen haben. Auf die Dauer läßt sich eine rücksichtslose Offensive, die die Marsch- und Kampfsfähigkeit auch der begehrtesten Truppen überspannt, nicht aufrecht erhalten. Die bulgarischen Gefechts- und Krankheitsverluste, die von der Regierung sorgfältig verschwiegen werden, sind jedenfalls erschreckend hoch. Das schwachbevölkerte Land, das schon halbe Kinder und Greise in die Front schicken mußte, kann keinen Menschenersatz mehr finden. Zudem entzog die Belagerung von Adrianopol der Hauptarmee auf ihrem Vormarsch auf Konstantinopel einen beträchtlichen Teil Truppen. Es ist daher begreiflich, daß Bulgarien bereitwillig auf Waffenstillstandsverhandlungen einging; es kann sein Volk nicht zum Verbluten kommen lassen. Außerdem ist die Aussicht, nach einem, vielleicht sehr verlustreichen Siege an der Tschataldscha-Linie mit überanstrengten Truppen durch choleraverfeuchtes Gelände zu rücken, nicht gerade verlockend. Selbstverständlich werden auch Rückzügen auf internationale Schwierigkeiten, in die die Bulgaren durch einen Einmarsch in Konstantinopel geraten wären, ihre Friedensbereitschaft beeinflusst haben.

Die Erfolge der türkischen Defensive an der Tschataldscha-Linie sind darauf zurückzuführen, daß die Trümmer der geschlagenen Osmaree an frischen kleinasiatischen Truppen Halt und Rückgrat fanden, und daß die verbrecherische Lotterei im Verpflegungswesen wenigstens einigermaßen beseitigt wurde, so daß trotz des Wüthens der Cholera dem Andrängen der bulgarischen Artillerie und Infanterie ein energischer Widerstand entgegengesetzt werden konnte. Nicht unwesentlich ist dabei auch die Mitwirkung der Flotte, deren Geschütze den Bulgaren den Durchbruch an den beiden Flügeln der Tschataldschaline unmöglich machte. Zu einer Forcierung dieser Linie hätten die Bulgaren schwere Positionsartillerie gebraucht. Diese mußte aber zur Beschießung Adrianopels verwendet werden. Die tapfere Haltung der dortigen türkischen Truppen kann bewirken, daß die erste Residenz der türkischen Sultane auf europäischem Boden dem Halbmond erhalten bleibt. Ein weiterer energischer Kampf der Türken an der Tschataldscha-Linie wird die Balkanstaaten zwingen, ihre Forderungen bedeutend zu mildern.

Auch die türkische Bestarmee hat sich bei Monastir noch einmal zu energischem Widerstande aufgerafft. Die serbischen Meldungen über die Eroberung dieser Stadt sind nicht recht klar: jedenfalls haben die Serben hier noch verlustreiche Kämpfe zu bestehen gehabt.

Die Montenegriner kommen vor Stutari nicht von der Stelle. Es scheint, als ob sie einen großen Teil ihrer Truppen dazu verwenden, an der Küste des Adriatischen Meeres Terrain zu gewinnen.

#### Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die letzten Kämpfe an der Tschataldscha-Linie.

Konstantinopel, 21. November. Generalissimus Nazim Pascha meldet telegraphisch: Gestern Abend verließ der Feind die Verschanzungen, welche er nach seinem dreitägigen Vorrücken errichtet hatte und zog sich an einigen Punkten sieben Kilometer von der Verteidigungslinie zurück.

Starke Rekognoszierungskolonnen, die unter dem Kommando von Offizieren von unseren Divisionen entandt worden waren, fanden an mehreren Orten eine Anzahl von Verwundeten und erbeuteten eine Menge von Gewehren, Munition und Ausrüstungsgegenständen. Es wurden auch zahlreiche Tote aufgefunden.

#### Die Mitwirkung der Flotte.

Konstantinopel, 20. November. Ein Telegramm des türkischen Flottenkommandanten von Wüjüsch Medschide (Südlicher Flügel der Tschataldscha-Linie) vom 17. d. M. besagt: Die Stille, die bis Mitternacht dauerte, wurde gestern 8 Uhr 50 Minuten durch Mitrailleurfeuer der Posten auf den Höhen von Kalikratia unterbrochen. Das Feuer dauerte bis 4 Uhr 15 Minuten morgens und begann auf der ganzen Linie wieder um 6 Uhr 40 Minuten. Nachdem wir die Position des Feindes festgestellt hatten, eröffneten wir das Feuer von den Kriegsschiffen aus, wodurch dem Feinde große Verluste beigebracht wurden. Nach den Signalen unserer auf dem Lande befindlichen Leute wurde eine feindliche Batterie zerstört. Die Kanonen der Panzerschiffe brachen bald eine zweite bulgarische Batterie zum Schweigen. Die Granaten von den Panzerschiffen legten verlassene Dörfer in Brand. Papasburgas wurde teilweise zerstört. Der Feind, der sich bemühte, in Tschatepe am See Wüjüsch Tschemedschke Artillerie in Stellung zu bringen und Verschanzungen zu errichten, wurde vernichtet und die Verschanzungen zerstört.

Ein vom Kommandanten des Panzerkreuzers Zorghut-Reich heute früh 1 Uhr aufgegebenes Telegramm besagt: Das türkische Detachement in Verkos (nördlicher Flügel der Tschataldscha-Linie) hat dank unserer dreitägigen Kanonade und unter unserer Bedeckung den Feind an der Küste von Ormonly, zehn Meilen nördlich von Karaburnu zurückgetrieben.

#### Bulgarische Meldungen.

Sofia, 20. November. Die „Agence Bulgare“ erklärt alle Meldungen aus türkischer Quelle über angebliche Siege der Türken bei Tschataldscha für falsch und tendenziös.

Das Blatt „Mir“ meldet, daß gestern eine Abteilung bulgarischer Kavallerie mit drei Bataillonen Infanterie die türkische Besatzung auf den Höhen nördlich der Stadt Fere an der Straße nach Dedeagatsch, die aus etwa zwei Bataillonen bestand, angegriffen und nach kurzem Kampfe in die Flucht geschlagen habe. Die Türken hätten einen aus einer Lokomotive und vierzehn Wagen bestehenden Eisenbahzug, der mit Lebensmitteln, Munition und Pferden angefüllt war, zurückgelassen. Der Zug sei nach Dimotica gebracht worden.

Bei Adrianopol hätten die Türken vorgestern einen Durchbruchversuch unternommen, seien aber nach lebhaftem Kampfe, der den ganzen Tag über andauert habe, mit beträchtlichen Verlusten in die Festung zurückgeworfen worden. Die Eisenbahnverbindung zwischen Dimotica und Dedeagatsch sei wiederhergestellt.

#### Das Elend unter den Flüchtlingen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 20. November. Die Sophien-Moschee ist seit dem 15. d. Mts. mit zahlreichen Flüchtlingen und kranken Soldaten, deren Zahl angeblich etwa 3000 beträgt, gefüllt. Infolge eines Zwischenfalls mit der Stadtpräsektur und anderen Behörden entstandenen Kompetenzkonfliktes (1) wegen der Verpflegung der Flüchtlinge verließen diese am 16. die Moschee und nahmen in zwei nahe gelegenen Häusern gewaltsam Lebensmittel weg. Die Moschee wurde darauf durch einen Militärordon abgesperrt.

#### Die Cholera.

Konstantinopel, 20. November. Infolge der Cholera sind sämtliche Schulen geschlossen.

Sofia, 21. November. Ein aus Tschataldscha zurückkehrender Arzt erzählte, die Türken hätten täglich 1000 Cholerafälle. Bulgarien ergreift umfassendste Maßnahmen gegen die eventuelle Einschleppung. Alle südlich von Philippopel gelegenen Spitäler werden gesperrt.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

##### Die Kämpfe bei Monastir.

Belgrad, 21. November, vormittags. Von amtlicher Seite wird über die Kämpfe bei Monastir jetzt folgender Bericht verbreitet: Das Gefecht erstreckte sich über eine Linie von 50 Kilometern. Die Türken hatten 70.000 bis 80.000 Mann (?) mit 100 Geschützen zusammengezogen. Die türkischen Positionen, besonders die im Nordwesten von Monastir, waren besetzt und durch Blenden unkenntlich gemacht. Die Verdrängung der Türken aus diesen Stellungen war mit großen Opfern verbunden, zumal die Bevölkerung der in der Gegend liegenden Ortschaften gegen die Serben kämpfte. Die serbische Artillerie griff erfolgreich in den Kampf ein. Die Infanterie rückte durch überschwermettes Gebiet vor und war großen Verlusten ausgesetzt. Nachdem die wichtigsten türkischen Stellungen genommen worden waren, versuchten die Türken nach Ohrida durchzubrechen. Als dieser Versuch mißlang, wandten sie sich zur Flucht. Infolge des Rebells gelang es zunächst einer Division, nach Florina zu entkommen. Dann begann die völlige Auflösung der türkischen Armee, die in wilder Flucht ihr Heil suchte. In den Kämpfen, die vier Tage währten, wurden 2000 Türken getötet oder verwundet. Auch die Serben erlitten große Verluste. Schon am zweiten Tage der Schlacht eroberten die Serben eine türkische Gebirgsbatterie und vier Belagerungsgeschütze. Am letzten Kampftage erbeutete die Drinadivision 36 Feldgeschütze. Die fliehenden Türken wurden von der serbischen Kavallerie verfolgt.

Belgrad, 21. November. Das Hauptquartier der ersten Armee ist von Briley nach Monastir verlegt worden.

#### Die Griechen gegen die Trümmer der türkischen Bestarmee.

Athen, 21. November. Der Kronprinz telegraphiert unter dem 20. d. Mts. aus Panika: Nachdem meine Armee die Pässe von Gornitschevo und Kislerdani überfahren hatte, entwickelte sie sich auf der Linie Zabrdani-Florina und besetzte diese letzte Stadt. Die türkische Armee, die bei Monastir von den Serben angegriffen und von der Verbindung mit Resna abgeschnitten wurde, zog sich in Unordnung auf Florina zurück. Ich habe heute diejenigen, die nicht mehr Zeit hatten, sich zurückzuziehen, abgefangen. Eine große Menge Munition und Kriegsmaterial fiel in unsere Hände. Die Anzahl der Türken, die sich auf Florina zurückgezogen haben, beläuft sich auf 30.000 Mann.

### Vom montenegrinischen Kriegsschauplatz.

#### Die Eroberung von Alessio.

Njeka, 20. November. Ueber den am Montag bei Alessio stattgefundenen Kampf berichten hierhergebrachte Verwundete, die an dem Kampfe teilgenommen haben: Unterhalb der Höhe des Crni Brh machten die Türken einen Frontangriff gegen die gedeckte Stellung der Montenegriner. Als bald entwickelte sich ein lebhafter Bajonettkampf. Die Türken hielten sich glänzend, doch gelang es den Montenegrinern, den Feind unter großen Verlusten zu zersprengen. Die Zahl der Toten und Verwundeten auf türkischer Seite wird mit 600 angegeben; die Montenegriner hatten sechs Tote und 52 Verwundete. Die türkische Kriegskasse mit 100.000 österreichischen Kronen wurde erbeutet und acht Soldaten gefangenengenommen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. November 1912.

#### Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses

erörterte am Donnerstag zunächst die Frage, was als Werbungskosten beim Bergbaubetrieb von dem Einkommen abgeschrieben werden darf. Entgegen der Regierungsvorlage, die eine Abschreibung in bestimmten Prozentsätzen des Verkaufspreises der jährlichen Förderung vorsah, einigte man sich auf einen konservativen Antrag, der im wesentlichen nur die Festlegung der bereits jetzt geltenden Rentenformel bedeutet.

Von größerer Wichtigkeit war die Beratung des § 19, der von dem Kinderprivileg handelt. Hier hat die Kommission in erster Linie eine Erweiterung des Kinderprivilegs insofern vorgenommen, als bei Besitzen mit einem Einkommen von weniger als 1200 M. bereits bei dem Vorhandensein eines Kindes oder eines anderen Familienangehörigen, zu dessen Unterhaltung sie verpflichtet sind, eine Ermäßigung um eine Stufe eintreten sollte. Gegen diesen Beschluß machte der Finanzminister namens des Ministers des Innern das Bedenken geltend, daß dadurch die Gemeinden einen großen Ausfall an Steuereinnahmen erleiden würden, er hat deshalb um Beibehaltung des jetzigen Zustandes. Ein freikonservativer Vermittlungsantrag, der dahin ging, daß die auf Grund dieser Bestimmung gewährten Ermäßigungen bis auf weiteres für die nach dem Maßstabe der Einkommensteuer zu entrichtenden Kommunalabgaben außer Betracht bleiben sollen, fand weder bei der Regierung noch bei der Mehrheit der Kommission Gegenliebe. Zwar wurde allseitig die Notlage der meisten Gemeinden anerkannt, aber man war sich im großen ganzen darüber einig, daß zur Beseitigung dieses Zustandes das Kommunalabgabengesetz geändert werden müsse, daß jedoch mit dem freikonservativen Antrage wenig anzufangen sei, zumal da damit den Besitzen auch nicht gebüht wäre. Auf's allerhöchste wandte sich der Finanzminister gegen einen auch von sozialdemokratischer und teilweise auch von nationalliberaler Seite unterstützten fortschrittlichen Antrag, der bei Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 6000 M. auch die Ehefrau zu den Unterhaltungsabgaben gerechnet wissen wollte, bei deren Vorhandensein eine Steuerermäßigung Platz greift. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß die Staatsausgaben mehr und mehr wachsen, daß das Abgeordnetenhaus fortwährend auf eine Steigerung der Ausgaben dränge und daß man unmöglich den durch den Antrag bedingten Ausfall von rund 16 Millionen Mark tragen könne. Im schroffen Gegensatz hierzu stellten sich die Redner der Linken auf den Standpunkt, daß man, solange keine Aussicht auf Beseitigung der Steuerzuschläge vorhanden sei, wenigstens auf eine Entlastung der minderbemittelten Hinwirken müsse. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt.

Zu § 28, der von der Auskunftspflicht der Arbeitgeber handelt, hatte die Regierung vorge schlagen, die Auskunftspflicht auch auf die Angestellten mit über 3000 M. Gehalt auszudehnen, doch sollte von diesen Angestellten nur der Name, nicht aber das Einkommen angegeben werden. Die Kommission hat statt dessen den Arbeitgebern die volle Auskunftspflicht auch in bezug auf diese Kategorie ihrer Angestellten auferlegt. Ein freikonservativer Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wurde damit begründet, daß man die Privatbeamten nicht als zweifelhafteste Steuerpflichtige absteuern dürfe, daß man keine Mißstimmung erzeuge und ihre Einkommensverhältnisse nicht der Öffentlichkeit preisgeben dürfe. Demgegenüber betonte der sozialdemokratische Redner, daß alle diese Argumente genau so auf die Arbeiter zutreffen. Wollte man Mißstände vermeiden und eine Ungerechtigkeit beseitigen, dann müsse man überhaupt die Auskunftspflicht der Arbeitgeber streichen und allgemein den Deklarationszwang einführen. Auf dem gleichen Standpunkt stellte sich das Zentrum und ein fortschrittlicher Redner, während sich die Nationalliberalen, ein Teil der Konservativen und ein anderer fortschrittlicher Redner für den freikonservativen Antrag aussprachen. Der Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Zu § 25 endlich wurde ein freikonservativer Antrag abgelehnt, der verlangte, daß nicht nur jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. zur Einkommensteuer veranlagte Steuerpflichtige zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet ist, sondern überhaupt jeder, der in dem vorausgegangenen Kalender- bezw. Wirtschaftsjahre ein Einkommen von mehr als 3000 M. gehabt hat, auch wenn er zu einem geringeren Einkommen veranlagt war. Die nächste Sitzung findet am Sonnabend statt.

#### Die christlichen Gewerkschaften und die päpstliche Enzyklika.

In Köln tagte am Donnerstag der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, um zu der durch die päpstliche Enzyklika geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Der Ausschuss beschloß, zur Klärung und zum Abschluß der Angelegenheit einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß zu berufen, der am Dienstag, den 26. November, in Essen a. d. Ruhr im städtischen Saalbau zusammenzutreten soll. Der Ausschuss des Gesamtverbandes ist eine aus 40 christlichen Gewerkschaftsverbänden bestehende Institution, in der alle angeschlossenen Verbände durch ihre Vorsitzenden und Redakteure vertreten sind. Es wird noch über die Tagung berichtet. Einmütig einigte man sich dahin, daß über die Abhaltung des Kongresses sowie auch über die Beurteilung der Situation innerhalb des Gesamtverbandes vollkommene Uebereinstimmung bestehe. Als Referent zu dem Gewerkschaftskongreß ist Stegerwald ernannt.

#### „Der Nutzen der päpstlichen Enzyklika.“

Aus Bestalen wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ nahm in der Dienstagnummer Notiz von dem Verhalten eines katholischen Fabrikanten in Mendon, der die streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter unter Berufung auf die neueste päpstliche Enzyklika zur bedingungslosen Unterwerfung auf-forderte. Es dürfte vielleicht interessieren, daß der betreffende Unternehmer Besitzer einer Devotionsfabrik und außerdem „päpstlicher Hoflieferant“ ist! Dem christlichen „Vergnügen“ erscheint es „un-gescheulich“, daß die Firma, die Enzyklika für ihre geschäftlichen Zwecke mißbraucht. Die aussperrenden Fabrikanten sind fast durchweg fromme Zentrumsteute, die ausgesperrten christlich organisierte Arbeiter! Anlässlich einer ähnlichen Sachlage, nämlich bei der Aussperrung der christlichen Textilarbeiter durch die fromm-katholischen Textilindustriellen

des Münsterlandes im Jahre 1902, wußte derselbe „Bergknapp“ kräftigere Töne zu finden. Damals schrieb er nämlich:

„Hier glauben wir wieder eine oftmals gemachte Erfahrung bestätigt zu finden, daß diejenigen am allernützlichsten taugen und die größten Tüchtigkeiten sind, die in der Kirche den Ausschlag erwecken, als wollten sie aus lauter Liebe zum Erzieher diesen vom Kreuz nehmen und sich selber daran hängen. An den Vorkämpfern mühten solche Tyrannen von Unternehmern gebracht werden, die vom Schweiße der armen Arbeiter sich ihre faulen Körper nähren, den Arbeitern kümmerlichsten Lohn zahlen und das gesetzlich gewährleistete Recht der Organisation verkümmern.“

Daß sich die Schwarzgelben mit solchen Erfahrungen selbst ohrtreuen, scheinen diese Zeile gar nicht zu merken. Es ist ihnen begreiflicher Weise sehr unangenehm, daß es ausgerechnet fromm-katholische Kapitalisten sind, die den christlichen Arbeitern die Klassenkampfsidee mit der Hungerpeitsche einbläuen. Aber die Tatsache können sie auch heute nicht bestritten!

### Roldromb und seine Folgen.

Der Gutsbesitzer von Treznitz hat jetzt noch gerade zwei Monate Zeit, dann muß er den Sack mit Goldstücken nehmen, ob er will oder nicht, und das Gut Roldromb, das kürzlich mit enteignet wurde, verlassen. Wir haben schon zu verschiedenen Malen festgestellt, daß und solche Revolutionsgezeiten — um ein von der „Deutschen Tageszeitung“ viel beliebtes Wort zu gebrauchen, durchaus nicht unangenehm sind. Die Regierung und ihre Junker behaupten allerdings, der Zweck dieser Enteignung sei, den deutschen „Bauernstand“ vor der polnischen Invasion zu schützen. Roldromb wird aufgeteilt, das hochherrschastliche Schloß und noch etliches dazu wird eines der berühmten oder richtiger berückichtigten Festgüter. Warum gerade in der Provinz Posen das Bedürfnis des Bundes der Landwirte, seiner Freunde und der preussischen Regierung nach Restitutions so groß ist, zeigen die folgenden Auslassungen, die wir dem „Tag“ vom 17. April 1904 entnehmen. Dort schrieb der Grundbesitzer Ruske, Klein-Dreuzen, unter anderem das Folgende:

„Infolge der in einzelnen Kreisen recht weit vorgeschrittenen Aufteilung der großen Güter fürchten die Großgrundbesitzer ihren bis dahin allein maßgebenden Einfluß in den Kreistagen etwas zu verlieren, obwohl die Gefahr noch gar nicht einmal so groß ist. Denn infolge der famosen Kreislagordnung für Posen hat der Kleinbesitz gegenüber dem Großbesitz eine so geringe Wahlberechtigung, daß letzterer überall bei weitem in der Mehrheit in den Kreistagen vertreten ist. Selbst aber eine Herabminderung ihrer bisherigen Zahl wollen diese Herren nicht dulden, denn es könnte dann doch gelegentlich zur Opposition kommen, und dieser Eventualität soll durch Bildung der Restgüter, auf die dann das bisherige Stimmrecht des ganzen Gutes übergehen würde, vorgebeugt werden.“

Gerade aber auf dem kommunalen Gebiete stehen sich die Interessen von Groß- und Kleinbesitz oft recht scharf gegenüber. Besonders sind es die Wegebau- und andere Verkehrsverhältnisse, bei denen die Großgrundbesitzer infolge ihrer Majorität nur ihre Vorteile wahrnehmen. Große Summen werden auf Kosten der Allgemeinheit des Kreises für Chaussee- und Bahnbauten verausgabt, die eigentlich nur für die großen Güter in Frage kommen. Hier im Kreise Plesne sind bei einem Bahnbau große Bauerdörfer von 800 bis 1000 Einwohnern einfach übergangen worden, nur damit die Bahn an zwei bis drei Gütern vorbeiführen konnte. Ebenso verhält es sich mit den Chausseebauten. Dagegen wird für die Bauerdörfer fast nichts getan, trotzdem diese den größten Teil der Kommunallasten aufbringen müssen.“

Die Enteignungspolitik der preussischen Regierung ist also zu einem Teile Mittel zu dem Zweck, der Entjunkerung Preußens vorzubeugen.

Und wie steht es mit der anderen Sache, der Entpolonisierung? Auf allen deutschen Fideicommissen in Polen gibt es 8808 Deutsche und 20 460 Polen, oder in Prozenten ausgedrückt: über 84 Prozent der Bevölkerung entfallen auf die Polen und noch nicht 16 Prozent auf die Deutschen. Dies stellen nicht wir fest, sondern der Reichstagsabgeordnete und Führer des Bauernbundes Dr. Karl Döhme in seiner Schrift: „Deutsche Bauernpolitik“, 3. Auflage 1912, Seite 103; die überdies noch mehr Interessantes über die Restgüter zu sagen weiß. Diese Restgüter sind nämlich ihrer ganzen Struktur nach Herde des Polenums. „Auf so einem Rittergute ist doch gewöhnlich nur der Besitzer mit seinem Inspektor deutsch.“ Wir sind zwar keineswegs der Ansicht, daß die polnischen Arbeiter so ohne weiteres eine preussische Staatsgefährde sind. Und interessiert neben dem damit verbundenen Revolutionsgezeiten am preussischen Enteignungsgefeß nur die Tatsache, daß es einmal durch die Restgüterpolitik Großjunkerinteressen wahrnimmt und zum anderen, daß die durch die Enteignung angeblich erzielte Germanisierung der polnischen Gebiete sauer schmeckt.

### Steuern zur Auswahl.

Wie die „Tägliche Rundschau“ erklärt, ist die bereits seit geraumer Zeit angehängte Denkschrift des Reichshofrathes zur Besteuerungsfrage fertiggestellt und den Regierungen der Einzelstaaten zu gegangen. Das Reichshofrath nimmt in dieser Denkschrift zu seiner der vorgelegten Steuern Stellung, will es vielmehr den verschiedenen Regierungen überlassen, sich auf den einen oder anderen Steuerentwurf zu einigen. Die Denkschrift wird zunächst im preussischen Staatsministerium beraten werden und erst dann wird der Reichsanwalt mit dem Antrag Preußens vor den Bundesrat treten. Vor Beanstandung soll noch eine Erklärung der leitenden Minister über die Besteuerungsfrage herbeigeführt werden. Die Vorlage selbst dürfte erst gegen Ende März dem Reichstage zugehen.

### Das „Wahlrecht“ der Beamten.

In einem Wahllokal der Stadt Bochum trat ein Schuhmann an den Wahlstisch und wählte die sozialdemokratische Liste. Darauf großes Erstaunen des Wahlvorstehers, der nochmals die Wahlausweisliste musterte, auf die der Wähler als Schuhmann verzeichnet war. Sie haben sich wohl mit dem Vorlesen der Namen geirrt, wollen Sie diese wirklich wählen? Nein, nein, Irrtum ist ausgeschlossen, entgegensteht der Schuhmann und verschwand. Als man den Uebelthäter „fassen“ wollte, stellte sich heraus, daß der Wähler früher Schuhmann gewesen war. Kaum war die Szene beendet, trat wieder ein Schuhmann vor — aber diesmal ein wirklicher — und wählte die sozialdemokratische Liste. Verlegen schweigen. Nach einer Viertelstunde tritt jedoch plötzlich derselbe Schuhmann an den Wahlstisch und klopft nun eine Entschuldigung hervor, er habe vorher durchaus nicht gewußt, daß es sich bei der Wahl um Politik handle, um die er sich nicht bekümmere! . . . Der Wahlvorsteher machte ein bedenkliches Gesicht und zuckte dann mit der Achsel.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Graf Tisza in Arab.

Budapest, 21. November. (Fig. Ver.) Seit Tagen wurden die Vorbereitungen zum Empfang des Grafen Tisza in Arab von der Regierung getroffen. Gendarmerte und Militär wurden konzentriert, ein Trupp hauptstädtischer Detachments rückte an, um die Arbeiterorganisationen zu beschneiteln und jeden von Budapest eintreffenden Genossen auf Schritt und Tritt zu beobachten.

Die Arbeiterorganisationen beschlossen für den Tag der Ankunft des Grafen, da dieser wohlweislich einen Arbeitstag wählte, den Generalstreik. Dem Beschluß zufolge sollte der Generalstreik um 1/12 Uhr mittags beginnen. Die Fabrikanten drohten

Ausperrung für die ganze Woche an. Die Arbeiter künften sich aber nicht um diese Drohung, und legten zur bestimmten Stunde die Arbeit nieder. Nur der Waggonfabrik gelang es, einen Teil der Arbeiter, etwa 280 Mann, zurückzubehalten, indem sie den Trakt, in welchem dieselben arbeiteten, abspernte. Nach der Ankunft Tiszas wurden auch diese herausgelassen, was dieselben jedoch nicht abhielt, die Fabrikdirektion wegen Beschränkung der persönlichen Freiheit zu verklagen.

Am Tage der Ankunft standen 35 berittene Polizisten, die gesamte Polizei mit ihren Offizieren, zwei Dutzend Detachments, 800 Gendarmen vor dem Bahnhof und auf den Straßen, die Tisza passieren mußte. Alle Straßen, die nach dem Versammlungsort führten, waren vollständig gesperrt. Tagsüber ließ man niemanden passieren. Der Bahnhof war von den Gendarmen garniert, die Straßen vom Bahnhof zum Hotel durch einen Polizeikordon geschützt.

Tisza wurde mit ohrenbetäubendem Geschrei und Pfeifen empfangen, vor seinem Hotel war der Lärm ein furchtbarer. Nieder mit dem Verfassungshändler! Nieder mit Tisza! Pfui! wurde gerufen trotz der Bajonette, die ihn schützten, selbst dann noch, als die Gendarmerte einen Bajonetangriff gegen die Demonstranten machte.

Die Erbitterung des Volkes wuchs immer mehr, der Polizeihauptmann befürchtete einen Sturm auf das Hotel, er ließ durch die Gendarmerte und berittene Polizisten das Volk auseinanderreiben. Und nun begann ein erbitterter Straßenkampf zwischen Gendarmerte und Arbeitern. Die Gendarmen hausten wie die Hannibalen und trieben das Volk zur Notwehr. Ein Diebelswagen, der zu einem Bau fahren wollte, wurde von den Arbeitern angehalten, und in wenigen Minuten war der Wagen seiner Last ledig. Die Diegel flogen auf die Gendarmen und Polizisten. Diese antworteten mit Revolvergeschüssen. Ein zwölfjähriger Knabe wurde durch die Stirn getroffen, mehrere Arbeiter durch Revolvergeschüsse verwundet. Ein berittener Polizist wurde vom Pferd gerissen. Acht Gendarmen und 14 Polizisten wurden verwundet. Die Zahl der verwundeten Arbeiter ist unbekannt, da dieselben von ihren Kameraden fortgebracht wurden. Alle Fenstercheiben des Hotels, des Stadthauses, beim Bürgermeister und bei Regierungsbeamten wurden eingeschlagen. Die Demonstration endete erst am späten Abend, nach 11 Uhr fuhr Tisza in aller Stille auf den Bahnhof, um Arab zu verlassen. 36 Arbeiter sind verhaftet worden.

### Eine Niederlage der ungarischen Regierung.

Budapest, 21. November. (Fig. Ver.) Am Mittwoch stand das Parteiorgan der ungarischen Sozialdemokratie vor dem Geschworenengericht. Am 4. Juni brachte das Blatt einen energischen Aufruf an die Arbeiterklasse, worin gesagt wird, daß von nun an kein Gesetz in Ungarn gilt, da die Regierung das Gesetz mit Füßen getreten habe. Der Artikel wurde inkriminiert. Mittwoch haben die Geschworenen den Verfasser dieses Artikels freigesprochen. Dieser Freispruch hat in Regierungskreisen große Konfektion verursacht.

### Belgien.

#### Der Ministerpräsident gegen die Wahlreform.

Brüssel, 20. November. (W. L. B.) Deputiertenkammer. Bei der Debatte über die Regierungsberklärung führte der Ministerpräsident aus, daß die Regierung den Antrag der Sozialisten auf Abänderung der Verfassung deshalb ablehne, weil er unter Androhung des Generalstreiks erfolgt sei. Der sozialistische Abgeordnete Vandewilde wies darauf hin, daß bei der kategorischen Weigerung der Regierung die Lage gefährlich werden würde.

### Generalsstreikvorbereitungen.

In Gent wird in zwei der bevölkerlichsten Teilen der Stadt eine Probe mit der gemeinsamen Speisung, der „Lomannischen Suppe“, gemacht. Die Reste sind schon beschafft. Ein Liter Suppe wird für 10 Centimes abgegeben. Es sind Vorkehrungen zur Verpackung von 20 000 bis 25 000 Streikenden ins Auge gefaßt. Der „Groot“ hat an die Schlichter der Stadt die Anforderung gerichtet, mit ihm wegen Lieferung des erforderlichen Fleisches in Verbindung zu treten. Eine Anzahl hat zustimmend geantwortet.

### Flottenpläne.

Raum ist die neue Behovorlage eingebracht, die eine gewaltige Steigerung der Gut- und Mutosper für die hehre Idee des belgischen „Vaterlandes“ fordert, da verlaute schon wieder von neuen, noch weiter ausgreifenden militärischen Plänen. Wie der „Tempo“ berichtet, wird in einigen, namentlich Antwerpen streifen die jegliche Gelegenheit der Weltpolitik für günstig gehalten, auch den Grund zu einer Kriegsmarine zu legen. Man weist darauf hin, daß die Landesverteidigung eine Sicherung der Unterselbe erfordert, und empfiehlt zunächst Schaffung einer Flotte von Torpedobooten, die als Kern einer Marine dienen soll. Daß die Regierung diesem Plane freundlich gegenübersteht, geht aus der Schaffung einer besonderen Abteilung für Seewesen hervor, an deren Spitze der Antwerpener Abgeordnete Seger gestellt ist. Dieser hat bei einem Bankett der Antwerpener Handelskammer erklärt, der König habe durch Schaffung des neuen Ministeriums seinen Willen ausgedrückt, dem Seewesen den Ehrenplatz zu geben, der ihm in einem auf den Außenverkehr angewiesenen Lande zukomme. Also „der Dreizack gehört in unsere Faust“ auch in Belgien. Es ist die natürliche Konsequenz des Eintretens in die Reihe der Kolonialmächte, während die vorgeschobene Landesverteidigung auch hier zum Deckmantel für kapitalistische Referenzen- und Kolonialpläne und monarchischen Ehrgeiz gut genug ist. Das Volk aber darf zahlen.

### Italien.

#### Bertolini Kolonialminister.

Rom, 19. November. (Fig. Ver.) Wie die „Tribuna“ mitteilt, wird der konservative, erst unlängst zum Giolittianus beehrte Abgeordnete Bertolini zum Kolonialminister ernannt werden. Seine Befähigung für dieses Amt scheint der zu Ernennende durch seine unglaublich wertlose Relation zum Gesandten über die Wahlrechtserweiterung erbracht zu haben. Was der Relation an Geist fehlte, ersah sie freilich durch Willfährigkeit; war doch Bertolini feinerzeit ein Gegner der Wahlrechtserweiterung gewesen. Im Portefeuille des Kolonialministers heimst er jetzt den Lohn für seine Befehle ein. Wie schon, daß wir wohl den Minister haben, daß aber die Kolonien fehlen!

Rom, 21. November. (W. L. B.) Der König hat ein Dekret unterzeichnet, durch das ein Ministerium der Kolonien eingerichtet und der Deputierte Pietro Bertolini zum Kolonialminister ernannt wird. Dem Kolonialministerium werden Tripolis, die Azoren, Erithraea, Italienisch-Somaliland und die Protektorate von Nord-Somaliland unterstehen.

### Die vierte Verlustliste des libyschen Krieges.

Das Kriegsministerium veröffentlicht jochen die vierte offizielle Verlustliste, die die Namen von 22 Offizieren und 240 Soldaten enthält. Als Summe aller vier Listen ergibt sich die Zahl von 58 Offizieren und 1028 Mann, wobei, wohlverstanden, nicht

die an Krankheit Verstorbenen und nicht die Verschollenen aufgegriffen sind. In der Liste befinden sich Namen von Toten, die schon im Oktober vorigen Jahres gefallen sind! Es dürfte kaum die letzte Liste sein!

### England.

#### Ämtliche Feststellungen über die Putumagogreuel.

Vor der vom Hause der Gemeinen eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Menschenqualereien in Putumago erhielt die englische Generalkonferenz in Rio de Janeiro, Sir Roger C. E. J. F. M., der mit der Untersuchung an Ort und Stelle beauftragt gewesen ist, um über seine Erhebungen und speziell über die Mitschuld der Direktoren Auskunft zu geben. Er erklärte, daß er über die Kenntnis der in London lebenden Direktoren der Gesellschaft nichts sagen könne. Von den in Amerika lebenden Teilhabern der Firma Arana Brothers aber erklärte er mit voller Bestimmtheit auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sie für verantwortlich halte:

„Ich halte sie für strafrechtlich verantwortlich. Das System kam nicht auf durch Zufall, Irrtum oder Nachlässigkeit. Ich halte es für plammäßig eingeführt. Die Direktoren am Putumago waren meiner Ansicht nach mit den Dingen bekannt. Er Arana, der Seniorchef, besuchte das Gebiet 1903.“

Über die Vorgänge selbst teilte Sir Roger auch manches neue mit. Er erzählte von Streifzügen, die von Angestellten der Firma vor seinem Besuche in mehreren Staaten von Columbia veranstaltet und bei denen Eingeborene ermordet, ihre Häuser und Besitz weggenommen wurden. In einem Falle wurden 33 in einem Handelsorte in Columbia geraubte Tonnen Gummi als Eigentum der Putumago-Amazonas-Gesellschaft nach London gebracht. Sir Arana war davon unterrichtet. Er besuchte die Gegend nach diesen Vorgängen. Vorsitzender: „Um einzugreifen?“ — Sir Roger: „Nein, um die Verbrecher zu verdeden.“ — Vorsitzender: „Wurde eine Verurteilung der Verbrecher eingeleitet?“ — Zeuge: „Gang und gar keine.“

Der Zeuge bestätigte die Mitteilungen über die Eingeborenenjagen. Leute wurden mit Gewehren ausgesandt, um Indianer wie wilde Tiere zu fangen. Die Weggekauften wurden niedergeschossen, die anderen, weggetrieben von ihrem Heim, wurden in die Wälder gejagt. Wenn sie dort zu wenig Gummi sammelten, wurden sie gepeitscht. Entlassen sie dann, so wurden wieder Bewaffnete ausgesandt, um sie niederzuschlagen. Manche dieser Menschenjäger verübten auch Verbrechen auf eigene Hand. Von einigen sagt Sir Roger, daß sie milder zu beurteilen seien, da sie schon in der Jugend eingefangen und zu ihrer Rolle „erzogen“ worden seien. Das Wesen des Systems war die Territorisierung der wilden Stämme, damit sie alles täten, was die Agenten forderten. — Als Abhilfemittel wußte auch dieser Sachkundige nichts anderes vorzuschlagen, als bessere Überwachung durch die Direktoren und irgendein Ueberwachungssystem. Wieviel aber mag das alles nützen, wenn das System: Beschäftigung widerstandsunfähiger Eingeborenen auf private Rechnung und für privaten Profit aufrechterhalten werden soll? Die „Kaschüne“ dieser Art Kolonialpolitik sind eben, wie die Vorgänge in den verschiedensten Kolonialgebieten zeigen, ein untrennbarer Bestandteil des ganzen Kolonialsystems. Ist doch dessen Zweck nicht etwa die Beschaffung sonst unzugänglicher tropischer Naturgüter, sondern die Erzielung unverhältnismäßigen Gewinns auf Kosten wehrloser Naturvölker. Alles natürlich zur höheren Ehre des Christentums und der Kultur.

### Amerika.

#### Sozialistische Fortschritte in Nordamerika.

Daß die sozialistische Partei irgendwo einen Stillstand zu verzeichnen oder unterliegt sie einmal den vereinten Anstrengungen der Reaktion, so kann die kapitalistische Presse nicht genug Druckschwärze über das „Ende der roten Herrschaft“ verschütten, macht sie aber Fortschritte, so werden sie in allen Sprachen totgeschwiegen. Das gilt für die kapitalistische Presse aller Länder, am meisten aber für die Amerikas. Die Niederlage unseres Genossen Berger in Wisconsin, das einzigen sozialistischen Kongreßabgeordneten, hat sie sofort und laut in alle Welt hinauspörselt, über die sozialistischen Stimmresultate aber ist sie vollständig stumm. Die Sozialisten allerdings aus recht triftigen Gründen. Denn wenn irgend eine Partei Ursache hat, mit Stolz auf die Präsidentenwahl zurückzublicken, so ist es die sozialistische. Mit ihrem Gewinn an Stimmen übertrug sie alle bürgerlichen Richtungen. Es erhielten Stimmen:

	Sozialisten	Republikaner und Progressisten	Demokraten
1908 . . . . .	424 000	7 878 000	8 408 000
1912 . . . . .	826 000	7 781 000	8 192 000
Zu- oder Abnahme +	402 000	+ 68 000	- 217 000

Demnach haben die Demokraten einen Verlust von 3,30 Proz., die Republikaner einen Gewinn von nur 0,89 Proz., die Sozialisten aber eine Zunahme von fast 95 Proz. zu verzeichnen. In den großen Industriestaaten ist das sozialistische Votum durch die Wahl und zum Teil beträchtlich in die Höhe geschmetzt, so zum Beispiel in New York von 48 000 auf 60 000 Stimmen, in Illinois von 49 000 auf 110 000 und in Pennsylvania von 60 000 auf 92 000. In der Stadt Chicago allein haben wir 37 000 Stimmen gewonnen. Leider hat die Zunahme nicht gerade in einem Sitz im Kongreß zu erobert. Dem Genossen Meyer London im zwölfster New Yorker Wahlkreis fehlen noch der offiziellen Zählung nur noch 290 Stimmen am Sieg. Die Wahl soll angefochten werden, da Gründe genug dafür sprechen, daß Genosse London von den Genossen der Tammany Hall „hinangehetzt“ worden ist, ein Trick, der in Amerika immer dort gegen mißliebige Kandidaten angewendet wird, wo alle anderen Mittel versagen.

So günstig nun auch der Wahlausgang für unsere Partei ist, die Genossen in Europa, die an größere Fortschritte gewöhnt sind, werden ihn nicht ganz befriedigend finden. Allein bei der Bewertung dieses Resultats darf nicht mit europäischem Maßstab gemessen werden. In Nordamerika hat die sozialistische Partei im allgemeinen und bei dieser Wahl im besonderen mit viel größerer Schwierigkeiten zu rechnen als in Europa. In den Vereinigten Staaten sind geistige Minderwertigkeit der Arbeiterklasse, Demagogie, Korruption und Geldmacht für die sozialistische Propaganda viel mächtigere Hindernisse als anderswo. Die Sozialisten wurden der Arbeiter ein „ethlicher Mann“ in Wilson und ein „radikaler Fortschritler“ in Roosevelt vorgeführt und eine Klasse wirklich fortschrittlich gesinnter Arbeiter hat sich sicherlich von dem bürgerlichen Massenfangern einfangen lassen, um nur wenigstens Last, den Vater des Einhaltsbefehls, aus dem Weißen Hause zu entfernen. Ohne Zweifel haben die Wähler, die ihre Stimme diesmal für Debs abgaben, den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus klar erkannt. Das wird auch durch die Steigerung der Mitgliederzahl der sozialistischen Partei bestätigt. Wer da weiß, wie unendlich schwer es ist, die auf direkten materiellen Gewinn so sehr erpichteten amerikanischen Arbeiter für den Eintritt in die sozialistische Partei zu gewinnen, wird die Bedeutung der folgenden Zahlen wohl zu würdigen verstehen. Im Jahre 1904 musterte die sozialistische Partei erst 20 703 Mitglieder, vier Jahre später 41 751 und jetzt 123 094.

# Gewerkschaftliches.

## Marksteine.

Zwei Berliner Organisationen konnten am Vorigen auf einen wichtigen Abschnitt ihrer Wirksamkeit zurückblicken: die Metallarbeiter, denen ihr altes Haus zu eng geworden, und die Buchdrucker, welche das goldene Jubiläum ihrer Organisation begingen.

Es ist erst fünf Jahre her, daß die Berliner Metallarbeiter ihr erstes Heim in der Charitéstraße bezogen. Trozdem ist es ihnen schon jetzt zu eng geworden. Kein Wunder: die Zahl der Organisierten ist seitdem von 50 000 auf 93 000 gestiegen. So mußte man in der Liniestraße auf dem Terrain der ehemaligen Laubstumpfenanstalt, durchgehend nach der Elffasser Straße neubauen. Am Vorigen wurde das neue Gebäude einer Anzahl von Gästen aus den Kreisen der Gewerkschaften und der Partei gezeigt. Im Sitzungssaal des Gebäudes begrüßte C. O. H. die Erschienenen; dann übernahm er die Führung durch den Bau. Die Einrichtungen sind im wesentlichen die gleichen wie im alten Gebäude, nur größer, praktischer und moderner. Auch ist noch auf die Möglichkeit einer Ausdehnung Rücksicht genommen. Was eine ganz wesentliche Änderung erfahren hat und als musterbildig bezeichnet werden kann, das ist die Einrichtung des Arbeitsnachweises. Die Arbeitslosen haben keine Treppen mehr zu steigen, sondern finden im Parterre eine Halle von gewaltigen Dimensionen für ihre Aufnahme bereit. Diese Halle ist bis in Ueberramshöhe mit Treppen ausgelegt, die eine leichte Reinhaltung gewährleisten. Mächtige Fenster lassen Licht und Luft herein und ausreichende Zentralheizung garantiert auch im Winter die notwendige Erwärmung. Die Anlage der Arbeitslosen Halle im Parterre entlastet zu gleicher Zeit die Zugänge zu den höher gelegenen Bureaus. Alle Türen, Fenster usw. sind in einfachen, zweckmäßigen Formen, aber aus bestem Material hergestellt. Auch das Gebäude selbst verzichtet auf jeden architektonischen „Schmuck“. Es ist ein reiner Zweckmäßigkeitsbau, der lediglich durch seine gewaltige Masse aus der Partie der ihn umgebenden Gebäude hervorsticht. Auch die in Berlin für moderne Geschäftshäuser so beliebt gewordene Nachahmung des Recess-Stils hat man für das Haus der Metallarbeiter mit vollem Recht vermieden. Etwas Abwechslung in der Fassade brachte in der Liniestraße die Notwendigkeit, der Baupolizeiverordnung wegen in der oberen Etage aus der Front zurückzutreten. Hier zeigte auch der Baumeister ein feines Verständnis für die vielleicht trübe, immerhin charakteristische Architektur dieser Straße. Mit zwei niedrigeren Anbauten rechts und links leitete er den Bau auf die geringere Höhe der nebenliegenden Wohnbauten über. Die Fassade in der Elffasser Straße darf sich der größeren Straßenbreite wegen frei erheben. Sie zeigt im säulengetragenen Hauptportal den einzigen bildnerischen Schmuck des Gebäudes, ein Relief mit einer allegorischen Darstellung der Verbandstätigkeit. Das neue Metallarbeiterhaus hat übrigens im Gegensatz zu wohl fast allen Gewerkschaftsgebäuden keinerlei Restaurationräume. Für die Arbeitslosen ist lediglich zur Erfrischung eine hygienische Trinkanlage angebracht, die in Form eines ein- und ausschaltbaren kleinen Springbrunnens das Trinken ermöglicht, ohne daß man genötigt ist, den Mund mit Gefäßen in Verbindung zu bringen, die auch von anderen benutzt werden. Man wird es uns hoffentlich nicht als Niederträchtigkeit auslegen, wenn wir den Berliner Metallarbeitern wünschen, daß auch dieses Haus ihnen möglichst bald zu eng werden möge!

Das 50jährige Jubiläum der Berliner Buchdrucker haben wir ja bereits in unserer Mittwochsnummer gewürdigt. Natürlich kann keine Organisation einen solchen Anlaß vorübergehen lassen ohne eine würdige Feier. Eine solche fand denn auch am Vorigen im Zirkus Schumann statt. Leider konnte der Zirkus nur etwa die Hälfte der Ortsvereinsmitglieder fassen. Von auswärts hatten sich die Vertreter fast aller Gauen des Verbandes eingefunden. Die nicht vertretenen sandten Begrüßungsbefehle. Der zweite Vorsitzende des Ortsvereins A. B. recht begrüßte die Erschienenen, besonders die Jubilare, die den Verein vor fünfzig Jahren mit gründen halfen. A. S. I., der erste Vorsitzende, hielt die eigentliche Festrede. Für den Zentralvorstand sprach D. B., für die Generalkommission Karl V. G., der die Verdienste der Buchdrucker um die allgemeine Arbeiterbewegung feierte und ebenso wie vor ihm schon A. S. I. neben der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen die der politischen Organisation betonte.

Das Programm der Feier zeugte in seinem ersten Teil von hohem künstlerischen Geschmack und gab ihr einen würdigen Rahmen. Der zweite Teil trug mehr dem Humor Rechnung, wobei es auch an politischen Satyre nicht fehlte. Am Vormittag war der Feier schon eine stille würdige Einleitung vorausgegangen. Der Vorstand des Vereins hatte die Grabstätte W. I. H. L. im Liebenz. der den Berliner Buchdrucker so oft aufläuternd und pfeifend von der Seite gestanden, in dankbarer Erinnerung geschmückt.

## Berlin und Umgegend.

### Bewegung in der Herrenkonfektion.

Am 31. März 1913 laufen die für die Herrenkonfektion geltenden Tarife ab, wenn am 1. Dezember von einem Tarifkontrahenten die Kündigung erfolgt. In einer öffentlichen Versammlung der Konfektionshändler erörterte K. L. die dadurch geschaffene Situation, mit der sich am 4. und 5. November schon eine Konferenz der Herrenkonfektionsarbeiter beschäftigt hatte. Unbedingt notwendig sei eine Erhöhung der gegenwärtig bestehenden Tarifpreise. Die Lohnsätze müßten zum mindesten denen der Herrenhändlerbranche gleichgestellt werden. Auch wäre es erforderlich, darauf zu drängen, daß in der Heimindustrie nicht länger als 10 Stunden gearbeitet werde. Am 27. November solle in einer allgemeinen Mitgliedserversammlung beschlossen werden, ob eine Kündigung des Tarifs eingeleitet werden soll. — In der Diskussion wurde allseitig eine umfassende Agitation befürwortet. Den Indifferenten wurde dringend ans Herz gelegt, nicht tatenlos zuzusehen, wie andere arbeiten, sondern sich der Organisation anzuschließen und nach besten Kräften zum Wohle aller mitzuarbeiten.

**Achtung, Töpper!** Die Sperre über K. S. C. A. ist bis auf weiteres vorläufig als erledigt zu betrachten. Die Verbandsleitung.

## Deutsches Reich.

### Eine Eisenbahnerkonferenz.

Eine Konferenz von Vertretern der Ortsgruppen und Einzelmitglieder der Reichssekktion der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes fand in diesen Tagen statt. (Ort und Datum können mit Rücksicht auf die Teilnehmer an der Konferenz nicht bekanntgegeben werden.) Es war dies die erste Konferenz seit dem Anschluß des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands an den Transportarbeiterverband. Der Besuch war ein außerordentlich

besucherreich. Vertreter waren mit Ausnahme der bayerischen, badischen und württembergischen alle Staatsbahnen und einige Privat-Eisenbahnen. Bei der Einberufung der Konferenz war besonders Gewicht darauf gelegt worden, daß als Delegierte nur aktive Eisenbahner gewählt wurden, die mindestens ein Jahr dem Verbände als Mitglied angehört haben.

Die Konferenz hatte verschiedene wichtige Angelegenheiten zu erledigen, von denen wir hier nur folgende Beschlüsse registrieren: An Stelle des bisherigen Einheitsbeitrages von wöchentlich 40 Pf. wurden die Klassenbeiträge von 40, 45 und 50 Pf. festgesetzt, mit der Maßgabe, daß die Ortsgruppen selbst bestimmen können, welcher Beitragklasse sie angehören wollen. Die besonderen Unterstützungssätze sind aufgehoben worden und haben die Mitglieder der Reichssekktion der Eisenbahner nunmehr Anspruch auf die vollen vom Verbands gewährten Unterstützungen nach Maßgabe ihrer Beitragsleistung.

Zur Frage des Koalitionsrechts hat die Konferenz ebenfalls erneut Stellung genommen und einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

„Auf das allen Arbeitern und Bediensteten im wirtschaftlichen Ringen unentbehrliche volle Koalitionsrecht können auch die in Staatsbetrieben Beschäftigten nicht verzichten. Die Selbstachtung gebietet allein schon den Eisenbahnbediensteten, an diesem Rechte unbedingt festzuhalten, weil durch Preisgabe desselben sich der Eisenbahner selbst zum Staatsbürger zweiter Klasse degradieren würde.“

Die Reichssekktion der Eisenbahner und ihre Organe propagieren nicht den Streik, sondern sind stets bestrebt, den berechtigten Wünschen der Eisenbahner durch Anwendung friedlicher Mittel Geltung zu verschaffen und dadurch den Streik und die Benutzung ähnlicher Kampfmittel von den staatlichen Verkehrsanstalten fernzuhalten. Die Reichssekktion der Eisenbahner erklärt in Uebereinstimmung mit dem internationalen Transportarbeiterkongress in Wien 1908, daß mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Eisenbahnen und aller staatlichen Verkehrsanstalten der Streik oder die passive Resistenz zwecks Erringung besserer Arbeitsbedingungen oder sonstiger wirtschaftlicher Vorteile nur als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden darf, wenn sich weder auf dem Wege der Verständigung der Organisation mit den Eisenbahnverwaltungen oder durch das Parlament eine notwendige Verbesserung der Lage des Personals erreichen läßt, und auch dann nur, wenn die Stimmung der Bevölkerung nicht gegen die Anwendung solcher Nachsmittel ist.

Das letzte und gerade deshalb unentbehrliche Mittel im wirtschaftlichen Kampfe ist der Streik, dessen Anwendung nach Erschöpfung aller anderen Mittel, das unveräußerliche Recht aller Arbeiter bleiben muß.

Die beste Gewähr für die Fernhaltung des Streiks erblickt die Konferenz in der gesetzlichen Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation und deren Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

Ferner hat die Konferenz beschlossen, beim Sekretariat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation zu beantragen, daß auf die Tagesordnung des im nächsten Jahre in London stattfindenden internationalen Transportarbeiter-Kongresses gesetzt wird: Das Koalitionsrecht und seine Anwendung auf staatliche Verkehrsanstalten.

### Der Barbierinnungsband gegen die Kleinmeister.

Die Ausnahmestimmungen über die Sonntagsruhe für das Barbier- und Friseurgewerbe besagen, daß, wenn die Sonntagsarbeiten länger als drei Stunden dauern, den Gehilfen und Lehrlingen in jeder Woche die zweite Hälfte eines Arbeitstages, oder aber alle 14 Tage 24 Stunden oder alle drei Wochen 36 Stunden von Sonntags früh 6 Uhr ab freizugeben ist. Den Lehrlingen ist in den meisten Bundesstaaten die Erholungszeit für mehr als dreistündige Sonntagsarbeit durch ministerielle Verfügungen genommen, da sie ihnen auf die Zeit des Nach- und Fortbildungschulunterrichts angerechnet wird. Die Gehilfen haben in der Regel einen freien Wochennachmittag. Es sieht also den Arbeitgebern frei, ihre Gehilfen des Sonntags nur drei Stunden zu beschäftigen, wodurch sie der Verpflichtung entgehen, ihnen einen Wochennachmittag freizugeben zu müssen. Doch nur in Geschäften mit mehreren Gehilfen kann davon Gebrauch gemacht werden.

Der Innungsband will nun auf dem Wege des § 41 der Gewerbeordnung die dreistündige Sonntagsarbeitszeit obligatorisch einführen. Die Gehilfen wehren sich ganz entschieden dagegen, daß ihnen der freie Wochennachmittag genommen wird. Sie fordern von jeder die fünfständige, um 12 Uhr mittags endigende Sonntagsarbeitszeit. Diese Forderung ist in verschiedenen Städten bereits voll oder teilweise erfüllt und kommt immer mehr zur Einführung; vielfach wird im Sommer um 12 Uhr und im Winter um 1 Uhr geschlossen. Mit fünfständiger Sonntagsarbeit kann das Gewerbe heute auskommen, während der unvermittelte Übergang von der sechs- bis achtständigen zur dreistündigen Sonntagsarbeitszeit für die Geschäftsinhaber in den Arbeitervierteln äußerst nachteilig sein müßte, da deren Hauptgeschäft sich Sonnabends und Sonntags abspielt. Die Gehilfenorganisation nimmt auf diese Geschäfts-inhaber nicht nur Rücksicht, weil sie mit ihnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt hat, sondern auch, weil viele Gehilfen gezwungen sind, ebenfalls selbständig zu werden. Das müßte durch die dreistündige Sonntagsarbeit wesentlich erschwert. Dem Innungsband scheint es denn auch hauptsächlich darauf anzukommen, durch diese „Reform“ einen Teil der Klein- und Kleinmeister aus dem Gewerbe zu verdrängen. Charakteristisch ist nun, daß der Barbierinnungsband sich bei seiner Aktion darauf beruft, daß die Gehilfen die dreistündige Sonntagsarbeit gefordert haben. Das ist eine offensbare Unwahrheit. Der Standpunkt der Gehilfenorganisation in dieser Frage ist in völliger Uebereinstimmung mit den Kolalverbänden der Gehilfen seit Jahren festgelegt. Der Bund bezieht eine Verbesserung der Sonntagsruhebestimmungen insofern der zu erwartenden Abänderung der für das Handelsgewerbe geltenden Vorschriften und will daher das Gewerbe auf die dreistündige Sonntagsarbeit festlegen, damit daran nichts mehr geändert wird, und den Arbeitern für die Sonntagsarbeit keine Erholungszeit in der Woche mehr gewährt zu werden braucht. Da die Gehilfen an Wochentagen frühestens um 9 Uhr abends (in wenigen Städten um 8 Uhr), Sonnabends erst um 10 Uhr Feierabend haben und meist nicht einmal eine Mittagspause haben, können sie auf den freien Nachmittags zur Besorgung ihrer persönlichen Angelegenheiten nicht verzichten.

Der Friseurgehilfenverband hat in der ersten Oktoberwoche zahlreiche öffentliche Versammlungen zugunsten einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit veranstaltet, in denen der vom Allgemeinen Friseurgehilfenkongress vorbereitete Resolution einstimmig zugestimmt wurde. Durch die unwahre Behauptung, die Gehilfen wollten die dreistündige Sonntagsarbeit, sucht der Innungsband nachträglich den Anschein zu erwecken, als herrsche eine andere Strömung unter der Gehilfenschaft vor, um durch Irreführung der Öffentlichkeit die Eingabe der Gehilfen an die gesetzgebenden Körperschaften unwirksam zu machen.

**Achtung, Textilarbeiter!** Weil in Göppingen 29 Spulerrinnen streiken, hat der süddeutsche Textilindustriellerverband über ganz Württemberg die Aussperrung verhängt. Es wird dringend ersucht, alle Arbeitsangebote nach Württemberg abzulehnen. Besonders zu meiden sind folgende Firmen: Baumwollspinnerei „Wülch“ bei Gchingen, Baumwollspinnerei und Weberei Hornschuch in Untertürkheim, Kammgarnspinnerei Vietzheim und Kammgarnspinnerei Merkel und Kleinlin in Gchingen.

## Verfammlungen.

Deutscher Bauarbeiterverband. Die Gips- und Zementbranche hielt am Vorigen ihre Generalversammlung ab, in der die Stellung genommen wurde zum kommenden Verbandstag. Das

einleitende Referat hielt Gaese, der sich insbesondere mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung beschäftigte, deren Einführung eine vom Hauptvorstande ausgearbeitete Vorlage zugrunde liegt. Redner bemerkte, daß diese Vorlage den Mitgliedern ziemlich überraschend gekommen sei, zumal der inzwischen verstorbene Zentralvorstande B. S. m. e. l. b. u. g. noch in den letzten Jahren die Möglichkeit der Einführung einer solchen Unterstützung in weitere Fernen gerückt hatte. Immerhin dürften unter den Mitgliedern prinzipielle Gegner wohl kaum vorhanden sein, wenngleich auch alle sich darin einig sind, daß der Kampfcharakter des Bauarbeiterverbandes unbedingt gewahrt werden müsse. Im übrigen ging Redner Punkt für Punkt die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes durch und betonte, daß wenn die Unterstützung abgelehnt werden sollte, was ja kaum eintreten dürfte, eine Erhöhung der Beiträge nicht vorgezogen ist.

In der Diskussion wurde gefordert, daß auf keinen Fall die vornehmste Aufgabe des Verbandes, auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken, unter der einzuführenden Arbeitslosenunterstützung leiden dürfe. Es wurden auch gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfes Bedenken geäußert, die jedoch ausschließlich die finanzielle und technische, nicht die prinzipielle Seite der Angelegenheit betrafen. Ferner bemängelten einzelne Redner die Fügigkeit, mit der der Hauptvorstand die Vorlage eingebracht habe, auch wurde der Zeitpunkt der Unterbreitung des Entwurfes nicht als günstig bezeichnet. Von anderer Seite wurde dem entgegengesetzt, daß günstigere Zeitpunkte wohl kaum kommen dürften, die Wirtschaftsverhältnisse seien eben derartig, daß Konflikte und Differenzen nicht ausbleiben. Der Entwurf des Hauptvorstandes passe sich sehr richtig den in Betracht kommenden Umständen an. Des weiteren kam die Befürchtung zum Ausdruck, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung den Verband von seinen eigentlichen Zwecken ablenken und zum Versicherungs-Institut herabdrücken werde. Einzelne Redner wünschten eine Vertagung der Vorlage, worauf Gaese in seinem Schlußwort erwiderte, man möge hierbei nicht vorgehen, zweifellos würden dahinschwebende Anträge ohnehin schon am Verbandstage gestellt werden. Eine Reihe Änderungsanträge sowohl vom Status als auch zu dem Entwurf wurden angenommen. Als Kandidaten zum Verbandstag wurden vorgeschlagen: Gaese, Gahle, Müller, Hermann, Plagemann, Lemm.

## Der Balkankrieg.

### Offizielle Darstellung der serbischen Stimmung.

Belgrad, 21. November. (Redung des Wiener L. L. Tel.-Kor.-Bureau.) Die Ausführungen des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen Grafen Berchtold in den Delegationen haben in den serbischen Kreisen die ernsteste Beachtung gefunden. Sie trugen in hohem Maße zur Verstärkung des Eindruckes bei, daß in der albanesischen Frage nicht nur unter den Mächten des Dreibundes die vollste Einmütigkeit herrsche, sondern daß auch die Triplemmente ernstlich gewillt ist, diese Frage unter keinen Umständen zu einem europäischen Konflikt ausarten zu lassen. Diese Erkenntnis beginnt ihre beruhigende Wirkung auf die serbische öffentliche Meinung auszuüben, und selbst in leitenden serbischen Kreisen gewinnt langsam die Auffassung an Boden, daß das starrte Festhalten an der ursprünglich von serbischer Seite ins Auge gefassten Lösungsform der Open-Door unter dem obwaltenden, immer offenkundiger zutage tretenden Reibungsdruck in der europäischen Öffentlichkeit keine zuverlässige Gewähr für die Befriedigung der serbischen Wünsche und der serbischen Interessen bietet. Allerdings muß hierbei festgesetzt werden, daß das Schwerkewicht der Staatsgewalt augenblicklich nicht in Belgrad, sondern im Hauptquartier des Oberkommandos liegt, und daß ein gründlicher Reibungsdruckung wohl erst nach Beendigung der militärischen Operationen in Aussicht gestellt werden kann.

### Ein Segefest.

Konstantinopel, 21. November. (B. L. B.) Der Kreuzer „Gambie“, der im Schwarzen Meer auf der Höhe von Verlos operierte, wurde von sechs bulgarischen Torpedoboote angegriffen. Gerüchtheilweise verlautet, daß er zwei Torpedoboote zum Sinken gebracht hat.

## Letzte Nachrichten.

### Die französischen Genossen und die Internationale.

Paris, 21. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der zum internationalen Kongress vorbereitende Parteitag beschloß nach längerer Debatte einstimmig eine Resolution, welche ausdrückt, daß das Proletariat gegen den Krieg alle gewöhnliche Mittel — im Parlament Aktionen gegen Geheimverträge und für Schiedsgerichte, außerhalb des Parlaments Versammlungen und Manifestationen — anwenden soll. Werde dennoch ein Krieg entfesselt, seien revolutionäre Mittel, wie Generalstreik und Insurrektion, gerechtfertigt, um einem Krieg vorzubeugen, ihn zu beenden und der herrschenden Klasse die Macht zu entreißen. Die französische Delegation in Basel wird beauftragt, in vollem Einvernehmen mit der ganzen Internationale einen einstimmigen Beschluß über eine kraftvolle Aktion gegen den Krieg zu fassen.

### Weiße Ränke.

London, 21. November. (B. L. B.) Unterhaus. Der Unionist Johnson Pids wiederholte heute seine Frage, ob am Abend des 14. Oktober ein Zeppeinsturfschiff über Szeerney gesunken sei. Der Marineminister Churchill erwiderte, er habe Nachforschungen anstellen lassen und in Erfahrung gebracht, daß am Abend des 14. Oktober, ungefähr um 7 Uhr, ein unbekanntes Luftfahrzeug über Szeerney gehört worden sei. Man habe nahebei in Geads durch Leuchtfeuer aufflammen lassen, doch sei das Fahrzeug nicht dort gelandet. Es seien keinerlei Merkmale vorhanden gewesen, die auf die Nationalität des Fahrzeuges hätten schließen lassen.

### Folgen des Wagenmangels.

Överborn, 21. November. (B. G.) Die durch den Güterwagenmangel verursachten Betriebsstörungen haben nach dem „Herborner Tageblatt“ schon einen ziemlichen Umfang angenommen. Die Firma Herwig u. Söhne in Dillenburg hat den Betrieb ihrer Walz- und Puddelmühle bis auf weiteres stillgelegt, ebenso die Friedriehshütte bei Laasphe, die Charlottenhütte bei Geisweid. Die Agneshütte, die still gelegt hatte, ist jetzt wieder in Betrieb. Das Aufheben der elektrischen Beleuchtung konnte nur durch das Eingreifen der Dillenburger Bergbehörde vermieden werden.

### Töbliche Fliegerabstürze in Frankreich.

Stampes, 21. November. (B. L. B.) Der Unteroffizierflieger Laurent ist aus hundert Meter Höhe abgestürzt. Er erlag bald darauf seinen schweren Verletzungen. Der ihn begleitende Fluggast wurde leicht verletzt.  
Reims, 21. November. (B. L. B.) Der Flieger Fresch ist bei einem Flug mit einem Eindecker tödlich abgestürzt.  
P. S. Der Bericht über den Absturz von Paul Singer & Co. Berlin SW. S. 282 u. 283 ist in der Ausgabe vom 19. November abgedruckt.

Die internationalen Friedenskundgebungen.

Die französische Presse über die Friedenskundgebungen.

Paris, 18. November. (Fig. Ver.) Die gestrigen Kundgebungen des sozialistischen Proletariats innerhalb und außerhalb Frankreichs beschäftigten natürlich die ganze Presse.

Nicht alle Blätter lägen indes in dieser Weise los. Mehrere bürgerliche Organe geben 50 bis 60 000 Teilnehmer zu.

Bemerkenswert ist die nachstehende Stelle des Leitartikels der radikalen „Lanterne“: Wir werden uns hüten, diese Bewegung zugunsten des Friedens zu verspotten.

In den Artikeln der Abendblätter spielt das Jagowske Sprachverbot gegen Jaurès eine Hauptrolle.

Der „Temps“ findet, man könne den Zweck der Manifestationen nicht verdammen, da diese ja zu sehr den Bestrebungen der Diplomaten entsprächen.

Ueber die gestrigen Provinzversammlungen liegen bisher Meldungen aus Sedan (1000 Manifestanten), Troyes (2000), Clermont-Ferrand (Partei und Arbeitsbörse

gemeinsam Einberufer), Rochefort, Chartres, Bordeaux (Partei und Gewerkschaftsverband geeint), viele Tausend Demonstranten, Umzug mit Fahnen, Lyon (Umzug), Bourges (7000 Demonstranten), Lens, Saumur und Lille vor.

Die Ausweisung und Verhaftung Gastab Herbé.

Rom, 17. November. (Fig. Ver.) Der Akt frecher Provokation und russischer Polizeiwilddie, durch den Italien sich vor der ganzen modernen denkenden Welt lächerlich gemacht hat, ist in Rom zunächst mit ungläubigem Staunen aufgenommen worden.

Herbé war mit dem Abendzug um 7 1/2 Uhr angekommen und von zwei Mitgliedern des Parteivorstandes empfangen worden.

Zu derselben Stunde fand eine von den bürgerlichen Radikalen, Republikanern und Reformisten einberufene Versammlung statt, die den nationalen Bestrebungen der Gallenländer ihre Sympathie aussprechen sollte.

Genosse Treves im Namen der sozialistischen Parlamentsfraktion und Della Seta im Namen des Parteivorstandes haben an Giolitti das folgende Telegramm gerichtet:

Giolitti denkt natürlich nicht daran, die in seinem Austrage erfolgte Ausweisung zu widerrufen.

Protest der Petersburger Arbeiter gegen den Krieg.

Auf der Bevollmächtigtenversammlung der Petersburger Arbeiter wurde einstimmig folgender Protest gegen den Krieg angenommen:

Wir, die Bevollmächtigten der Arbeiter des Petersburger Gouvernements, betrachten es als unsere Pflicht, unsere Stimme zu erheben gegen den Krieg, der am Balkan entbrannt ist.

Wir, die Arbeiter Rußlands, wie das Proletariat aller Länder, sind entschiedene Gegner des Krieges.

Warum unterjocht die Wiener Presse dieses sinnige Wort? Er hat es doch schon oft gesagt! Oder stimmen die Herren der Philosophie des Librettisten nicht zu?

Der Kampf um die Heimatkunst. Im Departement Haute Garonne liegt eine kleine Stadt namens Alan, weit entfernt vom Lärm und Treiben der modernen Welt.

Das erbliche Schnarchen. In seiner englischen Heimat hat der Dekan von Manchester Bischof Wellbon bei seinen Landsleuten ein heiteres Aufsehen erregt, indem er in einer Versammlung bei Gelegenheit einer Rede ein Bekenntnis über den Ursprung des Schnarchens ablegte.

Der Krieg am Balkan droht in ein allgemeines Kriegsfeuer überzugehen und alle europäischen Staaten, in erster Linie Rußland mit hineinanzuziehen.

Wir protestieren laut gegen die Blut- und Eisenpolitik, die gegen den Willen der Balkanvölker begonnen hat.

Friedensdemonstration in Budapest.

Die Protestversammlung in Budapest war eine der mächtigsten und imposantesten Versammlungen, die je in Budapest abgehalten wurden.

In der Provinz fanden außerdem 43 große Protestversammlungen statt.

Kundgebungen im Reiche.

In Düsseldorf war Mittwoch vormittag (Vuhlag) eine imposante Kundgebung gegen den Krieg in dem Riesensaal des Apollotheaters veranstaltet worden.

Aus der Partei.

Zum internationalen Kongress.

Die deutsche Delegation tritt in Basel am Sonntagvormittag 9 Uhr in der Klarastraße zusammen.

Wegen Quartier müssen sich die Delegierten mit dem Quartierkomitee, Adresse: Redakteur Frey, Basel (Schweiz), Petersberg 29, in Verbindung setzen.

hängt. Man pflegt daher schon bei der Erziehung der Kinder darauf zu halten, daß sie nicht mit offenem Mund schlafen, freilich nicht nur mit Rücksicht auf Vermeidung des Schnarchens, sondern namentlich weil die Nase bei der Atmung als Filter für die Luft dienen und den Staub abhalten soll.

Notizen.

Der Verein für Frauen und Mädchen veranstaltet Sonntag nachmittags 4 Uhr im Wühner-Saal, Lühovstr. 76, ein Schumann-Konzert.

Der Patriotismus als Geschäft. Der „Kunstwart“ bringt unter dem Titel „Anzeigen als Anzeichen“ von Zeit zu Zeit Inserat-Ausschnitte, die helle Schlaglichter auf die Meinung und den Ausdruck bestimmter Kreise werfen.

Für große patriotische 1913-Sache werden zur Gründung einer G. m. b. H. 20 000 Mark (auch geteilt) gesucht.

Kleines feuilleton.

Theaterbauten. Im Berliner Westen, beim Bahnhof Zoo, gibt es seit gestern ein großes Variété. Ein Institut also, das vorerit den nichtsonnigen Cavalieren und den unter Pleureusen wandelnden Damen eine himmlische Soiree bereitet.

Er hat's oft gesagt. Aus Wien wird uns geschrieben: Sonntag gab es hier eine seltsame Feier. Unter dem Ehrenvorsitz des klerikalen Kultusministers Hussarek versammelten sich die jüdischen Schriftsteller Wiens.

## Eine Konferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M.

logie am Mittwoch in Frankfurt a. M. berichtet wurde, daß im Bezirk auf allen Gebieten gute Fortschritte gemacht wurden. Die Partei zählte in den 11 Wahlkreisen vor 12 Jahren 7517, im Vorjahre 23 213, jetzt 27 042 Mitglieder, darunter 3182 weibliche. Die „Volksstimme“ hat 40 000 Abonnenten. Bei der letzten Reichstagswahl stieg unsere Stimmzahl um 26 640, gleich 31,02 Proz. In kommunalen Körperchaften hatte die Partei Vertreter: 1906: 169, 1908: 195, 1910: 291, 1912: 291.

1717 Mitglieder- und 1055 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten, 183 000 Flugblätter, 74 000 Broschüren und 120 000 Kalender verbreitet. Das Bibliothek- und Bildungswesen wurde weiter entwickelt und die Jugendbewegung vorangebracht.

Ueber die preußischen Landtagswahlen referierte Genosse Liebknecht. Unter lebhafter Zustimmung der Konferenz betonte er, daß der Freisinn nur auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen könne, wenn er Gegenleistungen gewährt. — Genosse Wendel sprach über den Internationalen Kongress in Basel. An das Referat knüpfte sich eine lebhaft debattierte Debatte. Als Delegierter wurde Genosse Wendel mit 74 gegen 51 Stimmen gewählt.

Der Bezirksvorstand wurde durch Frau Emmenbach ergänzt und dem scheidenden Bezirkssekretär Rudolfshof wurden warme Worte der Anerkennung gesprochen. Die Bezirkskonferenzen sollen künftig nur noch in Frankfurt abgehalten werden.

## Gemeindevahlen.

In der Stadt Dessau vereinigte sich bei der Stadtratwahl auf die gemeinsame Liste der Sozialdemokraten und Fortschrittler eine Mehrheit von rund 500 Stimmen. Gewählt wurden 5 Sozialdemokraten, 5 Fortschrittler und 2 Demokraten. Die national-liberal-mittelständlerische Mehrheit im Stadtparlament ist nun ersetzt durch die sozialdemokratisch-fortschrittliche.

Die Erfurter Stadtverordnetenwahlen der 3. Abteilung endeten am Dienstag nach siebenstündiger Dauer mit einer Niederlage unserer Genossen. Von 15 410 Wahlberechtigten übten 7357 ihr Wahlrecht aus gleich 47,74 Proz. Stimmen erhielten unsere Genossen 2806 bis 2856, die Gegner 4978 bis 4936; wir erhielten 30,30 Proz. der gesamten abgegebenen Stimmen. Bei der letzten Wahl hatten unsere Genossen 42,31 Proz. der abgegebenen Stimmen, während die Beteiligung nur 38,12 Proz. betrug. — Wahlterrorismus zeigte sich in der trapezförmigen Form an allen sieben Tagen. Die Wahlbeteiligung war 1908 zum erstenmal über 30 Proz. gestiegen, die Angst vor einigen Sozialdemokraten hat diesmal fast 48 Proz. auf die Beine gebracht.

In Hensburg wurden die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie gewählt. Vier Sozialdemokraten sitzen dort nunmehr im Stadtverordnetenkollegium. Gegenüber den Wahlen im Vorjahre ist ein Zuwachs von reichlich 700 sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen.

Bei der Bürgerauswahlwahl (3. Klasse) in Rosbach (Baden) erhielten die Sozialdemokraten 5 von den 20 Sitzen. Hätte die sozialdemokratische Liste eine Stimme mehr erhalten, so würde ein weiteres Mandat erobert worden sein.

In Konstanz brachten die Bürgerauswahlwahlen in der 3. Klasse bei einer Wahlbeteiligung von 64 Proz. den Sozialdemokraten 8 Stadtverordnetenplätze von 32 im ganzen. Bei den Wahlen der 2. Klasse, an der sich 81 Proz. der 1363 Wahlberechtigten beteiligten, fielen auf die sozialdemokratische Liste nur 34 Stimmen. Es wurde in dieser Klasse keiner unserer Kandidaten gewählt.

In Herbst legten die Sozialdemokraten und Demokraten über die bürgerlichen Kandidaten.

## Eine Konferenz der Bildungsausschüsse Thüringens

fand am Sonntag, den 17. November, im „Volkschause“ zu Weimar statt. Anwesend waren außer 8 Vertretern des Bezirksbildungsausschusses in Erfurt 9 Delegierte von Wahlkreisbildungsausschüssen, 47 Abgeordnete der örtlichen Ausschüsse und je ein Vertreter des Arbeiterbildungsinstituts in Leipzig, des Bezirksbildungsausschusses für die Provinz Sachsen und für Anhalt in Magdeburg und des Jugendagitationsbezirks Thüringens. Der Zentralbildungsausschuss hatte sich wegen Behinderung entschuldigt.

Genosse G. M. Höllein-Jena eröffnete das erste Referat über: „Die Arbeiterbildung in Theorie und Praxis“. Die vom Referenten vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Genosse Eugen Prager-Erfurt behandelte das Thema: „Schülerwanderungen“. Ausgehend von der Erkenntnis, daß wir auf keinen Fall die proletarische Schuljugend den gewerkschaftlichen Organisationen (Jugenddeutschlandbund usw.) überlassen dürfen, propagierte er den Gedanken der bezirksweisen Organisation von Schülerwanderungen, des Austausches von proletarischer Schulkinder von Stadt zu Land und der Einrichtung von Waldspieltagen in den Ferien. In der sehr ausgiebigen Diskussion, die sich durchaus in zustimmendem Sinne bewegte, wurde empfohlen, die Zusammenfassung der proletarischen Schuljugend nicht bloß auf die Ferien zu beschränken, sondern sie das ganze Jahr über durch Einrichtung von Spieltagen und Kinderhöfen usw. zu betreiben.

Genosse Ost. Reichhaus-Erfurt besprach die Theaterfrage. Er beleuchtete den künstlerischen Tiefstand des kapitalistischen Geschäftstheater und die Schäden des Dilettantenwesens und erörterte die Frage der Organisation einer Schauspielbörse in Thüringen.

## Konferenz der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz.

In St. Gallen tagte am Sonnabend und Sonntag die Konferenz der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz, die von 35 (von 38) Sektionen durch 44 Delegierte besetzt war. Vom sozialdemokratischen Parteivorstand in Berlin und der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs in Wien lagen Glückwunschschriften vor. Zum gedruckten Tätigkeitsbericht des Bundesauschusses gab Sekretär Blatten-Zürich noch mündliche Erläuterungen, in denen sowohl wie in der anschließenden Diskussion wiederum wie auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Neuenburg von allen Seiten Klagen erhoben wurden über willkürliche und gesehloßene Behandlung und Rückführung von ausländischen Arbeitern in der Schweiz durch die Polizei. Es fand dann folgende von Zimmer-Winterthur beantragte Resolution einstimmige Annahme:

Die am 16. und 17. November in St. Gallen tagende Konferenz der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den von Delegierten aus allen Teilen des Landes erstatteten Berichten über polizeiliche Rückführung und Schikanierung von ausländischen Arbeitern, die so als völlig rechtlos und vogelfrei erscheinen, obwohl ihnen die Niederlassungsverträge das volle Recht des Aufenthalts in der Schweiz garantieren. Die Konferenz protestiert gegen diese wahrhaft rassistischen, die schweizerische Demokratie schändenden Zustände und beantragt den Landesauschuss, alles bezügliche Material zu sammeln, zu veröffentlichen und in jedem Falle die geeigneten Schritte zu unternehmen, namentlich auch durch die Mitwirkung der sozialdemokratischen Vertreter in den Behörden, um diesen unerträglichen und unwürdigen Verhältnissen ein Ende zu machen.

Die wichtigste Frage, die die Konferenz beschäftigte, war die des Anschlusses der internationalen Arbeitervereine an die schweizerische sozialdemokratische Partei und der Auflösung der seit 30 Jahren bestehenden Landesorganisation. Eine ganze Anzahl von Vereinen hat diesen Anschluss bereits vollzogen und es wäre auch die Frage der Auflösung der Landesorganisation reif gewesen, wenn die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei dem Landesauschuss gegenüber das erwünschte Entgegenkommen gezeigt hätte. Nach mehrwöchiger lebhafter Diskussion fand mit 39 gegen 4 Stimmen eine Resolution Annahme, die sich grundsätzlich für die Auflösung der Landesorganisation erklärt,

Weil die Entwicklung zur Parteilichkeit in der Schweiz vorwärts geht und die Sektionen verpflichtet, in die Kantonalverbände einzutreten. Vom 1. Januar 1913 ab sollen in den internationalen Arbeitervereinen, soweit es nicht schon jetzt der Fall ist, die Mitgliedsbücher und Beitragsmarken der Partei eingeführt werden. Endlich sollen die Sektionen und der Landesauschuss die nötigen Vorbereitungen für die Auflösung der Landesorganisation treffen.

Der Beschluß ist geradezu ein Ereignis für die Geschichte der Arbeiterbewegung, der von hoher politischer Einsicht und Reife der ausländischen Genossen in der Schweiz zeugt und dessen volle Würdigung und Anerkennung man mit Recht auch von den schweizerischen Parteigenossen und den leitenden Organen der Partei fordern darf.

Vorläufig besteht die Landesorganisation noch fort und wurde Zürich als Vorort, Winterthur als Sitz der Beschwerdekommission bestätigt.

Schließlich fand noch eine Resolution gegen Völkerring und Imperialismus einstimmige Annahme, worauf die Konferenz vom Präsidenten Kugler-Zürich mit einem dreifachen begeisterten Hoch auf die internationale, revolutionäre und völkerringende Sozialdemokratie geschlossen wurde.

## Kongress der sozialistischen Seinerföderation.

Am Sonntagmorgen fand in St. Gerolds der außerordentliche Kongress der Seinerföderation statt, an dem über 300 Delegierte teilnahmen. Auf der Tagesordnung stand: „Die internationale Lage und die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg“. Im Verlauf einer längeren Debatte erklärte Genosse Vaillant, daß man den zum Basler Kongress Delegierten freie Hand lassen müsse, um ihnen zu ermöglichen, in Basel einer gemeinsamen Resolution zuzustimmen. Es wurde mit 313 gegen 28 Stimmen eine Resolution angenommen, die an die von den Kongressen in Limoges und Nancy angenommenen Beschlüsse erinnert, die zur Behinderung des Krieges alle Mittel empfahlen, „von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation, den Massenmanifestationen bis zum Arbeitergeneralstreik und der Inzurrektion“. Auf dem am Donnerstag in Paris stattfindenden außerordentlichen Nationalparteitag der französischen Sozialdemokratie wird diese Resolution ebenfalls zur Annahme vorgeschlagen werden.

## Parteiliteratur.

Im Verlag von J. G. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen als Nr. 23 der Kleinen Bibliothek: 1807 bis 1812. Von Tilly nach Taurogen. Von Franz Mehring. Aus dem Inhalt heben wir hervor: 1. Einleitung. 2. Der Friede von Tilly. 3. Die agrarische Reform. 4. Die militärische Reform. 5. Der Septembervertrag von 1808. 6. Ein Sieg der Junker. 7. Die städtische Reform. 8. Der Krieg von 1809. 9. Das westfälische Bulletin. 10. Das französische Bündnis. 11. Der russische Feldzug. 12. Die Kondition von Taurogen.

## Jugendbewegung.

### Internationale Jugendkonferenz.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands schreibt und: Mehrere Anfragen veranlassen uns mitzuteilen, daß die proletarische Jugendbewegung Deutschlands auf der Konferenz in Basel nicht vertreten sein wird. Nach der Münchener Resolution über die Jugendbewegung ist die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Aus diesen Gründen ist die deutsche Jugendbewegung bisher nicht an das Internationale Jugendsekretariat angeschlossen.

## Soziales.

### Aus einem Berliner Nachlese.

Im Café Borussia (Inh. Wäselers) in der Hasenheide ist zur Unterhaltung und Aufbebung der Gäste eine Kapelle angeheftet. Für den Monat September war eine Kapelle von 5 Personen (2 Damen und 3 Herren) vertraglich verpflichtet. Die Spielzeit sollte täglich von 8 Uhr abends bis 4 Uhr morgens und Sonntags von 4 Uhr nachmittags bis 4 Uhr morgens einschließlich einer Pause von einer Stunde betragen. Als Gage waren für jede Nacht 47 M. vereinbart, die nach Beendigung jeder Spielzeit bezahlt wurden. Am 8. September kam es zwischen Herrn Wäselers und der Dirigentin der Kapelle, Frau La Moutelle, zu Differenzen. Infolge derselben entließ Herr W. die Kapelle ohne Zahlung der Gage. Frau W. klagte jetzt vor dem Gewerbegericht auf Zahlung der Gage von 8. bis 16. September pro Tag mit 47 M., ermäßigte aber schließlich ihre Forderung auf 250 M. In der Verhandlung vor dem Kammer VI des Gewerbegerichts gab der Beklagte Wäselers zu, daß er mit der Klägerin einen Vertrag für den Monat September abgeschlossen habe. Mit den gespielten Musikstücken sei er öfter nicht zufrieden gewesen, weil die Kapelle zu viel ernste Stücke gespielt habe. In der Nacht, in welcher der Konflikt ausbrach, hätte er den Besuch eines früheren Kapellmeisters bekommen. Dieser habe etwas Gutes von der Kapelle hören wollen. Darauf habe er durch einen Angestellten die Kapelle ersuchen lassen, doch einmal die zweite Kapellprobe von Mozart zu spielen. Die Klägerin habe dies abgelehnt und ihm sagen lassen, ein derartiges Verlangen sei eine unerhörte Zumutung. Dann habe er der Kapelle sagen lassen, sie sollte die „Traviata“ spielen. Auch dies habe die Klägerin zuerst abgelehnt, dann aber erklärt, sie wollten einen Teil spielen, so gut es eben gehe; die Mitglieder der Kapelle seien übermüdet. Einen Teil habe die Kapelle auch gespielt. Ueber das Verhalten der Klägerin wäre er als Besitzer des Lokals sehr erregt gewesen und habe schließlich auf ihre weiteren Dienste verzichtet. Die Klägerin habe ihn auch vor den Gästen seines Lokals bloßgestellt. Um seine Autorität als Besitzer des Lokals zu wahren, habe er einige Gäste, die sich der Klägerin als Zeugen anböten, aus dem Café verwiesen. Dieser Vorgang habe sich in der vierten Morgenstunde abgespielt. Am folgenden Tage habe er von der Kapelle einen Brief erhalten, worin diese ihm mitteilte, daß sie sich ihm wieder zur Verfügung stellten. Er habe aber auf die weiteren Dienste verzichtet.

Die Klägerin hob hervor, daß die Kapelle die Dienste nicht verweigert habe. Es wäre ganz unmöglich gewesen, morgens um 4 Uhr, nachdem sie viele Stunden anstrengend gespielt hätten, so schwere und so große Musikstücke zum Vortrag zu bringen. Sie seien vollständig abgespannt und übermüdet gewesen. Herr Wäselers habe eine gewisse Antipathie gegen sie gehabt und den Konflikt nur vom Zaune gedrückt.

Einige Zeugen legten dar, daß die Mitglieder der Kapelle morgens um 4 Uhr in der Tat überanstrengt waren. Die als Zeugin vernommene Cellistin gab noch an, daß sich Herr W. sehr für sie interessiert habe, er sei ihr gegenüber sehr nett und zuvorkommend gewesen, habe sie öfter gehalten und einmal ins Bein gezwinkt. Als sie sich dies verbat und ihm auf die Hand geschlagen habe, hätte er gesagt, sie dürfe ihren Chef nicht schlagen. Als die Zeugin diese Angaben machte, rief ihr Herr Wäselers einige kränkende Bemerkungen zu. Darauf verhängte das Gericht eine Ordnungsstrafe von 10 M. wegen Angehör über ihn. Im dritten Termin kam ein Vergleich zustande. Nach diesem verpflichtete sich der Beklagte, das Gehalt für den Entlassungstag und 100 M. an die Klägerin zu zahlen.

Der Vergleich, dem die Klägerin nur auf wiederholtes Drängen des Vorsitzenden, Magistratssekretär Niese, und eines Arbeitgeberbeistehers zustimmte, bedeutet ein außerordentlich großes Entgegenkommen dem Beklagten gegenüber. In der Verhandlung ist erwiesen, daß die Kapelle die Arbeit nicht verweigert hatte, sondern nur wegen Überanstrengung den an sie gestellten Anforderungen nicht nachkommen konnte. Außerdem war sie überhaupt nicht verpflichtet, weil es einem Freunde des Beklagten gerade paßt, die

zweite Kapellprobe von Mozart zu spielen. Es ist bedauerlich, wenn in so gelagerten Rechtsfällen der Vorsitzende durch Einreden auf die klagende Partei diese zur Aufgabe ihres klaren Rechts veranlaßt.

Nach dem Ergebnis der Verhandlung hätte der Beklagte zur Zahlung der gesamten Forderung verurteilt werden müssen.

## Gerichts-Zeitung.

### Freie Bahn den Kinderhändlern?

Der Rentier und Ratsherr Peters in Königsvalde (Kreis Oststernberg) ging gegen ein zwölf-jähriges Mädchen, das in seinem Haushalt beschäftigt war, mit unfittlichen Handlungen vor. Das Kind sträubte sich, unterlag aber schließlich den Verlockungen und Drohungen des Wüstlings. Erst durch Eingreifen Dritter wurde Strafverfolgung, Verhaftung und Bestrafung des Verführers herbeigeführt. Darauf begann eine Hetzjagd gegen das geschändete arme Kind. Es wurde wegen angeblichen Diebstahls angeklagt, mußte aber freigesprochen werden. In dem vom Lehrer ausgestellt, vom Pastor als Schulinspektor bestätigten Zeugnis hieß es: „Zu tadeln wegen sittlicher Vergehen“, weil es schließlich den rohen Angriffen des Ratsherrn unterlegen war. Gemeinsame Konfirmation wurde dem Kinde verweigert. Es wurde auch mit Fürsorgeerziehung bedroht. Der Pastor Lehmann aus Königsvalde wollte des Ratsherrn Verhalten mit christlicher Liebe bedecken, als er es noch nicht in seiner ganzen Schaulichkeit erkannt hatte. Beilegte sich das Konfistorium das ungerechte Schulzeugnis zu ändern? Keineswegs. Es stellte Strafantrag wegen vermeintlicher Beleidigung des Pastors, weil nach durchaus unzutreffender Ansicht des Konfistoriums dem Pastor im Vorwärtsartikel in den Mund gelegt sei, die Mutter solle die Tat verschweigen, dann werde das Kind eingeseget, sonst nicht.

Und in der Tat verurteilte die Strafkammer des Landgerichts unsern verantwortlichen Redakteur Genossen Albert Wachs am 29. März zu einem Monat Gefängnis. Unsere Erwartung, das Reichsgericht würde dieses ungerechte Urteil aufheben, ist nicht in Erfüllung gegangen: das Reichsgericht hat am Dienstag die Revision verworfen. Es hat das erste Urteil nur insoweit geändert, als es die Publikationsbefugnis dem Konfistorium statt dem Pfarrer zusprach.

Vereits nach Fällung des Strafkammerurteils erklärten wir, durch solche unfere Trachtens durchaus ungerechte Urteile werden wir uns nicht abhalten lassen, zum Himmel schreiende Schandungen unschuldiger Kinder und die dem Rechtsempfinden ins Gesicht schlagende Behandlung eines solchen Kindes zu besprechen und zu kritisieren. Schamlos, wer sich durch Gerichtsurteile davon abschrecken läßt. In ein Schulzeugnis hineinzuschreiben: „Zu tadeln wegen sittlicher Verfehlungen“, weil das Kind seinen Widerstand gegen seine Schändung durch den Rentier, Ratsherrn und Herrschaft hatte brechen lassen, heißt nicht den Sittlichkeitsverbrecher, sondern sein Opfer an den Pranger stellen.

Eine Korrektur des Zeugnisses hätte das Konfistorium von Amts wegen bewirken sollen; es hat aber vorgezogen, gegen die Kritiker der Sittlichkeitschändung Strafantrag zu stellen. Es hat auch erachtet, daß unser verantwortlicher Redakteur durch falsche Auslegung des Artikels einen Monat Gefängnis erhielt. Wir beneiden das Konfistorium nicht um die Einsparungen, die sein Vorgehen gegen andere als uns ausgelöst hat. Nach wie vor werden wir, unbekümmert um konfistoriale Strafanträge und Fehlurteile des Gerichts, gegen entsehlliche Verwüstungen von Kinderglück uns wenden.

### Die Polzeistunde.

In der Ermittlung und Festnahme von Kapitalverbrechern verfaßt die polizeiliche Indignität meistens. Desto größere Triumphe feiert sie dagegen auf dem Gebiet der sogenannten polizeilichen Kleinarbeit. Welche Menge von Kraft und Zeit wird nicht verschwendet, um beispielsweise Uebertretungen der für Schanklokale beschriebenen Polzeistunde festzustellen. Dabei halten die polizeilichen Feststellungen vor Gericht in vielen Fällen nicht stand. Der Gastwirt Franz Schulz in der Ockerstraße ist schon öfter mit polizeilichen Strafverfügungen bedacht worden, die sich aber vor Gericht als unbegründet herausstellten. Gestern hatte Schulz wieder wegen zwei derartigen Fälle vor der Berufsungskammer zu erscheinen. In beiden Fällen hat ihn der Kriminalassistent Günther angezeigt, nach der Polzeistunde noch Gäste bewirzt zu haben. Im einen einzigen Gast handelte es sich in jedem Falle. Aber diese beiden Gäste waren, wie vor Gericht festgestellt wurde, Mitglieder oder geladene Gäste eines in Schulzschen Lokale an dem betreffenden Abend tagenden Vereins, der nicht an die Polzeistunde gebunden war. Das Gericht kam deshalb in beiden Fällen zu einem freisprechenden Urteil.

### Gericht nachgeordnetes Organ der politischen Polizei?

Auf Veranlassung der politischen Polizei war die Arbeiterin Raczinskowa wegen Uebertretung der Meldeborschriften mit der höchsten zulässigen Strafe von 60 Mark oder fünf Wochen Haft bedacht worden. Wie kam es, daß sich die politische Polizei mit dieser gar nicht in ihr Ressort einschlagenden Sache befaßte? Die Arbeiterin Raczinskowa, die jetzt nicht mehr in Berlin wohnt, war feinerzeit Schriftführerin in der Partei politischer Sozialisten (P. P. S.) und derjenige, der unangemeldet kurze Zeit bei ihr wohnte, war ein russischer Arbeiter, den die politische Polizei auszuweisen beabsichtigte. Der Arbeitgeber des Russen scheint von dieser Absicht der Polizei Wind bekommen zu haben. Er mochte den in seinem Fach sehr tüchtigen russischen Arbeiter nicht gern entbehren und gab ihm deshalb den Rat, sich unangemeldet in Berlin aufzuhalten. Das ging auch einige Wochen. Inzwischen hatte die politische Polizei den Aufenthalt des Russen ausgemerkelt. Dieser wurde ausgewiesen und seine Wittin, eine Arbeiterin, die nur 12—14 M. in der Woche verdient, bekam ein auf 60 Mark lautendes Strafmandat, welches auch vom Schöffengericht bestätigt wurde. — In der Berufungskammer, die sich gestern mit dieser Sache zu beschäftigen hatte, wies Rechtsanwalt Ostler Gahn auf den ganz ungewöhnlichen Fall hin, daß die politische Polizei sich dieser Uebertretung der Meldeborschristen annahm. Ebenso ungewöhnlich, ja unerhört sei es, daß das Gericht erster Instanz, dem Ersuchen der politischen Polizei folgend, auf die Höchststrafe erkannt habe. Ein solches Ersuchen der Polizei sei ein Ueberriff in die Befugnisse, welche allein dem Gericht zustehen. Kein Gericht sollte sich derartige Ueberriffe gefallen lassen.

Das Gericht bestätigte demnach das Urteil erster Instanz. Also hat auch hier die politische Polizei ihren Willen bekommen.

### „Streifbrecher“ eine Beleidigung?

Vom Reichsgericht wurde am Dienstag das Urteil des Landgerichts Dortmund vom 23. April aufgehoben, durch welches der Bergmann Stapinski wegen Beleidigung zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden ist. Nach Ansicht des Reichsgerichts ist in dem

Urteil nicht genügend dargelegt, daß in dem Worte „Streifbrevier“ eine Beleidigung zu erblicken ist. Die Sache wurde an das Landgericht zurückverwiesen.

Das Wort „Streifbrevier“ spricht nur eine Tatsache aus, kann also nicht beleidigend sein, wenn diese Tatsache wahr ist oder wenn der angeblich Beleidigte Streifbruch für nichts Verächtliches hält. Indes das Landgericht wird ein paar „Feststellungen“ über den beleidigenden Charakter des Wortes machen und dann wird dasselbe Reichsgericht auch dies wie so viele Streifurteile für frei von Nachsicht erklären.

**Der Tarifvertrag der Maler vor dem Reichsgericht.**

Für das Malergewerbe besteht ein am 26. Januar 1910 zwischen dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe (Sitz Berlin) einerseits und drei Arbeitnehmerorganisationen, nämlich dem Verband der Maler Deutschlands (Sitz Hamburg), dem Zentralverband christlicher Maler (Sitz Düsseldorf) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund andererseits abgeschlossener Reichstarifvertrag, der Festsetzungen über die zu zahlenden Löhne usw. enthält. In dem Tarifvertrage findet sich aber auch eine über den sonstigen Rahmen solcher Verträge hinausgehende Bestimmung, die eigentlich nur die Arbeitgeber untereinander betrifft: Nach § 10 müßen die vertragschließenden Parteien ihre Mitglieder verpflichten, sich gegenseitig zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz zu unterstützen; solche liegt vor, wenn ein Meister einen Auftrag unter dem Selbstkostenpreis übernimmt. Solchenfalls sollte die Sperre verhängt werden können.

Am 20. März 1910 verhängte die Ortsgruppe Spandau des Arbeitgeberverbandes über ihr Mitglied, den Malermeister B. und sein Geschäft, die Sperre, weil dieser Submissionsangebote für die königlichen Institute und für die städtische Badeanstalt in Spandau unter Selbstkostenpreis abgegeben habe. B. will hierdurch schwer geschädigt worden sein. Auf Veranlassung des Verbandes der Arbeitnehmer hätten 25 seiner Gehilfen die Arbeit eingestellt, dadurch sei sein Betrieb lahmgelegt worden; er habe deshalb schließlich klein beigeben und um Aufhebung der Sperre ersucht. Es fanden dann Verhandlungen statt, die dazu führten, daß B. die Kosten der Sperre übernahm, worauf diese am 23. März aufgehoben wurde. Dann strengte aber B. eine Klage gegen die am Tarifvertrag be-

teiligten Verbände, sowohl gegen den Hauptverband der Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmerverbände an. Er richtete die Klage ferner gegen die Ortsgruppen Spandau des Arbeitgeberverbandes und des Verbandes der Maler, und schließlich gegen je drei Vorstandsmitglieder dieser beiden Ortsgruppen. Der Kläger behauptet: die Sperre habe gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung und gegen § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verstoßen. Er habe die Submissionsangebote nicht unter seinen Selbstkostenpreisen abgegeben. Der Kläger verlangt Schadenersatz wegen der Sperre, Rückzahlung der von ihm gezahlten Kosten der Sperre und Feststellung, daß die Beklagten in Zukunft nicht berechtigt seien, auf Grund des Tarifvertrages wegen Unterbietung der Selbstkostenpreise des Verbandes wiederum die Sperre über den Kläger zu verhängen.

Das Landgericht und Kammergericht Berlin haben die Klage abgewiesen. In seinen Entscheidungsgründen führt das Kammergericht aus: Soweit der Kläger seine Ansprüche auf den Vertrag stützt, sind sie unbegründet. Der Kläger ist kraft des Vertragsverhältnisses verpflichtet, die Ausübung der dem Vertragsgegner nach dem Tarifvertrag zustehenden Sperre wegen Schmutzkonkurrenz zu dulden. Die Sperre war auch berechtigt. Es lag in der Tat eine Schmutzkonkurrenz des Klägers vor. Maßgebend waren die vom Verband festgesetzten Mindestpreise, nicht die eigenen Selbstkostenpreise des einzelnen Unternehmers. Aber auch ein Angebot unter seinem eigenen Selbstkostenpreis lag offenbar vor, denn der Kläger hat bei der Ausschreibung derselben Arbeiten sein eigenes früheres Gebot selbst unterboten, um seinen Konkurrenten herauszudrängen. Hat aber der Kläger die Sperre durch sein Verhalten selbst veranlaßt, so kann er hieraus keinen Schadenersatzanspruch geltend machen. Auch soweit der Kläger sich auf außervertragliche Haftung beruft, ist die Klage unbegründet. Die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung sind nicht anwendbar, weil Tarifgemeinschaften keine Kampforganisationen sind und eine Nötigung des Klägers nicht vorliegt. Auch die vom Kläger behauptete Sittenwidrigkeit der Sperre im Sinne des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist zu verneinen. Jedenfalls hat aber der Kläger, indem er sich der Sperre unterwarf und deren Kosten zahlte, damit auf alle Schadenersatzansprüche verzichtet.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts am Dienstag bestätigt.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom vierzehnten — Fünfzehnten —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abmahnungsentwöhnung beifolgt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

G. M. 82. 1. Konfirmationschein genügt. 2. Die Kosten für placir amtlliche Zeugnisse sind in den einzelnen Gemeinden recht verschieden. Lassen Sie den Betrag durch Nachfrage erheben. 3. Ihre Frau bliebe kircheneuerpflichtig, bei Zurückziehung des Antrages sind trotzdem die Kosten zu zahlen. — F. R. 40. Bei Großjährigkeit der Kinder hat das Vormundschaftsgericht nicht die Befugnis, die Auseinandersetzung herbeizuführen. (§§ 1314, 1669 B. G. B.) — 20. R. G. Wenn es sich um ein Verlobungs handelt, nein. — D. H. 14. Die notwendigen Küchenhaken unterliegen nicht der Beschlagnahme oder Einbehaltung, sie können auch verkauft werden. — C. F. 100. Die Firma ist zur Rücknahme der Maschine nicht verpflichtet, kann vielmehr Weiterzahlung der Mieten fordern. Ein Recht, die Maschine zu verkaufen, steht Ihnen nicht zu, für einen solchen Fall besteht die Gefahr der Verfallung. — R. 24. Stellen Sie bei dem Vorliegenden der Veranlagungskommission einen Antrag auf Erlass der Steuer für die Monate September und Oktober; gleichzeitig einen Antrag auf Stundung. — A. B. 126. Ein ungestempelter Vertrag hat dieselbe Gültigkeit wie ein gestempelter. Nur ist für den Fall, daß ein solcher Vertrag dem Gericht eingereicht wird, eine Stempelstrafe zu gewärtigen. — G. R. 164. Wenn Ihre Tochter sich eines Scheidungsgrundes schuldig gemacht hat, ist nur der Mann zur Erhebung der Klage befugt. Ihre Tochter könnte nur auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen. Ergeht ein Urteil auf Wiederherstellung und leistet der Mann diesem innerhalb Jahresfrist von der Rechtskraft des Urteils an nicht Folge, so hat Ihre Tochter einen Scheidungsgrund. — W. S. 70. Ja, soweit sie nicht durch die infolge des auswärtigen Aufenthalts entsetzten Mehrkosten verdrängt werden. — C. G. 35. 1. und 2. Nein. 3. Vangericht II, Palast des Hofes. — G. R. 35. Ja, wenn aber die Lebensjahre von Verpflichtungen damit verbunden ist, ist die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts notwendig. 2. Nach Ablauf von zwei Jahren. Die Frist beginnt mit Ende des Kalenderjahres, in dem die Forderung entstanden ist. — R. 7. 1. und 2. Nein. — A. B. 56 551. Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, wann Sie geheiratet haben und wo der erste Ehegenuß gewesen ist. — G. M. 32. Die Beschlagnahme war zulässig. — Nummer 2. 1. Ja. 2. Das eingebrachte Vermögen muß, soweit es zurzeit noch vorhanden ist, in vollem Umlange angegeben werden. — T. R. 50. Der Mann würde sich strafbar machen



**Sunlicht Seife**

ist die Parole am Reinmachetag! Alles, was abgewaschen werden darf, verlangt nach der Wohlfat dieser Seife, denn ihr Erfolg ist glänzend. Sie wirkt Wunder vom Keller zum Dach, vom Fussboden zur Decke. Email, Zink, Holz, Linoleum und Oelanstrich scheuert man am besten mit Sunlicht Seifen-Lösung.



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Tischlermeister  
**Gustav Mewes**  
Eimeonstraße 23, Bezirk 219 gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Eimeon-Friedhofes in Belg. Tempelhofer Weg, aus statt.  
Ihre tege Beteiligung erucht  
211/7 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Glasbläser  
**Paul Gebel**  
Bismarckstraße 21, im Alter von 24 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 22. November, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des hiesigen Gemeinde-Friedhofes aus statt. 203/10  
Die Mitglieder treffen sich um 3 Uhr im Bogenhof, Bismarckstraße 11.  
Rege Beteiligung erwartet  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.**  
**Nachruf**  
für unseren Genossen, den Former  
**Adolf Staude**  
Delmholtzstr. 11, der am 10. November 1912 verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
**Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und zahlreichen stützenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Karl Saalmann**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein des 2. Kreises, meinen werten Gästen, den Mitgliedern des Sparvereins „Süd“ sowie den Sängern für den erhabenen Gesang unseren herzlichsten Dank.  
Witwe Saalmann nebst Familie.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter  
**Paul Berke**  
Südengasse 75, im Alter von 50 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 22. November, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des St. Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, West, Humboldtstraße 71, aus statt.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Johann Wolter**  
im Alter von 27 Jahren am 17. November gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
21/10 Die Ortsverwaltung.

Am 21. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt  
**Wilhelm Otto**  
im 53. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
Wwe. Julie Otto geb. Winkel, Margarete Otto, Johanna Otto.  
Die Beerdigung findet am Samstag, den 23. d. Mts., von der Leichenhalle des Rajareth-Kirchhofes in der Kögelstraße aus statt.

**Dankfagung.**  
Für die überaus zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme an dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Großvaters 124  
**Karl Selmke**  
sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein Reinickendorf, dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Sparverein „Ruhwangs-Ecke“ und den Sängern für den erhabenen Gesang, insbesondere den Herren Gels und den Arbeitern der Firma Georg Krausert u. G. Stralau, unseren besten Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
Witwe Auguste Selmke nebst Kindern.  
**Dankfagung.**  
Allen Verwandten, Bekannten, Genossinnen und dem Sparverein „Hohe Kante“, Reinickendorf, für die zahlreichen Teilnahme und Anwesenheit bei der Beerdigung meiner lieben unversehrlichen Frau und guten Mutter unseren herzlichsten Dank. 124  
Der trauernde Gatte  
Paul Müller nebst Kindern.

Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35  
**Sie sparen Geld!** Wenn Sie  
**Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 — Permanente Musterzimmer-Ausstellung. — 35

**Bolero**  
feinste 2 Pfennig Cigarette

**Paul Obiglio's Festsäle, Schwedter Str. 23/24**  
Telephon: Amt Norden 33.  
2 Säle mit Bühne für Hochzeiten und Gesellschaften noch einige **Sonntage** und **Sonntage** frei.  
3 Vereinszimmer für Sport-, Gesang- und andere Vereine.  
2 Kegelbahnen für Winter und Sommer. 4790L\*

**Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69**  
(Laden)  
**J. B. von Schweitzer**  
**Politische Aufsätze und Reden.**  
Mit Einleitung und Anmerkung herausgegeben v. Fr. Mehring.  
**Sozialistische Neudrucke V.**  
Preis broschiert 3.— M., gebunden 4.— M.

**Aufruf an die Arbeiter Berlins!**  
Die anhaltende Teuerung zwingt einen Jeden, sich vor **Uebersvorteilung zu schützen!**  
Kaufen Sie nur beim **Fachmann**  
**Elegante fertige Herren-Garderobe**  
Teilzahlung von **1 Mark** wöchentlich an.  
Vornehmste Maßanfertigung und **Garantie.**  
**Besichtigung Lagers** in fertiger Garderobe in deutschen u. englischen Stoffen **ohne Kaufzwang** gern gestattet. Ein Versuch führt zu **dauernder Kundschaft.**  
**Julius Fabian,** I. Gesch.: Gr. Frankfurter Str. 37 II  
II. Gesch.: **Turmstraße 18 I**  
kein Laden.  
Schneidermeister

Jedes Paket von Dr. Gentner's **Vollweissenpulver Goldperle** enthält ein reizendes praktisches Geschenk. — 24.  
**Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuherems „Nigra“: Carl Gentner, Göppingen.**  
Vertretung und Lager bei **Hermann Kunder, Neukölln, Horrlurthstr. 25.** 200/12\*

**Patente etc.** erwirkt u. verwertet amerik. schnell  
Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslauer  
Berlin, Gilschinerstr. 106, n. 2. Pat.-Amt  
Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss eine Erfindung für die Verwertung beschafft sein?“ **gratis** u. franko

**Phänomen-Gold Feinste Cigarette** **Specialmarke Phänomen-Club 3 Pf.**





Erdrosselung der eigenen Ehefrau.

Der Buchhalter Julius Zinke, der im Juni d. J. seine Frau erdrosselt hat, fand gestern vor den Geschworenen des Landgerichts II.

Am 16. Juni früh wurde die im dritten Stockwerk des Hauses Plottwellstraße 13 wohnende 25 Jahre alte Buchhalterin Rosa Zinke, geborene Doebel, neben ihrem Bett tot aufgefunden. Die die Strangulationsmarcen an ihrem Hals und eine um den Hals geschlungene Schnur erwiefen, war sie ermordet worden und als Täter kam sofort nur der eigene Ehemann der Ermordeten, der 35jährige Buchhalter Julius Zinke in Betracht. Das Zinkeische Ehepaar war erst seit drei Jahren in kinderloser Ehe verheiratet. Die Ehe gestaltete sich zu einer recht unglücklichen, so daß sich die Eheleute wiederholt voneinander trennten, dann aber auch wieder zusammenzogen. Ihre Wohnung in der Plottwellstraße lag in demselben Hause, in welchem die Mutter der Frau Zinke wohnte. Der auf seine Frau nicht ohne Grund eifersüchtige Zinke hatte eine Stelle in einer Lederfabrik in Kofen in der Provinz Posen angenommen und verlangte nun von der Frau, daß diese ihn dorthin begleiten solle. Die Frau aber lehnte dieses Verlangen ab. Es kam über diesen Punkt zu Mißverständnissen. Die Ehefrau wieder darauf hin, daß sie die aus drei Zimmern und einer Küche bestehende Wohnung doch nicht plötzlich aufgeben und außerdem auch nicht ihre Chambregarnisten ohne weiteres sich selbst überlassen könne. Am 15. Juni hielt sich das Ehepaar bis gegen 10 Uhr abends in der Wohnung der Schwiegermutter auf und begab sich dann nach der eigenen Wohnung hinüber. Dort muß es bei der Erörterung der Frage, ob die Frau ihrem Manne nach Kofen folgen wolle oder nicht, zu einem heftigen Streit gekommen sein, in dessen Verlauf sich Zinke in blinder Wut auf seine Frau stürzte, sie am Hals würgte und als sie schon bewußtlos war, mit der Zugschnur des Fenstervorhanges erdrosselte. Dann rückte er das in einem Schranke befindliche Geld seiner Frau im Betrage von 110 Mark zu sich und entfloh. Er trieb sich zunächst planlos in Berlin umher, fuhr später nach Halle und von dort nach Leipzig. Von dort teilte er seinem Bruder und einem Wostwirts bediensteten mit, daß er seine Tat tief bereue und sich das Leben nehmen wolle. Er hat auch versucht, diese Absicht auszuführen. Er war in Leipzig in einem Hotel unter dem Namen August Feigener aus Halle a. S. abgestiegen und hatte in seinem Zimmer eine Selbstmordversuch und der angebliche Kaufmann Feigener wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Die Leipziger Kriminalpolizei schöpfe den Verdacht, daß der angebliche Feigener mit dem gesuchten Julius Zinke identisch sei und dieser Verdacht wurde dann auch nicht nur durch die von dem Gattenmörder vorhandene Photographie, sondern auch durch eine Postkarte bestätigt, die man in seinen Kleidern vorfand. Die Verletzungen, die ihm die Salzsäure zugefügt, waren nicht lebensgefährlich. Zinke wurde nach wenigen Tagen in das Berliner Untersuchungsgefängnis übergeführt und stand nun vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter der Anklage des Totschlages.

Der Angeklagte gab auf Befragen des Vorsitzenden die Tat an sich zu. Nach seiner Darstellung ist seine im ersten Jahre ganz glückliche Ehe nach und nach getrübt worden. Das Verhältnis zwischen dem Angeklagten und seiner Schwiegermutter war ein recht schlechtes, der Angeklagte behauptet sogar, daß die Schwiegermutter ihn geradezu gehäht habe. Das eheliche Verhältnis wurde dann auch sehr unglücklich, da der Angeklagte längere Zeit keine Arbeit finden konnte und, wie er behauptet, mit vollem Recht eifersüchtig auf einen Mann war, mit dem seine Frau unerlaubten Verkehr zu unterhalten schien. Es kam darüber mehrfach zu erregten Szenen und am 1. Februar rücht ihm seine Frau mit sämtlichen Möbeln aus, so daß er sich ein möbliertes Zimmer mieten mußte. Es kam dann wieder zu persönlicher Annäherung zwischen den Eheleuten, aber der Mann, auf den der Angeklagte eifersüchtig war, trat immer als Störenfried dazwischen und der Angeklagte ließ sich sogar zweimal zu einer Mißhandlung seiner Frau hinreißen. Dann kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung in einem Schönkloster, die den Angeklagten so aufregte, daß er sich ins Wasser stürzte, um sich das Leben zu nehmen. Wie er berichtet worden ist, wehrt er nicht; er erwachte erst wieder im Krankenhanse, wo er auch den Besuch seiner Frau empfing. Nach seiner Genezung bat er seine Mutter, doch als Vermittlerin zwischen ihm und seiner Frau zu wirken. Die Mutter kam auch nach Berlin und es gelang ihr auch, eine Versöhnung zustande zu bringen. Wegen ein Zusammenziehen der beiden Eheleute erhob aber die Schwiegermutter sehr energischen Einspruch und erst am 1. April gelang es dem Angeklagten, seine Frau dazu zu bewegen, mit ihm eine gemeinsame Wohnung zu beziehen, nachdem sie ihm hoch und teuer zugesichert hatte, daß sie mit dem „andern“ endgültig gebrochen habe. Die Schwiegermutter ließ aber, wie der Angeklagte behauptet, nicht nach, ihm ihren Haß fühlen zu lassen und soll ihn auch verhöhnt haben, weil er sich sein Brot als Arbeiter bei der Untergrundbahn verdient. Dann kam die Episode in Kofen. Der Angeklagte war froh, mit Hilfe seines Schwagers eine Stelle als Buchhalter in Kofen erlangt zu haben und er trat dort seine Stellung an, mietete auch eine Wohnung, da seine Frau ihm versprochen hatte, am 1. Juli zu ihm nach Kofen überzuziehen. Dann blieben aber die Briefe seiner Frau gänzlich aus und der Angeklagte, der nun wieder stark von Eifersucht geplagt wurde und keine ruhige Stunde mehr hatte, fuhr kurz entschlossen nach Berlin. Hier kam es, wie der Angeklagte unter Tränen erzählt, wieder zu häßlichen Auseinandersetzungen mit der Frau und namentlich mit der Schwiegermutter, die ihn durch böshafte Redensarten in seinem Ehrgefühl schwer gekränkt habe. Seine Erregung darüber wurde immer größer, als seine wiederholten inständigen Bitten, doch zu ihm nach Kofen zu kommen, von seiner Frau schändlich zurückgewiesen wurden. In der Nacht zum 16. Juni konnte er nicht schlafen und er drang nochmals bittend in seine Frau, doch am nächsten Tage mit ihm nach Kofen zu fahren; sie antwortete aber: „Nein, ich komme nicht mit, ich muß mich in die Arme eines andern werfen; sieh zu, wie Du fertig wirst, ich habe Verpflichtungen gegen meine Mutter.“ Diese Ablehnung stieß dem Haß den Boden aus. Der Angeklagte geriet darüber so in Erregung, daß, wie er sagt, ihn schwarz vor den Augen wurde. In diesem Zustande sprang er seiner Frau an die Gurgel, würgte sie in furchtbarer Weise, zog sie aus dem Bett, würgte sie auf dem Fußboden noch weiter, bis die Frau nur noch röchelte und schlang ihr dann noch die Gardinenschnur um den Hals bis sie tot war. Der Angeklagte versichert, daß er seine Frau sehr geliebt und die Absicht gehabt habe, sich nach der Tat, bei der er seine Niederlegung erlitt, selbst zu töten. Er habe sich schon in Berlin ins Wasser stürzen wollen, es seien aber zu viele Menschen schon auf den Beinen gewesen. Auch seine Absicht, sich in Halle in die Saale zu stürzen, sei mißlungen und so habe er dann in Leipzig zur Salzsäure gegriffen. Soweit der Angeklagte.

In der Beweisaufnahme wurden manderlei Momente festgestellt, die das trübe Verhältnis zwischen dem Angeklagten und seiner Schwiegermutter illustrierten. Es kam auch zur Sprache, daß der Angeklagte einmal bei einer häßlichen Szene, nachdem er die Wohnstube mit dem Fuße eingeschoben, mit dem Feuerhaken auf seine Schwiegermutter losgegangen ist. Es steht auch fest, daß die Ehefrau des Angeklagten ein Liebesverhältnis mit einem jungen Techniker unterhält. Die Frau hat sogar noch am Tage vor der Tat, als in Aussicht genommen war, daß der Angeklagte allein nach Kofen zurückkehren würde, kurze Gelegenheiten benutzt, um noch zwei Briefe an ihren Liebhaber zu richten und ihn zu einem Rendezvous unmittelbar nach der Abreise ihres Mannes zu bestellen. In dem ersten Briefe hieß es unter anderem: „Mein liebstes süßes Fräulein! Was sagst Du nur dazu? Es ist noch alles gut gegangen. Wir können uns am Sonntag wiedersehen, mein Liebling!“

Wenn Du Lust hast, komme doch nach Bahnhof Alexanderplatz, er fährt um 8 Uhr. Es grüßt Dich in Liebe Dein Köschchen.“ Bald nachher schickte sie einen zweiten Brief an ihn, in welchem sie schrieb: „Mein lieber Fröh! Schon wieder ein Brief, aber ich habe zu große Sehnsucht. Komme doch morgen, Sonntag, zu mir, es ist gleich, um welche Zeit, da er schon Sonntag mittag fährt. Ich habe alles zur Zufriedenheit erledigt. Mein Fröh wird mit seinem Köschchen zufrieden sein. Es grüßt Dich Dein Lieb; auch Mutter läßt grüßen!“ Der Empfänger dieser Briefe, der über den Grad seiner Intimität mit Frau Zinke die Aussage verweigerte, bestätigte als Zeuge, daß das Verhältnis des Angeklagten zu seiner Schwiegermutter ein sehr schlechtes war.

Über den Geisteszustand des Angeklagten im Augenblick der Tat begutachtete Gerichtsarzt Dr. Marg: von einer Geisteskrankheit des Angeklagten könne keine Rede sein, auch eine „Bewußtlosigkeit“ im Sinne des § 31 Str.-G.-B. liege nicht vor. Es handle sich hier aber um eine im stärksten Affekt begangene Handlung. Wehnlich sprach sich Gerichtsrat Dr. Strauch aus. Nach kurzen Plädoyers des Staatsanwalts und des Verteidigers sprachen die Geschworenen den Angeklagten des Totschlages schuldig und bildeten ihm milde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten und 4 Wochen Untersuchungshaft.

Aus Industrie und Handel.

Vorsennumsätze in den Kriegsmoenten.

Die Umsatzsteuer für den Aktienhandel (im Börsenverkehr) gibt ein einigermaßen zutreffendes Bild über den Umfang und die Höhe der an der Börse gehandelten Wertpapiere. Für 1000 Mark gehandelter Papiere wird vom Staat eine bestimmte Stempelabgabe erhoben. Je größer der Börsenverkehr, um so höher die Steuererträge. Der Balkankrieg und die Kriegsjahre haben nun etwa nicht zu einer Einschränkung des Börsenverkehrs geführt; im Gegenteil! Während im Juli und August d. J. 2,03 bzw. 2,33 Millionen Mark an Börsensteuern in die Reichskasse flossen, stieg der Ertrag im September auf 3,15 und im Oktober auf 3,08 Millionen Mark. Gegen die Monate September und Oktober des Vorjahres zusammen erbrachte diesmal die Börsensteuer 2,30 Millionen Mark mehr. Nicht beteiligt an der Umsatzerhöhung waren Anleihen und Schuldverschreibungen von ausländischen Staaten, Kommunen, Eisenbahngesellschaften. Dagegen zeigte die Spekulation in ausländischen Aktien eine erhebliche Zunahme.

Gegen die Monopolbestimmungen in der Elektroindustrie.

Die Regierung hatte sich in einem Erlaß an die Gemeinden gewandt mit der Aufforderung, nicht durch langfristige Verträge den großen Elektrofirmen das ausschließliche Recht der Wegebenutzung für Stromleitungen zu gewähren und damit Privatmonopole zu fördern. Jetzt wenden sich die Städte an die Regierung mit dem Vorwurf, daß die Regierung selbst solchen Monopolen Vorschub leiste. Der Vorstand des Reichsverbandes Deutscher Städte spricht sich in einer Eingabe an das Preussische Abgeordnetenhaus gegen den Vertrag aus, den die Preussische Regierung mit den beiden großen Elektrizitätskonzernen wegen der Energieversorgung für die zu elektrifizierenden Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen abzuschließen beabsichtigt.

„Der Vorstand ist davon überzeugt — so heißt es in der Eingabe —, daß, wenn der Staat im vorliegenden Falle ohne ganz schwerwiegende Gründe, etwa nur aus rein finanziellen Rücksichten, privaten Großfirmen in einem langfristigen Vertrage außerordentlich wichtige Monopolrechte überläßt — daß es dann den Selbstverwaltungskörpern mehr und mehr unmöglich werden wird, bei Verhandlungen über Überlandzentralen ihre Interessen gegenüber den Großfirmen so durchzusetzen, wie die Staatsbehörden es immer wieder entgegen, denn diese Großfirmen werden es mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verstehen, die Bedeutung eines solchen Vertrages des Staates mit ihnen bei allen jenen Verhandlungen vor Augen zu führen und damit vor allem bei der erfahrungsgemäß wenig über die gesamte Sachlage unterrichtete Bevölkerung der kleinen Städte und des Bundesgebiets einen nachhaltigen Eindruck zu wecken.“

Der Vorstand bittet daher das Abgeordnetenhaus, dafür einzutreten, daß die elektrische Kraft für die geplante Elektrifizierung von Staatsbahnen vom Staate selbst hergestellt werde.

Aus der Frauenbewegung.

Die evangelischen Frauen im Bund.

Dem deutsch-evangelischen Frauenbund und seiner Vorsitzenden Paula Müller wurden von konservativen Blättern scharfe Vorwürfe gemacht, daß sie auf der Gothaer Tagung des Gesamtbundes der bürgerlichen Frauenvereine nicht gegen die Politisierung der Frau Protest erhoben hätten. Der deutsch-evangelische Frauenbund hat sich diese Angriffe zu Herzen genommen. Er zieht sein früheres Abkommen mit dem Bund deutscher Frauenvereine zurück; er verpflichtet sich nicht mehr auf den Satz: „Der deutsch-evangelische Frauenbund nimmt dem politischen Stimmentrecht gegenüber eine neutrale Stellung ein, lehnt jedoch eine Agitation dafür ab.“ Er behält sich vielmehr jetzt vor, seine Meinung auch hierüber uneingeschränkt zum Ausdruck zu bringen. Wenn Worte und ihre Ableugnung einen Sinn haben sollen, kann daraus nur gefolgert werden, daß die evangelischen Frauen ihre neutrale Stellung aufgeben und künftig die Harmonie der Verbandstagen durch eine Polemik gegen die Forderung politischer Frauenrechte stören werden. Daß die evangelischen Frauen so artig vor der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Kreuzzeitung“ einschwenken, ist schließlich ihre Selbstopfener einer seiner Haupt- und Grundforderungen gefallen lassen will, ist ein neues Zeichen innerer Kraft und Haltlosigkeit. Nur um eine nicht vorhandene Einheit der bürgerlichen Frauenbewegung vorzuspielen — eins ist sie nur in dem Bekennnis zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung — und in dem ja keine Mitglieder zu verlieren, gibt sich der Gesamtbund den reaktionären Frauen preis, ohne auch nur als Entgelt die Achtung vor den eigenen Prinzipien zu fordern. Den Erscheinungen inneren und moralischen Verfalls der bürgerlichen Frauenbewegung reicht sich diese Wendung würdig an!

Aus aller Welt.

Meuterei in einem französischen Gefängnis.

Am Dienstagabend kam es im Zivildgefängnis von Rochefort zu einer schweren Meuterei der Gefangenen. Die Revolte brach in dem Augenblicke aus, als der Oberaufseher den Gefangenen das Essen brachte. Die Gefangenen schritten dem Oberaufseher die Kehle durch und extrahierten ihm den Revolver. Seiner Frau, die zur Hilfe herbeieilte, erging es ebenso. Ein Ratroffe, der den Oberaufseher verteidigen wollte, wurde durch zwölf Messerstücke schwer verwundet. Beamte und Truppen, die herbeieilten, fanden einen zweiten Aufseher in einer Zelle ermordet mit abgeschnuttem Kopfe auf. Die Gendarmen verfolgten die Meuterer in das zweite Stockwerk. Dabei

erhielt ein Unteroffizier einen Krüch und einem Kommissar wurden die Kleider zerfetzt. Zwei gefangene Matrosen verbarrikadierten sich in einer Zelle. Gendarmen schlugen die Tür ein, feuerten und töteten die beiden. Im ganzen wurden fünf Personen getötet und drei verwundet.

Bootskatastrophe in Kalkutta.

Eine schwere Schiffskatastrophe wird der „Frankf. Zig.“ aus Kalkutta gemeldet. Dort ist am Mittwochabend ein Boot, in dem sich fünfzig Passagiere, darunter sieben Europäer, befanden, infolge Ueberlastung gesunken. Die sämtlichen Insassen ertranken. Wegen der starken Strömung konnte bisher noch keine Leiche geborgen werden. Das untergegangene Schiff ist ein Fährboot, das die Verunglückten von der Landungsbrücke zu einem Dampfer bringen sollte.

Panik in einem Polizeiquartier.

Im Polizeihauptquartier in Los Angeles hat ein Geisteskranker, ein Deutscher namens Karl Barr, am Dienstag die Polizei- und Gerichtsbeamten während 1 1/2 Stunden in hochgradige Aufregung versetzt. Der Geisteskranke betrat das Gebäude mit einer Riste auf dem Rücken, die mit Dynamit gefüllt und mit einem komplizierten Entzündungsmechanismus ausgestattet war, und ersuchte die Polizei, einen hohen Eisenbahnbeamten herbeizurufen, den er in die Luft sprengen wolle. Mehrere Polizeibeamte beschützten Barr durch ein Gespräch, während andere die Arrestanten aus dem Gefängnis holten und sie in Sicherheit brachten. Die im Gebäude tagenden Gerichtshöfe schlossen in Eile die Sitzung. Richter, Geschworene und Zuhörer stürzten auf die Straße. Nach geraumer Zeit gelang es einem Polizeibeamten, Barr von hinten mit seinem Knüttel niederzuschlagen, so daß er die Besinnung verlor. Die Riste enthielt 80 Stangen Dynamit von hoher Sprengkraft.

Nach einer anderen Meldung, die etwas wahrscheinlicher klingt, bestand die furchtbare Dynamitlast aus einer mit Sand gefüllten Konservendbüchse. Sehr begreiflich ist es, daß die tapferen Polizisten und Richter dem Vorgang einen möglichst ersten Charakter geben, da sie sonst einem Hochgelächter aussetzen.

Ein frommer Bankerottier.

In Baden-Baden fallierte kürzlich das Bankinstitut Jörger, dessen letzter Inhaber, Anton Müller, insbesondere das Vertrauen der Rentierskreise genoss. Es wurden eine große Anzahl von Vereinskassen frummer Gesellschaften und auch die selber vieler kleinen Leute dem Bankier Müller in Verwahrung gegeben, der jeden Morgen mit dem Gebetsbuch zur Kirche ging. Nun betragen die angemeldeten Forderungen dreieinhalb Millionen, wovon 2 1/2 Millionen Mark anerkannt wurden. Als Aktion verzeichnete man nur den Erlös des für etwa eine Viertelmillion verkauften Müllerschen Bankanweins. Ein schwacher Trost wird es den trauernden Hinterbliebenen sein, daß sie die 90 Proz. ihrer Guthaben durch einen gottesfürchtigen Mann verloren haben.

Unwetter auf der Insel Jamaica.

Eine große Flutwelle hat die Städte Sabanna la Mar und Luca auf Jamaica zerstört. Dampfer, die nach Kingston kamen, berichten, daß 42 Personen infolge des Orkans in der Montego-Bay umgekommen sind. Die telegraphische Verbindung ist noch gestört. Der Gouverneur von Jamaica ließ einen Spezialzug mit 300 Zelten und Lebensmitteln abgehen. Der Sturm begann am 15. November und nahm mehrere Tage hindurch an Gewalt zu. Er erreichte eine Maximalstärke von 100 Meilen in der Stunde. Durch den furchtbaren Sturm ist auf der Insel die Bananenenernte zu einem großen Teil vernichtet worden. Der Verlust soll 60 Proz. der Ernte betragen.

Erdbeben in Mexiko.

Ein Erdbeben hat in Mexiko zahlreiche Opfer gefordert. Wie ein Telegramm meldet, sind bei dem Beben in Acambaro etwa 100 Menschen ums Leben gekommen. In der Stadt Mexiko machte sich das Beben in einem etwa drei Minuten andauernden heftigen Erdstoß bemerkbar. Eine Mauer, die zum Einsturz kam, begrub eine größere Anzahl Menschen unter ihren Trümmern. Fünfzehn Personen kamen dabei ums Leben.

Kleine Notizen.

Grubenbrand. In den Mollerschächten bei Gladbeck brach Donnerstag früh aus unauflöslicher Ursache ein kleinerer Brand aus, bei dem zwei Steiger erstickten; ihre Leichen konnten geborgen werden. Die Brandstelle konnte eingedämmt werden, der Betrieb ist nicht gestört.

Die Schwiegertochter erschlagen. In Saasdorf bei Großsch wurde die Frau eines Gutbesizers beim Drechseln von ihrem Schwiegervater mit einem stumpfen Werkzeug gegen den Kopf geschlagen, so daß sie blutüberströmt zusammenbrach. Der Täter erkämpfte sich auf dem Heuboden. Der Zustand der Frau ist besorgniserregend.

Russische Räuber. Auf der Ratharthenbahn hielten Räuber Mittwoch nacht durch ein falsches Signal einen Schnellzug an und raubten dreißig Passagieren Geld und Wertgegenstände. Ein Bahnwärter und ein Oberkondukteur wurden verwundet.

Das fällige Eisenbahnlohn. Ein nach Osten gehender Expresszug der Canadian Pacificbahn stieß bei Gull Lake mit einem Güterzuge zusammen. Achtzehn Personen sollen getötet worden sein.

Marktbericht von Berlin am 19. November 1912, nach Ermittlung des königl. Polizeipräsidiums. Kartoffelpreise (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speltzbohnen, weiße, 36,00—60,00. Erbsen 35,00—60,00. Karloffeln (Kleinhandl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,50. 1 Kilogramm Stäpeln 1,20—2,40. Halm 1,60—3,20. Bänder 1,40—3,60. Dichte 1,40—2,80. Barische 0,80—2,40. Schafe 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Kacke 3,00—30,00.

Witterungsübersicht vom 21. November 1912.

Table with columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. d. Tag, Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. d. Tag.

Wetterprognose für Freitag, den 22. November 1912.

Zunächst kühl, dann heiter bei mäßigen westlichen Winden; später neue Erwärmung, Lebewind und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

# Billige Angebote

haltbarer, bewährter und gutleitender

## Berufs-Kleidung

- Manchester-Anzüge Joppe 11.90 Weste 3.60 Hose 6.75
- Herkules-Leder-Hosen 4.50
- Weißer Kellner-Jackette 3.65 | 2.50
- Blauer Monteur-Jackette 2.45
- Setzer-Kittel 3.10 | 2.50 | Maler-Kittel 2.90 | 2.00

Berufs-Kleidung für alle Zweige der Gewerke und Industrie

# BaerSohn

Schutz-Kleidung für Sanitätsdienst und gewerbe-polizeil. Vorschriften

Berlin - Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Str 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Haupt-Katalog Nr. 46 (Berufs-Kleidung) postfrei!

# Roland Schuhwaren

Vertriebsgesellschaft m. b. H.

Königstrasse 53-54.

Schuhwaren-Einzel-Verkauf zu Engross-Preisen

 1.45	 5.85	 1.95		
 5.85	 6.85	 7.35	 10.35	 5.85
 4.95	 4.95	 4.85	 9.90	 9.90

*Auß. in Form Abheilung Gelenkversteifungen.*

# Theater und Vergnügungen

**Urania.** Gervais - Courtois - Mont-Paris: Bilder aus Frankreich. Freitag, 22. November 1912. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kgl. Opernhaus.** Figaros Hochzeit. König. Schauspielhaus. Plachsmann als Erster. Deutsches. König. Heinrich IV. 2. Teil. Theater am Rollendorplatz. Röntgen. Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung. Zirkus Dutsch. Gala-Vorstellung.

**Urania.** Die wichtigsten Kulturpflanzen der Weltwirtschaft. Mit dem Zepplinluftschiff von Sylt nach Hamburg. Kammerpiele. Maria Magdalena. Verena. Hedda Gabler. Deutsches Opernhaus. Figaros Hochzeit. Königgräfer Straße. Die fünf Frankfurter. Airino. Magdalena. Schiller O. Plachsmann als Erster.

**Urania.** Charlottenburg. Die Geheimnisse. Olga. Berlin. Himmelskinder. Rollenspiele. Prinzenerziehung. Komische Oper. Die Generalprobe. Deutsches Schauspielhaus. Der gütigste Herr. Thalia. Autobiographen. Kurfürst-Oper. Der Aufreißer. Montis Operetten. Der Frauenkeller. Neues Opern (Kroll). Aufliches Ballett. Luise. Des andern Ehe. Hofe. Die Sünden der oberen Gehirnteile. Metropol. Chauffeur - ins Metropol. Trianon. Liebesbarometer. Herrenseld. Die Alpenbrüder. Endlich allein.

**Urania.** Der Großfürst. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Spezialitäten. Volksgesellschaft. Spezialitäten. Reichshallen. Die Nacht der Lüge. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Urania.** Wild. Schauspielhaus. Geisel. Lustspielhaus. Mein aller Herr. Volies Caprice. Der kaisliche Joseph. Der Hebbod. Königstadt-Casino. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Urania.** Neues Volkstheater. Medea. Literatur. Anfang 10 Uhr.

**Urania.** Admiralspalast. Gisbald. Throna. Sternwarte. Anwaltsstr. 57-62. Schiller-Theater O. Badner. Freitag, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erscher. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Lokalbahn. - Die Medaille. Sonntag, abends 8 Uhr: König Lear.

**Schiller-Theater** Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Die Geschwister. Eiga. Sonnabend, nachmittags 3.10 Uhr: Wallensteins Tod. Sonntag, abends 8 Uhr: Im weißen Rössl. Kammermusik. Sonntag, abends 8 Uhr: Des Pfarrers Tochter von Stralendorf.

**Berliner Theater.** 8 Uhr: Filmzauber.

**Theater in der Königgrätzer Straße** 8 Uhr: Die fünf Frankfurter. Deutsches Schauspielhaus 8 Uhr: Der gütigste Herr.

**Theater am Rollendorplatz 5.** Abends 7 1/2 Uhr: Röntgen. Sum 1. Male: Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr: Kinderkomödie Schneewittchen.

**Residenz-Theater.** Anfang 8 Uhr. **Prinzenerziehung.** Salter in 3 Akten v. Maurice Donnay. Rollen und folgende Lage: Prinzenerziehung. Totenfeier abends 8 Uhr: Frauchillon.

**Montis Operetten-Theater** (fr. Neues Theater). Unt. Norden 1141. Abends 8 Uhr: Der Frauenkeller.

**Luisen-Theater.** Freitag: Des andern Ehe. Sonnabend nach 4 Uhr: Kinder-vorstellung: Rumpelstilzchen. Abends 8 Uhr: Raffel. Sonntag und Montag 8 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.

**ROSE-THEATER** Große Frankfurter Str. 182. Abends 8 Uhr: Die Sünden der oberen Gehirnteile. Ausstattungsdrama in 4 Akten von Cecil Raleigh. Henry Hamilton und S. B. Lutz. Ruhe von J. R. Glover.

**Metropol-Theater.** Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet. **Chauffeur - ins Metropol!** Große Bahndirektion mit Gesang und Tanz in 10 Bildern. Totenfeier, den 24. November, abends 8 Uhr: Schuldig!

**Apollo Theater** Vorletzte Woche. Ab 8 Uhr. Nie dagewesener Erfolg des großen Programms! 12 erstklassige Attraktionen. Ganz Berlin spricht von M. Bendix und E. Schnabel als Droschkenkutscher u. Fiaker.

**Herrnfeld Theater** 8 Uhr: Die mit beispellosem Lacherfolge aufgenommene Novität **Die Alpenbrüder.** 10 Uhr: **Endlich allein!** Voranzeige. Sonntag, den 24. November, einmalige Aufführung: **Kausierer Jockele.** Dazu Die letzte Ehre u. Scheidungs-Souper. Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

**Passage-Panoptikum** Das größte Naturwunder! Die **HEILIGE WEISSE NEGERIN** und ihre schwarze Priester-Schwester. Beide lebend ohne Extra-Entree zu sehen.

**Sozialdemokratischer Wahlverein** für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis. Sonnabend, den 23. November 1912, abends 8 1/2 Uhr, in den „Sophien-Sälen“, Sophienstraße 18: **Außerordentlicher Kammermusik- und Solisten-Abend.** Mitwirkende: Opernsängerin **Margarethe Blume** (Kurfürsten-Oper), **Eduard von Winterstein**, Rezitationen (Deutsches Theater), Kapellmeister **Fritz Blume** (Klavier), Konzertmeister **Max Ladscheck** (Violine), Cellovirtuose **Charles Geisler**. Konzertfögel R. Isach Sohn. Eintritt 50 Pf. Während des Konzerts bleiben die Saaltüren geschlossen.

**Luisenstädtischer Männerchor** M. & D. A.-S.-B. Chormeister: Jan F. van den Orlis. Sonntag, den 24. November 1912 (Totensonntag) in der **Neuen Philharmonie**, Köpenicker Str. 96/97: **Herbst-Konzert** Mitwirkende: Kammermusik-Vereinigung „Potsdamer Trio“ Königl. Hoforganist Prof. Otto Becker, Fögel: Frau Blanka Becker-Samselowska, Violine; Walter Schmidt, Violoncello; Konzertsänger Egon Schönlin, Badbräunton. Saalöffnung 5 Uhr. Anfang 8 Uhr. Die Saaltüren bleiben während der Aufführung geschlossen. Rauchen nicht gestattet. 50/15 Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. Programm und Liedertexte am Eingang gratis. Billets à 50 Pf. sind in den Verkaufsstellen W. Schmidt, Besselstr. 18, Aug. Radke, Neue Jakobstr. 1-3, zu haben.

**Zirkus Albert Schumann.** Heute Freitag, 22. November, abends 7 1/2 Uhr: 1. große Clown- u. Komiker-Vorstellung mit ausgewähltem humoristischen Programm. Besonders hervorzuheben: **Tommy**, der einzige Bär, welcher selbständig auf einem Zweirad fährt u. Rollschuhläufer. Um 9 1/2 Uhr: **Der unsichtbare Mensch.** Vier Bilder aus Indien. Der Clou der Saison!

**Zirkus Busch.** Heute Freitag, 22. November, abends 7 1/2 Uhr: **Zum letzten Male** die gr. Pantomimen-Burleske **Unter Gorillas** in 4 glänzenden Bildern. Vorher das große Programm, u. a.: **Kapt. Spaulding**, Schein oder Wirklichkeit? Alhas Kopf-Ordnungsfahrt. **Tourbillons**, akrobatische Lady-Cyclists.

**Trianon-Theater.** Anfang 8 Uhr. **Liebesbarometer.** Totenfeier 8 1/2 Uhr: Das Ende der Liebe.

**Folies Caprice.** Zum 82. Male **Die drei Schläger:** Der kaisliche Joseph. Der Hebbod. Der Einbrecher.

**TYPOGRAPHIA** Gesamtverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Sonntag, den 24. November 1912 (Totenfest), im großen Festsale der „Neuen Welt“, Hasenheide **KONZERT** Mitwirkende: Herren Velt, Höber, Reitz, Perduss, Holbein, Schweinitz und Schumann vom Philharmonischen Orchester. Zum Vortrag gelangt u. a.: **Großes Septett in Es-dur, op. 20, von Beethoven.** Eintritt 75 Pf. Anfang 8 Uhr. Kinder 20 Pf. Kinder unter sechs Jahren haben keinen Zutritt. Eintrittskarten à 60 Pf. sind zu haben in den Zigarren-geschäften von P. Horsch, Engelauer 15; G. Schulz, Kottbuser Tor; M. Kammerer, Elisabethufer 37; E. Schulz, Mittenwalder Str. 2; W. Seidel, Bergmannstr. 59; M. Göttert, Yorkstr. 40; B. Böttger, Zossener Str. 80 und Skalitzer Str. 107; H. Köppe, Tilsiter Str. 45; H. Parake, Büschingstr. 2; G. Voigt, Eibinger Str. 77; A. Rensky Neffl., Choriner Str. 28; K. Bielefeld, Graefestr. 35; G. Kuhring, Jahstr. 1; in Neukölln: A. Abraham, Donaustr. 25; Willmann, Schillerpromenade 28; P. Opitz, Pfögenstr. 74; A. Rietdorf, Pannierstr. 40; in Schöneberg: K. Schönebeck, Brunhildstr. 7; in Charlottenburg: F. Meyer, Hardenbergstr. 15, Ecke Fasanenstr.; in Rummels-burg: E. Holberg, Gärtnerstr. 11, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen.

**Urania** Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Gervais-Courtois-Mont-Paris: **Bilder aus Frankreich.** (System Lumière.) Abends 8 Uhr: Die wichtigsten Kulturpflanzen der Weltwirtschaft. Mit dem Zepplinluftschiff von Sylt nach Hamburg.

**Theater Königstadt-Casino.** Colamarthstraße 72. 1. Teil. u. Bühn. Ganzenabend. Täglich abends 7 1/2 Uhr: **Das gr. Spezialitätenprogramm** und „Im Jahre 2000“. Ein Zufallsstück in einem Akt.

**Voigt-Theater.** Geismbrücken. Bahstraße 58. Freitag, den 22. November 1912: **Was Gott zusammenfügt...** Schauspiel in 5 Akten von E. Ritterfeld. Nach d. gleichn. Rom. i. d. „Korinther“. Reineröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Casino-Theater** Lotzringstr. 37. Täglich 8 Uhr: **Nur noch bis 28. d. M.** bei Zug- und Rattenhild.

**Der Großfürst.** Am 29. November Premiere. Sonntag 8 Uhr: Die verkaufte Frau.

**TGB** THEATER GROSS-BERLIN AM ZOO. Täglich 8 Uhr: **So hummeln wir!** Bunte Bilder mit Gesang und Tanz v. Gustav Kadelberg, Leo Leipziger und Jean Gilbert mit: Fritz Massary, Max Pallenberg, Karl Bachmann. Vorher: Gr. Varieté-Teil.

**Passage-Theater** Unter den Linden 22/23. **Ki-Ko** Lichtspiele. Anfang 4 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

**Reichshallen-Theater** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. **Die Macht der Töne.** Darsteller: von Bienen, Wähe Radmill. Vorlesung Sonntag, 1. Dezemb.

**„Clou“** :: Berliner :: Konzerthaus Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91. Heute: **Doppel-Konzert!** Berliner Konzerthausorchester, Dir. Frz. v. Bläs, Komponist. Musik. 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig. Oberm. Haars. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

# An die Arbeiterschaft von Groß-Berlin!

„Rein ganzer Reichtum ist mein Lied.“  
Georg Herwegh.

Wenn Spott und Hohn, allen Verfolgungen und Bedrückungen zum Trotz hat sich die politisch reife, freilichtburchige Arbeiterschaft zu einer

## Kulturpartei

entwickelt, deren Gegenwartsgedanken und Zukunftsziele unserem Zeitalter das Gepräge geben. Aber noch immer hat das Proletariat jene Periode nicht ganz hinter sich, in der wissenschaftliche und

## künstlerische Bestrebungen

auf manchmal recht harte Gegnerschaft stießen.

Wir Arbeiter-Sänger treten heute wieder einmal vor die Klassenbewußte Groß-Berliner Arbeiterschaft, um alle Kultur-, Kunst- und Sangesfreunde, die noch nicht in unseren Reihen stehen, für unsere Organisation, den

## Deutschen Arbeiter-Sängerbund

Gau Berlin und Umgegend

zu gewinnen. — Je mehr die der politischen und wirtschaftlichen Befreiung entgegendrängende Arbeiterschaft sich zu gewaltigen Kampfesheeren zusammenschart, desto weniger kann und darf sie gut gekulturten Massenchorer entzaten, die das Sturmlied des modernen Kampf- und Freiheitsliedes durch die Lande brausen lassen.

Je mehr das Proletariat aus den Niederungen unserer heutigen „Volksschulung“ den Höhen der Kunst und der Kultur zustrebt, desto weniger kann und darf es sich die Gelegenheit rauben lassen, in der ersten und besten aller menschlichen Kunstbetätigungen mitwirkend, mitgenießend neben dem sozialistischen Tendenzlied das Volkslied und auch den Kunstgesang des mehrstimmigen Männerchors zu hegen und zu pflegen.

Millionen Männer und Frauen haben den Arbeiter-Sängern dankbar gelauscht, wenn sie am ersten Mai, auf Sängersfesten, bei Arbeiterfesten politischen oder künstlerischen Gepräges durch die Weihe des Liedes Stimmung und Gedanken in höhere Sphären trugen als die des Alltags und der proletarischen Front. Wer kann sich Arbeiterfeste, bedeutsame Tagungen denken, denen das Lied nicht Lust und Ausklang gibt? Welcher Genosse, welcher Kollege mag in der trübsten Stunde, am Friedhofshügel, den Trostgesang aus dem Munde Gleichgestimmter missen, jene Lieder, die uns mehr zu sagen haben als alle Choräle und geistlichen Eröstungen der Welt!

Dann aber noch eins: Wo wir heute hinschauen, sehen wir, daß die kleinen Organisationsgebilde sich konzentrieren und zu großen, leistungsfähigen

## Zentralkörperchaften

zusammenschließen. Auch mit der Sache des Arbeiterliedes wäre es weit besser bestellt, wenn nicht immer noch so viele winzige Vereine ihr eigenbrödelisches Klein- und Scheinleben fristeten, statt sich dem über das ganze Reich organisierten Deutschen Arbeiter-Sängerbund anzuschließen, der Kraft seiner großen Mittel und gestützt auf seine 150 000 Mitglieder nicht nur Feste und Konzerte veranstaltet, die wegen ihrer Größe und künstlerischen Ausgestaltung Aufsehen erregen, sondern zur Weiterbildung seiner Mitglieder eine Chorführerschule zu gründen in der Lage war, einen leistungsfähigen Bundesverband besitzt und neben anderen wertvollen Einrichtungen ein eigenes Organ unterhält, die

## „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“

die sich mit ihrer 90 000-Anfsage sehen lassen darf!

Leider stehen sehr viele Arbeiter noch in bürgerlichen Gesangsvereinen, denen die Gunst der Unternehmer, der Behörden, der Regierungen winkt und die sich erkenntlich erweisen, indem sie das „patriotische“ und das „fromme“ Lied pflegen!

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund verzichtet auf das freundliche Lächeln der gelben, blauen oder schwarz-weiß-roten Gnadenfönne — —, nur

## die Gunst des Volkes

ist es, die er begehrt. Ganz auf sich selbst gestellt, ward unser Bund das, was er ist; auf seine eigene Kraft bauend und auf die Hilfe der Arbeiterschaft, will er sich immer weiter, immer höher entwickeln. Heraus also aus den bürgerlichen Gesangsvereinen, Ihr proletarischen Arbeitsbrüder! Hinein in den Deutschen Arbeiter-Sängerbund, der — demokratisch geleitet und verwaltet — auch künstlerisch mindestens zu leisten imstande ist, was die „besten“ bürgerlichen Vereine bieten.

Wie das Vürgertum den Arbeiter so gern zum „Stimmvieh“ herabdrücken möchte, so ist ihm der Arbeiter-Sänger in den bürgerlichen Vereinen eigentlich nur „Singvieh“, und unwürdig ist es des modern organisierten Proletariats, im Kreise seiner politischen Feinde und Unterdrücker zu bleiben, wenn er in der eigenen Klasse seine Erholungs- und Kunstbedürfnisse mindestens so gut befriedigen kann wie im gegnerischen Lager.

Seitdem der Deutsche Arbeiter-Sängerbund dazu übergegangen ist, immer mehr und mehr die kleinen Vereinsgebilde zu größeren Chören zu verschmelzen, ist er an künstlerischen Erfolgen — das liegt in der Natur der Sache — empor- und vorwärtsgeschritten. Auf dieser Linie liegt (organisatorisch) seine weitere Entwicklungs-Tendenz, wenn die Arbeiterschaft dem Bunde allenthalben das Verständnis entgegenbringt, dessen er sich in manchen deutschen Gauen längst erfreut und das wir ihm auch in der Riesenstadt Berlin endlich zu erkämpfen hoffen.

Noch vielen tausenden arbeitender Männer und Frauen gilt es die Kampfeslust zu stärken, gilt es das Bewußtsein für die nationalen und internationalen Aufgaben der proletarischen Kulturarmee einzupumpfen. Der Massengesang, der Volksgesang ist zu allen Zeiten einer der mächtigsten Freiheits- und Kulturhebel gewesen. Das Lied schwingt sich über Berge und Meere, auch zu den Sklaven, die noch im Joch ihrer Unterdrücker einhergehen. Wie der sturmrauschende Chorgesang die Heere der Vergangenheit durch Blut und Pulverdampf vorwärtsgewaltigt hat, so wird er die Kulturarmee der Zukunft zum Licht und zum Siege führen!

## „Das Lied, das Lied hat Flügel!!!“

Sangeskundige und sangeslustige Arbeiter von Groß-Berlin! werdet und werdet Mitglieder!

## Hinein in den Deutschen Arbeiter-Sängerbund!

Am Sonntag, den 1. Dezember, mittags 1 Uhr, findet im großen Saale der Brauerei Friedrichshain eine

## öffentliche Sänger-Versammlung

statt.

Tagungs-Ordnung: Die Kulturbestrebungen des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Referent: Reichstagsabgeordneter G. Davidsohn.

Alle Sänger und Sangesfreunde sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes  
Gau Berlin und Umgegend.

17/16

## Ortskrankenkasse der Bureauangestellten zu Berlin.

Zu der am Freitag, den 29. d. Mts.,  
abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler  
Hof“, Rosenthaler Straße 11-12,  
Hof links 1 stattfindenden

## General-Versammlung

werden hiermit die für das Jahr 1912  
gewählten Vertreter der Kasse ein-  
geladen. 281/12

## Tagungsordnung:

1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1912.
2. Antrag des Vorstandes, die Ortskrankenkasse unter der Reichsversicherungsordnung als Sonderkasse fortzubehalten zu lassen.
3. Persönliche Verwaltungsangelegenheiten.
4. Wahlen von Vorstandsmitgliedern für 1913/14.

Delegiertenbefähigung gilt als

Legitimation!

Berlin, den 1. November 1912.

Dirksenstraße 4.

Der Vorstand. J. H. Sauer.

## Arbeiter-Radfahrer- Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.

## Touren

zum Sonntag, d. 24. November.

2. Abt.: 1 Uhr: Hirschgarten (Kartoffel- und Heringsbänke). Start: Schönleinsstraße 6.

3. Abt.: 1 Uhr: Streifzüge durch den Osten. Endziel: Hirschgarten. Start: Sauerberg Platz 12. — Heute abend: Abteilungsfeier.

Jugendliche: 1 Uhr: Hirschgarten (Waldschloß). Start: Straßauer Brücke 3.

4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Marienpark (Waldschloß). Start: Kottbuser Platz. 13/10

5. Abt.: 1 Uhr: Berman (Solkmann). Start: Eichenweg.

6. Abt.: 6 Uhr: Döbige, Schwedter Straße 29/34.

7. Abt.: 1 Uhr: Franz-Buchholz (Kottbus). Start: Sauerberg 29.

8. Abt.: 1 Uhr: Wannsee (Häfenhof). Start: Leopoldstr. 21.

9. Abt.: 1 Uhr: Berman (Solkmann). Start: Eichenweg.

10. Abt.: 1 Uhr: Döbige, Schwedter Straße 29/34.

11. Abt.: 1 Uhr: Franz-Buchholz (Kottbus). Start: Sauerberg 29.

12. Abt.: 1 Uhr: Wannsee (Häfenhof). Start: Leopoldstr. 21.

13. Abt.: 1 Uhr: Berman (Solkmann). Start: Eichenweg.

14. Abt.: 1 Uhr: Döbige, Schwedter Straße 29/34.

15. Abt.: 1 Uhr: Franz-Buchholz (Kottbus). Start: Sauerberg 29.

16. Abt.: 1 Uhr: Wannsee (Häfenhof). Start: Leopoldstr. 21.

17. Abt.: 1 Uhr: Berman (Solkmann). Start: Eichenweg.

18. Abt.: 1 Uhr: Döbige, Schwedter Straße 29/34.

19. Abt.: 1 Uhr: Franz-Buchholz (Kottbus). Start: Sauerberg 29.

20. Abt.: 1 Uhr: Wannsee (Häfenhof). Start: Leopoldstr. 21.

*Josef*

# JUNO

QUALITÄTS- CIGARETTE

# 2

PFG.

Offener in nur feiner, schöner Ware:  
Nur ein Preis!  
Fette, junge

## Gänse pro 73.

8-16 Pfund schwer. 100/12

Nur allererste Qualität!

Gänserümpfe, 1/2 Gänse,  
fette Suppenmacher, junge Brathühner.

Berlin 50.

Wegner, Mariannenstr. 34.

140/16

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Sonntag, den 24. November, nachmittags 1 1/2 Uhr:

## Generalversammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagungsordnung:

1. Vortrag. Referent: Kollege Schlichting. — 2. Kassenbericht. —

3. Ordungsangelegenheit.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Sehrreichen Besuch erwartet zu dieser Versammlung  
Die Ortsverwaltung.

## Versicherungsbeamte! Handlungsgehilfen!

Freitag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr:

## Protest-Versammlung

im Deutschen Hof, Ludauer Straße 15.

Referenten Rechtsanw. Heinemann und Dr. Rud. Breitscheid:

## Der Gewaltstreik der „Victoria“.

Versicherungsbeamte! Handlungsgehilfen! Erscheint in  
Massen! Es handelt sich um eure heiligsten Rechte!  
Keiner fehle!

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Bureau: Wägenstraße 20.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

## Bautischler.

Sonntag, den 24. November, vormittags 10 Uhr,  
bei Boeker, Webersstraße 17:

## Branchen-Versammlung für Groß-Berlin und die Vororte Groß-Lichterfelde und Steglitz.

Tagungsordnung:

1. Bericht der Kommission und wie stellen wir uns zur  
Vertragsänderung? 2. Diskussion.

Die arbeitlosen Kollegen werden dringend ersucht, an  
dieser Versammlung teilzunehmen. 91/9

## Mitglieder-Versammlungen:

## Modell- und Fabriktschler.

Montag, den 25. November, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof,  
Rosenthaler Straße 11/12.

Tagungsordnung:

1. Bericht von der General-Versammlung 2. Stellungnahme zum  
Vertrag. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

## Tischler, Bezirk Nordosten.

Montag, den 25. November, nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Boeker,  
Webersstr. 17.

Tagungsordnung:

1. Bericht von der General-Versammlung 2. Stellungnahme zum  
neuen Vertrag. 3. Diskussion.

Die Ortsverwaltung.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, direkt am  
Moritzplatz

10-2. 6-7. Sonntags 10-12. 2-4



Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Westen. Morgen Sonnabend in Rihles Festsaal, Dammwegstr. 13: Unterhaltungs-Abend der 1. und 2. Abteilung, bestehend in Konzert, Theater und Tanz. Eintrittskarten 30 Pf.

Wilmersdorf-Galensee. Montag, 25. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 115, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Die letzten Stadterordnetenwahlen und die Reorganisation der Parteiarbeiten. Es referieren D. Kiedel und W. Schröder. Das Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Lichterfelde. Am Sonntag, den 24. d. Mts. (Totensonntag), veranstaltet der hiesige Bildungsausschuss einen Kunstabend unter Mitwirkung namhafter Künstler im Lokal von Richter, Chausseestraße 104. Beginn 1/2 Uhr. Entree 40 Pf. Dilletts und Programme sind an den bekannten Stellen zu haben. — Gleichfalls sei noch darauf hingewiesen, daß am Montag, den 25. d. Mts., der letzte Vortrag des Genossen Vorchardt über den wissenschaftlichen Sozialismus stattfindet. Zu beiden Veranstaltungen wollen die Genossinnen und Genossen eine rege Agitation entfalten, sowie selbst daran teilnehmen.

Friedrichshagen. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Volksversammlung bei Perche, Friedrichstr. 112. Tagesordnung: Krieg dem Kriege! Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Davidsohn.

Am Sonntag, den 24. November, veranstaltet der Wahlverein eine Herrenpartie nach Hohenbünde bei Erner (Restaurant „Zum Gutenberg“). Treffpunkt morgens 8 1/2 Uhr Friedrichs- und Kurze-Strassen-Ecke. Für Raucher bis 10 1/2 Uhr Rahnsdorfer Mühle im Restaurant früher Witwe Klemm.

Pantow. Heute abend findet im Lützischen Zelt der 4. Vortrag des Genossen Vorchardt mit dem Thema: „Die Frage der Taktik“ statt. Die Genossen, welche sich an dem Kursus noch nicht beteiligt haben, zahlen pro Abend 20 Pf.

Bohndorf und Umgegend. Der vierte Vortrag des Genossen Eichhorn über: „Die historischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus“ findet am Montag, den 25. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in der Villa Kahl statt. Gleichzeitig machen wir auf den am Sonntag, den 24. November, in demselben Lokale stattfindenden Negitationsabend aufmerksam. Zum Vortrag gelangt: „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann. Referent: Herr Emil Wollste. Anfang nachmittags 5 Uhr. Eintrittskarten a 30 Pf. sind zu haben beim Genossen Klemm, Paradiesstr. 7.

Schönowersee bei Königs-Wusterhausen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 23. November, pünktlich abends 8 Uhr, bei Otto Pätzsch statt.

Rosenthal. Heute Freitag, abends 7 Uhr: Handzettelverbreitung von den Jahlabendtotalen aus.

Berliner Nachrichten.

Der Verkauf des russischen Fleisches ist in den letzten Tagen fortwährend sehr rege gewesen. Am 16., 18. und 19. d. Mts. sind insgesamt 987 Rinderviertel von 1134,14 Zentnern Gewicht und 1182,96 Zentner Schweinefleisch zum Absatz gelangt.

Nachdem in verschiedenen Teilen der Stadt der Verkauf des eingeführten Fleisches auch in besonderen Läden stattfindet, ist den Wünschen der Bevölkerung zum Teil Rechnung getragen. In den von der Konsumgenossenschaft gemieteten Läden hantieren Schlächtergesellen. Dadurch wird die ungewöhnliche Ueberschneidung des Publikums vermieden, die vielfach von den Schlächtermeistern geübt werden, die den Verkauf ausländischen Fleisches übernommen haben. Es zeigt sich, daß das Publikum sehr gern diese neue Einkaufsmöglichkeiten benützt. Der Andrang zu diesen Läden ist größer als zu den Markthallenständen, weil das Publikum größeres Vertrauen hat und auch schneller und besser abgefertigt wird.

Der Naturstich für den schönen Stenigsee zwischen Strausberg und Möderrsdorf ist durch die inzwischen von Vertretern des Niederrammer Kreisbauvereins und von Sachverständigen unternommene Beschäftigungsfahrt in eine neue Phase getreten. Es bestätigt sich, daß das Verhandlungsprojekt für die Südseite des Sees in Gestalt einer mächtigen Drehschiffanlage zum Kalfbrennen, zu der die baulichen Anlagen, ohne daß die behördliche Bauverlaubnis erteilt ist, merkwürdigerweise schon vorhanden sein sollen, von dem Großindustriellen Thyllen ausgeht. Dessen Sohn, der in dem bekannten Millionenkrach viel von sich reden machte, wollte am Südufer des Sees eine großartige Villa- und Gartenstadt errichten, was nicht glückte. Der alte Thyllen ist ein besserer Kaufmann und will die Millionen, die sein Sohn verpulvert hat, aus industriellen Anlagen wieder herausholen. Ob darunter das Erholungsbedürfnis der Menge und der Naturstich leidet, ist ja einem rechnenden Kaufmann Nebensache. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ dürfte richtig informiert sein, wenn er schreibt, der alte Thyllen habe als Vertreter der „Rittergut Möderrsdorf-Gesellschaft“ die beteiligten Gemeinden, die gegen die Drehschiffanlage Einspruch erhoben haben, für sich zu gewinnen versucht mit dem Stöber, daß die geplanten Unternehmungen durch ihre Gewinne einen großen Teil der von diesen Gemeinden aufzubringenden Lasten mit Steuerzahlungen decken würde. Damit ist die Gefahr der Naturverschandelung nur noch größer geworden. Die interessierten Gemeinden werden sich aber hoffentlich überlegen, daß die industrielle Ausbeutung des Seegeländes jede andere bauliche Entwicklung und auch den geldbringenden Strom der Ausflügler fernhalten wird. Es macht sich nun nach der vorgenannten Beschäftigung auch im Kreisbauverein ansehend eine nicht zu unterschätzende Stimmung für die Genehmigung der Drehschiffanlage geltend. In festigen Auseinandersetzungen wurde an Ort und Stelle darauf hingewiesen, daß ja bereits die Nordseite des Sees durch die Himmelsdorfer Ziegeleien, die ihren Rauch nach der Südseite wehen, „verschandelt“ sei. Das trifft keineswegs zu. Zunächst ist die ganze Nordseite unbewaldet im Gegenwärtigen zu der völlig mit Wald umzogenen Südseite. Sodann bestreichen die Himmelsdorfer Ziegeleien nur einen kleinen Teil des langgestreckten Seesufers. Endlich ist der See so breit, daß die Rauchentwicklung aus den hohen Ziegeleischornsteinen nicht allzuweit in Betracht kommt. Mit dem Rauch will man ablenken von den Schädigungen des Kalfstaubes. Rauch verzieht sich, aber der Kalfstaub bleibt auf weite Strecken hinaus liegen und würde auch der Entwicklung der benachbarten Vegetation zweifellos beträchtlich schaden. Schließlich wäre die Drehschiffanlage sicher nur der Anfang der Verschandelung. Der Appetit kommt auch bei der geldmachenden Industrie mit dem Eisen, und so könnte man schon den Zeitpunkt voraussehen, an dem der gesamte Wald am Stenigsee unter der Art fällt. Hoffen wir, daß diesmal das Veranlassungsgeleget nicht nur auf dem Papier steht und die Geldeinkünfte der Industrie nicht die Oberhand gewinnen.

Nach Einführung des Schulwagens für blinde Kinder (Gesetz über Beschulung blinder Kinder vom 7. August 1911) müssen Eltern

solche Kinder zur Einschulung rechtzeitig anmelden, in Berlin bei dem zuständigen Schulkommissionsvorsitzer. Als blind werden auch die Kinder angesehen, welche so schwachsichtig sind, daß sie blinden Kindern gleich geachtet werden müssen. Der Direktor der städtischen Blindenanstalt in der Oranienstr. 26 ist bereit, in einer besonderen Sprechstunde — jeden Freitag von 12—1 Uhr — Eltern in dieser Angelegenheit über Schulpflicht, Einschulung, Zurückstellung vom Schulbesuch, Erziehung, Zuführung zur Schule usw. zu beraten. Im eigenen Interesse der Eltern — unbegründete Schulverweigerung wird bestraft — insbesondere aber im Hinblick auf die Segnungen, welche dem blinden Kinde durch rechtzeitige Einschulung und Ausbildung erwachsen, ist es wünschenswert, daß Eltern von dieser Einrichtung Gebrauch machen, ebenso alle, welche über Ausbildung später Erblindeter, über Fortbildungskurse für blinde Jünglinge und Mädchen und deren Beschäftigung Rat suchen.

Eine Vermehrung der Nordringzüge in den Frühstunden ist endlich beschlossen worden. Der Arbeiterverkehr in der Zeit von 6—7 Uhr früh ist hier so gewaltig, daß die etwa 25 Züge, welche bisher in dieser einen Stunde auf der Strecke von Stralau-Rummelsburg bis Westend verkehrten, bei weitem nicht ausreichten. Besonders zwischen 6 1/2 und 7 Uhr sind sämtliche Züge so vollgepfropft, daß die Fahrt zur Dual wird. Bösartige Vereitelung der Uebelstände wird die Vermehrung um einige Züge auch noch nicht bringen. Notwendig ist auch der Ersatz des größeren Teiles der fast oder ganz leer mitfahrenden Wagen zweiter Klasse durch solche dritter Klasse. Wenn in denjenigen Frühzügen, welche überhaupt zweite Klasse führen, nur ein solcher Wagen mitfährt, genügt das vollkommen.

Mit der Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn

beschäftigte sich gestern eine Kommission des Abgeordnetenhauses. Gegenstand war vor allem die Frage, ob die Notwendigkeit zu dieser geplanten Aenderung vorliege und ob ferner die beabsichtigte Tarifserhöhung gerechtfertigt sei. Die Notwendigkeit ist bewiesen durch den gesteigerten Verkehr. Von sozialdemokratischer Seite wurde auf die heutigen unerbittlichen Zustände der Ueberfüllung der Züge in den Morgen- und Abendstunden und an den Sonn- und Feiertagen hingewiesen, einer Tarifserhöhung aber entschieden widersprochen. Die vorgelegten Berechnungen der Regierung über die Rentabilität seien so aufgestellt, daß kein Sachmann, geschweige denn ein Laie die Rechnung nachprüfen könne.

Die Kommission beschloß, noch das Kriegsministerium und die Postverwaltung um Vertretung in der Kommission zu ersuchen. Der Verkehrsminister erklärte schließlich noch, daß die Erhöhung der Fahrpreise auch eintreten würde, ohne Elektrifizierung, da Bahnhofs-erweiterungen, Lokomotiven und Schuppen auch dafür schon große Aufwendungen nötig machten. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß das Antwortmaterial der Regierung den Mitgliedern der Kommission erst vor ein paar Tagen zugegangen ist, wird die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 27. November, angesetzt.

Berlin und Schöneberg.

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt mit: Auf das am Dienstag vom Magistrat Berlin an den Schöneberger Magistrat gerichtete Schreiben, dessen Inhalt wir mitgeteilt haben, ist inzwischen im berlinischen Rathaus eine Antwort eingegangen. Nach einigen anerkennenden Sätzen über das loyale Verfahren Berlins bei der Beschaffung des russischen Fleisches erklärt der Magistrat von Schöneberg, daß er annehme, die Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg würde nach erteilter eingehender Auskunft über die gesamten Verhältnisse, insbesondere über das Vorgehen Berlins in sachlicher Beziehung, von der seitens Berlins gegebenen Möglichkeit einer sofortigen Auflösung der Vereinbarung mit Berlin keinen Gebrauch machen. Er, der Magistrat, habe jedenfalls hierzu keine Veranlassung. Des weiteren wird in dem Schreiben noch bemerkt, daß die Besatzen über den Fleischverkauf in Schöneberg von dort aus nachgeprüft werden würden. Es habe den Anschein, daß einigen der Sache ferner stehenden Personen über die Verhältnisse beim Einkauf des Fleisches seitens Berlins und beim Verkauf desselben seitens Schönebergs eine Verwechslung untergelaufen sei. Der Magistrat Berlins wird zunächst die weiteren Entschlüsse der Schöneberger Gemeindebehörden abwarten.

Die verhinderte Theateraufführung. Zu erregten Szenen kam es am Vortag vor dem Theater in der Königgräber Straße. Als sich dort abends die Theaterbesucher, etwa 800 Personen einfinden, um auf Einladung eines Sportvereins der Vorstellung der „Fünf Franzosen“ beizuwohnen, fanden sie das Theater geschlossen. Vor der Tür hatte ein Polizeileutnant mit zwei Beamten Posto gefaßt und bedeutete den Zutrittsleuten, daß auf polizeiliche Anordnung die Vorstellung aufgehoben worden sei. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den enttäuschten Theaterbesuchern und den Beamten. Als Grund für die polizeilichen Maßnahmen wurde dem Vorsitzenden des veranstaltenden Vereins mitgeteilt, es sei polizeilich festgestellt worden, daß am Eingang des Theaters ein Mann sich an Passanten herandrängte und ihnen Willetts für die Vorstellung am Vortag offerierte. Der Willetthändler wurde festgenommen und die Schließung des Theaters befahlen, da ein öffentlicher Verkauf stattgefunden habe. Bis jetzt konnte noch nicht festgestellt werden, auf welchem Wege der Willetthändler die Willetts erhalten hatte.

Eine überflüssige Vereinsgründung

beabsichtigt ein Herr Frisch, der heute abend zu einer Versammlung nach dem Ulfsturm eingeladen hat, und in der der Herr die Mängel der Fleischverteilung und neue Leisefrage besprechen will. Die Versammlung soll beschließen:

- 1. die sofortige Einfuhr lebenden Viehes unter Vollermäßigung,
2. Ablösung der Quarantänestellen und Tragung der Kosten durch das Reich,
3. Aufhebung aller Futtermittelzölle und
4. weitere Ermäßigung der Eisenbahnfrachten auf lebendes Vieh und Futtermittel.

Geplant ist die Gründung eines Vereins, der vorstehende Grundsätze zur Durchführung bringen soll.

Die sozialdemokratische Partei hat schon längst viel weitergehende Forderungen, u. a. gänzliche Aufhebung der Zölle, gestellt und auch im Reichstage vertreten. Ein Verein, wie ihn der Einberufer oder das Komitee obiger Versammlung stellt, ist sehr überflüssig und zeigt nur, wie politisch unschuldig oder unklug die Macher dieser neuen Gründung sind.

Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich am Vortagmorgen an der Ecke der Kurfürsten- und Wenthiner Straße. Beim Ueberfahren des Fahrweges wurde dort der 40 Jahre alte Schneider Johannes Perlitius von einer Automobildrosche erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen und wurde nach der Unfallstation in der Stogliger Straße gebracht, wo der Arzt aber keine Hilfe mehr bringen konnte, da der Tod inzwischen schon eingetreten war. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Die Schädlichkeit der Rabattsparevereine

wird wieder in erneute Erinnerung zurückerufen aus Anlaß der jetzt endlich erfolgten Verhaftung der Leiter des verurteilten Rabattsparevereins Norden. Reide und Heise sind bereits verhaftet, während auf Stiebig, der sich aus dem Staube gemacht

hat, eifrig gefahndet wird. Es wird ihnen zur Last gelegt, annähernd 200 000 kleine Sparer um mehr als eine halbe Million Mark geschädigt zu haben. Ueber die Wirtschaft, die die Leiter des Rabattsparevereins geführt haben, wird auf Grund der gerichtlichen Untersuchung folgendes mitgeteilt:

Bei der Umwandlung in eine G. m. b. H. hatten die Gründer es von vornherein darauf abgesehen, unbeschränkte Gewalt zu bekommen. An dem Stammkapital von 20 000 Mark waren Max Stiebig mit 10 000 M., Reide und Heise mit je 2500 M. und mit ebenjoviel zwei andere Gesellschafter beteiligt, die für die weitere Entwicklung nicht mehr in Betracht kommen. Stiebig ließ sich als Hauptgeschäftsführer, der seine gesamte Tätigkeit der Gesellschaft zu widmen hatte, jährlich eine Entschädigung von 5000 M., in Vierteljahrstraten im voraus zahlbar, bewilligen, die anderen bekamen je 750 M. Der Uebersehuh über diese Entschädigungen hinaus sollte unter die Mitglieder des Rabattsparevereins „Norden“ verteilt werden. Beschlüsse der Gesellschafter wurden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Jede 100 M. eines Geschäftsanteils hatten eine Stimme. Die förmliche Berufung von Versammlungen der Gesellschafter waren nach dem Gesellschaftsvertrag in keinem Fall erforderlich. Alle Bekannmachungen erfolgten nur im „Deutschen Reichsanzeiger“, den ganz sicher nicht ein einziger Sparer liest. Stiebig allein hatte für sich 100 Stimmen, die anderen Gesellschafter zusammen nur ebenjoviel. Er verfügte immer über die Mehrheit, wenn er nur einen einzigen der anderen Gesellschafter auf seiner Seite hatte, oder wenn er fehlte. Für den Fall des Todes oder Ausschließens eines Gesellschafters war vorgesehen, daß die anderen seinen Geschäftsanteil übernahmen und die Gesellschaft fortsetzten. Nach diesen Bestimmungen konnten die Gesellschafter machen, was sie wollten. Schon am 2. April 1904 erhöhten sie die Entschädigungen für Stiebig auf 6000 M. und für die anderen vier Herren auf 1200 M., nach zwei Jahren für Stiebig auf 10 000 M. und für die anderen auf je 2000 M. Die Kündigung des Gesellschaftsvertrages war zunächst auf fünf Jahre abgeschlossen. 1906 wurde die Frist um 10 Jahre verlängert. 1910 übernahm Stiebig den Geschäftsanteil eines geforderten Gesellschafters. Jetzt hatte er unter allen Umständen die Mehrheit. Zu Liquidatoren der Gesellschaft wurden Stiebig und Reide ernannt. Nach Eintritt in die Liquidation beantragten einige Sparer das Konkursverfahren. Die Liquidatoren beinhalten sie zur Zurücknahme ihrer Anträge, indem sie ihre kleinen Forderungen befriedigten. Andere Gläubiger, die ihr Geld durch persönliche Vorstellungen zu retten suchten, wurden von Februar 1911 auf Pfingsten und dann wieder auf Weihnachten vertopft, aber niemand erhielt etwas. Im Februar 1912 stellten endlich 151 Sparer den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens. Sie wiesen darauf hin, daß die Gesellschaft eine jährliche Einnahme von 3 Millionen Mark und nach überschläglicher Berechnung einen Reingewinn von 250 000 M. gehabt habe. Hiernach hätte sie selbst nach Abzug der Gehälter jährlich etwa 200 000 M. unter die Sparer verteilen müssen, während sie in Wirklichkeit so gut wie gar nichts verteilt hat. Der Antrag scheiterte aber an den Stimmen, die in diesem einzig dastehenden Verfahren, besonders wegen der ungeheuren Zahl von Gläubigern und der erforderlichen Prüfung ihrer Ansprüche außerordentlich hoch werden mußten und von einem Konkursverwalter auf 80 000 M. geschätzt wurden. Es wären zu der Zeit nicht weniger als 180 000 Gläubigerbücher zu prüfen gewesen, die unfortiert 58 Zweizeitensieder füllten. So viele Bücher waren auf die Aufforderung der Gesellschafter eingekandt worden, viele Hunderttausende schickten noch. Die erforderliche Kostensumme aufzubringen, war ganz unmöglich, auch dann noch, als das Gericht sie zunächst auf 20 000 Mark herabsetzte. Dem stand zudem noch das Risiko gegenüber, daß für die Gläubiger schließlich gar nichts herausgelommen wäre, so unterblieb denn das Konkursverfahren, und die Strafanzeigen waren erst erfolgreich, als in den Wüchtern Industrieunternehmungen aufsuchten, von denen die früheren Buchhalter nie etwas geahnt haben. Hierher gehören für über 133 000 M. Grubenanteile in Zlatoustow, ein Kalkumverfahrskonto mit 211 000 M., ein Kupferwerk in Korbeil (Ungarn), das nach der Behauptung der Liquidatoren 100 000 M. wert sein sollte. Daß die Gesellschaft an derartige Unternehmungen beteiligt war, davon hatten die Sparer keine Ahnung. Hätten die Gesellschafter mit diesen Unternehmungen Glück gehabt, so würden die Gewinne wohl auch nur in ihre eigene Tasche geflossen sein. Nach dem Mißerfolg jedoch und dem Zusammenbruch erschienen die Verluste plötzlich in den Büchern der Gesellschaft und zu Lasten der Sparer.

Diese Transaktionen beweisen mit aller Deutlichkeit, daß der Rabattspareverein Norden nur dazu diente, einigen wenigen Leuten die Taschen zu füllen auf Kosten der Sparer. Und wenn seitdem auch versucht worden ist, einige Rabattsparevereine auf eine andere Grundlage zu stellen, an dem Wesen dieser Rabattvereine wird nichts geändert. Es ist kein Zweifel, daß das Publikum bei dem Rabattumwesen betrogen wird. Die Ärmsten der Armen werden dabei am schlimmsten angebeutelt. Wer dem entgegen will, hat es heute in Berlin sehr leicht. Er braucht nur Mitglied der Konsumgenossenschaft zu werden. Er kauft dann im eigenen Geschäft. Wie in der Partei auf politischem, wie in den Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete, so müssen sich die Konsumenten im Konsumverein zusammenschließen, um gemeinschaftlich den Warenbezug zu organisieren. Je größer der Konsumverein, desto leistungsfähiger kann er für die Mitglieder sein. In jeder Verkaufsstelle werden neue Mitglieder aufgenommen.

Unterschlagung bei einer Bank. Bei der Revision des eigenen Depots der Diskontogesellschaft wurde gestern morgen entdeckt, daß circa 20 000 M. preussische Konfols fehlen. Verdächtig ist der Bankbeamte Heinrich Schürmann, geboren am 7. August 1883 in Oelde, Kreis Bedum. Bei seiner Entfernung aus der Bank war er mit einem grauen Rodenjadett besetzt und trug eine blaue Mütze mit Fliegeremblem. Er wohnte Tempelhofer, Viktoriastraße 9; sein jetziger Aufenthalt ist unbekannt. Schürmann hat sich bei Jeannin als Flieger ausbilden lassen. Von einer Bank in Tempelhof hat er eine halbe Stunde nach der Revision 7000 M. abgehoben, angeblich, weil er diese Summe zum Ankauf eines Flugapparates brauchte. Schürmann ist 1,80 Meter groß, schlank, dunkelblond, hat hohe Stirn, englischen Schnurrbart, harte Augenbrauen, gebogene Nase; sein Gang ist „wacklig“. Auf die Ergreifung Schürmann ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden.

Wer ist der Tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 15. November er wurde im Veltener Stichkanal an der Einmündung in die Habel (Großschiffahrtsweg) im Gemeindebezirk Hennigsdorf gelegen — eine unbekannt männliche Leiche gefunden. Die Leiche ist etwa 1,60 Meter groß, circa 50 Jahre alt, hat Glatze mit blondem übergekämmten Haar und blondem Schnurrbart. — Bekleidung: Schwarzer Gehrockanzug, dunkler Sommerbergzieher, ein buntes und ein schwarzes wollenes Chemisett, weißes Hemd und Unterhemd, schwarze Jagdstiefel. Folgende Gegenstände wurden bei der Leiche gefunden: 1. Eine Remontoiruhr mit Goldrand Nr. 8989 — Y 82 T. in Uhrtafel. 2. Ein Pincenez mit Ridel-einfassung, schwarzer Schnur. 3. Ein Taschmesser mit weißer Hornschale. 4. Drei weiße Taschentücher, gezeichnet H. L. und B. L. und ein rotes Taschentuch. 5. Geld im Betrage von 1,87 M. — Nachricht erbitet die Kriminalpolizei, Zimmer 849 III zu den Adressen 4577 IV 55. 12, auch nimmt jedes Polizeirevier event. Nachricht entgegen.

Zeugen gesucht. Am 11. Juli d. J., nachmittags zwischen 4 und 4 1/2 Uhr wurde am Petriplatz gegenüber der Grünstraße von einem Automobil der Linie 8 ein Arbeitsburche der städtischen Straßenreinigung überfahren und getötet. Zeugen des Vorfalls werden dringend gebeten, sich zu melden bei dem Vater Albert Jander, Berlin, Kurische Str. 1, Ecke Greifswalder Straße.

# Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

## Die Stichwahlen

für den 1., 3. und 6. Bezirk finden heute statt.

Was vorauszuhehen war, ist eingetroffen. Die bei der Hauptwahl feindlichen Reaktionen und Liberalen treten für einander ein. Der Bund der Selbstbestimmten, der bei der Hauptwahl Stimmhaltung beschlossen hatte, gibt jetzt die Parole für die bürgerlichen Kandidaten aus. Gefesselt ist der große Haufen unter den bürgerlichen Parteien, der zu einer niedrigen persönlichen Herabsetzung der gegenseitigen Kandidaten führte, indem man sich gegenseitig Unfähigkeit zur Ausübung eines Stadtverordnetenmandats vorwarf.

Jetzt ist man ernstlich bemüht, diesen unfähigen Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

### Ein erstes Mahnwort in letzter Stunde.

Während die Demokraten offiziell an ihrer Parole, Stimmhaltung zu üben, festhalten, richten 12 bekanntere Anhänger unter obiger Ueberschrift in einem Flugblatt die Mahnung an die Wähler, für die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

In dem Flugblatt heißt es:

„Mitbürger! Wir, die wir nicht der sozialdemokratischen Partei angehören und uns der Grundverschiedenheit unserer politischen Weltanschauung und der ihrigen sehr wohl bewusst sind, müssen gleichwohl anerkennen, daß es einzig und allein der Wachsamkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion zu danken ist, wenn das schon herkömmlich schlechte Wahlrecht durch die unerhörte Eintragung des Magistrats in die Wählerliste nicht noch weiter verschlechtert worden ist. Es steht ferner fest, daß jeder der wenigen Fortschritte in unserer Stadtverwaltung durchgeführt wurde infolge der Mitwirkung und meist auf Veranlassung der sozialdemokratischen Stadtverordneten, vielfach dagegen wider den Willen der alibürgerlichen oder der kommunalfortschrittlichen Fraktionen, von denen die eine lediglich die Sonderinteressen einer kleinen Spekulantengruppe vertritt, die andere sich wohlbedacht den Anschein eines gewissen Liberalismus gibt, es aber bezeichnenderweise nicht einmal magt, gegen das ungerechteste aller Rechte, das geradezu vorintuitivliche Hausbesitzerprivileg, Stellung zu nehmen. Diesen beiden Parteien, in deren Reihen heute noch die Wahlrechtsräuber von 1908 sitzen, kann ein freihändlerisch und gerecht denkender Bürger unmöglich Vertrauen schenken, sondern nur solchen Parteien, die eine sichere Garantie gewähren, daß sie Verschlechterungen des kommunalen Wahlrechts nicht zulassen werden.“

Im gegenwärtigen Stichwahlkampf kommt hierfür lediglich die Sozialdemokratie in Betracht, und wir sind der Ansicht, daß auch die Anhänger dieser Partei in einem aufgeklärten Gemeinwesen nicht Bürger minderen Rechts sein dürfen und sehr wohl geeignet sein können, eine Mehrheit zu bilden, die sie bei uns fähiglich selbstloser und gerechter gebrauchen werden, als die jetzige Stadtverordnetenmehrheit dies getan hat. Auch bürgen ja unsere preussischen Aufsichtsbehörden den Jagdhofen dafür, daß die sozialistischen Wäuer nicht in den Himmel wachsen! Der Versuch aber muß gemacht werden, dieser Partei Gelegenheit zu geben, ihre Befähigung für die Verwaltung einer Großstadt, wie der unsrigen, zu erweisen und zu zeigen, daß sie nicht nur einseitig Arbeiterinteressen vertritt, sondern daß sie auch Sachwalterin der Allgemeinheit sein will, eine Partei, die nicht unter allen Umständen negiert, sondern mitzuarbeiten gewillt ist, zum Wohle des Ganzen!

In diesem Sinne bitten wir Sie, getreu dem Vermächtnis Theodor Barth's: „nicht zu ruhen und zu rasten, bis die Wahlrechtsräuber aus dem Stadtparlamente verschwunden sein werden“, Ihre Stimme bei der Stichwahl am Freitag, den 22. November cr., den sozialdemokratischen Kandidaten zu geben.“

Es wird sich heute zeigen, inwieweit die Anhänger der Demokraten diesem Mahnwort Folge leisten werden. Zunächst entsteht für unsere Parteigenossen die Verpflichtung, alle Kräfte anzuspannen, um neue Erfolge für die Sozialdemokratie zu erringen. Auf jede Stimme kommt es an.

Die Stichwahlen finden in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt und zwar für den 1. Bezirk, Abstimmungsbezirk a, im Wahllokal Dohsenstr. 10, Kottbuscher Damm 76.

Schlepplokal: Böning, Kottbuscher Damm 74.

Für den Abstimmungsbezirk b ist das Wahllokal Turnhalle, Weferstr. 12/13.

Schlepplokal: Schmidt, Pannierstr. 9a.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind: Robert Dichte, Eigentümer, Wilhelm Fiechmann, Eigentümer.

Die Wahl für den 3. Bezirk, Abstimmungsbezirk a, findet in dem Wahllokal Deutsches Wirtshaus, Bergstr. 189/97, statt.

Schlepplokal: Schenk, Rosenstr. 24.

Für den Abstimmungsbezirk b findet die Wahl statt im Wahllokal Dolar Wolff, Kirchhoffstr. 41, Ecke Wipperfstr. 31.

Schlepplokal: Thof, Kirchhoffstr. 40.

Der Kandidat der Sozialdemokratie ist der Eigentümer Karl Berger.

Für den 6. Bezirk, Abstimmungsbezirk a, findet die Wahl statt im Wahllokal Turnhalle des Realgymnasiums Kaiser-Friedrich-Str. 209/10.

Schlepplokal: Wernert, Eibe- und Kaiser-Friedrich-Str. 209/10.

Für den Abstimmungsbezirk b findet die Wahl statt im Wahllokal Neue Welt, Halenseide 108-114.

Schlepplokal: Jehrendt, Halenseide 9.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind: Hermann Wille, Fabrikant, Otto Kirstein, Eigentümer.

Die Genossen, welche Wahlhilfe leisten wollen, finden sich in den Schlepplokale ein. Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Gommeyer, Kaiser-Friedrich-Str. 232/33.

Der Polizeipräsident von Neukölln hatte der Stadt durch polizeiliche Verfügung aufgegeben, den Bürgersteig vor einem Kirchhofgrundstück von Schnee und Eis zu befreien und mit abstrumpfendem Material zu streuen. Die Stadt erklärte sich nicht für verpflichtet, die Aufträge zu erfüllen. Eine solche Verpflichtung der Bürgersteigreinigung von Schnee und Eis falle der Stadt nicht zu. Die Stadt klagte deshalb auf Aufhebung der Verfügung. Der Bezirksausschuss erkannte zugunsten der Stadt und das Oberverwaltungsgericht entschied jetzt ebenfalls, daß die Stadt verpflichtet sei, der polizeilichen Verfügung nachzukommen. — Aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts ist in prinzipieller Hinsicht von Wichtigkeit, daß jetzt auch das Oberverwaltungsgericht, gleich dem Strafsenat des Kammergerichts, sich in Gegenwart zu einem Urteil des Reichsgerichts gestellt hat. Das Reichsgericht nimmt an, daß Polizeiverordnungen auf Grund des § 6b des Polizeiverwaltungsgesetzes den Grundbesitzern die Pflicht zur Befreiung des Bürgersteiges von Schnee und Eis selbständig auferlegen könne, ohne Rücksicht auf eine Oberbanz beziehungsweise ein Ortsstatut zu Lasten der Grundbesitzer. Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt ausgesprochen, daß ohne das Vor-

liegen einer Oberbanz zu Lasten der Grundbesitzer für diese lediglich durch eine Polizeiverordnung die Verpflichtung zur Befreiung der Bürgersteige von Schnee und Eis nicht begründet werden könne. Auch der erste Strafsenat des Kammergerichts hielt auf diesem Standpunkt.

## Lichtenberg.

Bei der Wahl der ersten Abteilung am Donnerstag blieben von 96 eingeschriebenen Wählern 50 ihr Wahlrecht aus. Bemerkenswert und für die Verhältnisse in Lichtenberg außerordentlich charakteristisch ist die Tatsache, daß die Vorschußbankgruppe sich nicht mit der bisherigen direkten Vertretung der Bank begnügte. Diesmal hat man außer dem Direktor Plonk auch noch einem anderen Bankvertreter, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats — Herrn Puls — ein Mandat gegeben. Auch der bei der Wahl in der zweiten Abteilung über Bord gefallene Dr. Wolkoff hat ein Mandat von den Erstklassigen erhalten.

Weder den Ausfall der Wahl in der zweiten Abteilung ergreift sich das „L. Z.“ in lamentationen. Es entbehrt nicht des pilantischen Reizes, aus dem Blatte zu entnehmen, daß viele Wähler bürgerlicher Couleur aus Angst vor den bürgerlichen Freunden nicht gewählt hätten. Auf das Wahlrecht verzichteten sie aus Sorge, es entweder mit dem Grundbesitzerverein oder mit den Mittelständlern zu verderben. Die letzteren müssen den Vortwurf einstecken, „dem eingeschüchterten Spießbürger die schlotternde Furcht in die Weisheit verkehrt“ zu haben. Ob die Herren Ägte und Genossen das ruhig einstecken werden? Wir registrieren die Vorwürfe zum gelegentlichen Gebrauch, wenn die Herren wieder mal Terrorismandate gegen die Sozialdemokratie erfinden.

Nach Spitzbubenakt macht das „L. Z.“ die Mittelständler für den Verlust eines Mandats im 6. Bezirk verantwortlich. Der Kompromißkandidat Pohlmann erhielt 171 Stimmen, der reime Mittelstandskandidat nur 110 und der echte Grundbesitzer 50 Stimmen, womit er gegen 184 sozialdemokratische Stimmen durchgecrächt war. Logischerweise können die Mittelständler den Vorschußbankleuten den Vortwurf machen, den Sieg der Sozialdemokratie verschuldet zu haben, weil sie nicht den Mittelstandskandidaten gewählt. Höhnend reklamiert das genannte Blatt die Kompromißkandidaten für die Vorschußbankgruppe. Das kommt dabon, wenn man sich mit solch unsicheren Antonten abgibt, die des Vertrauens zweier Parteien würdig befunden werden.

## Stralau.

Heute nachmittag von 5-8 Uhr findet eine Ersta Wahl für die dritte Klasse statt. Da nach den alten Listen gewählt wird, werden die im April und Oktober verzogenen zahlreichen Wähler erlucht, am Orte ihr Wahlrecht auszuüben. Das Wahllokal ist bei Steinide, Alt-Stralau 5.

## Röpenitz.

Aus Liebeskummer in den Tod. In der Grünstr. 19/20 verübte am Freitagmittag der 19 Jahre alte Buchhalter Bernhard Köhler Selbstmord, indem er sich durch einen Revolver schuß tötete. Der junge Mann unterhielt mit einem jungen Mädchen, das in demselben Hause bedienstet war, ein Liebesverhältnis, von dem die Eltern des Mannes aber nichts wissen wollten. Als das Mädchen von dem Selbstmord des Bräutigams hörte, erlitt es einen so schweren Nervenschock, daß es nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

## Ober-Schöne-weide.

Die Fleischermeister und der Fleischverkauf der Gemeinde war das Thema einer öffentlichen Versammlung, welche am Dienstag im „Wilhelminenhof“ tagte. Der Andrang zu der Versammlung war so stark, daß sämtliche Tische aus dem Saale entfernt werden mußten. Der Referent Bergmann vom Zentralverband der Fleischer zeigte in treffenden Worten, wie überall so auch hier die Schlächtereinnahmen bewiesen hätten, welche rücksichtsloses Gebilde sie darstellten; ihr Vorgehen bei dem ihnen übertragene Fleischverkauf verdiene die allerhärfste Verurteilung, die Meister wären nur bestrebt, aus der allgemeinen Notlage des Volkes Gewinn zu ziehen. Den Kommunen wäre dringend zu empfehlen, sich an die Fleischergelegenheitsorganisation zu wenden, dort ständen reichlich tüchtige Kräfte zur Verfügung. In der folgenden Diskussion bekamen die Fleischermeister gerade keine Schmeicheleien zu hören; von allen Rednern, auch Frauen, wurden die Angehörigkeiten der Meister verurteilt und die Maßnahmen der Gemeinde als unzureichend dargestellt. Eine Resolution, welche die Einwohner ermahnt, den Schlächtern gegenüber die gebotene Konsequenz zu üben, und die von der Gemeindevertretung die Schaffung weiterer Verkaufsstellen mit längerer Verkaufszeit fordert, fand Annahme.

## Treptow-Baumshulweg — Nieder-Schöne-weide.

Der „Männerchor Oberpre“ (M. d. A. S. V.) veranstaltete am 24. November (Totensonntag), abends 8 Uhr, im Etablissement „Ereogarten“, Treptow, sein diesjähriges Herbstkonzert. Mitwirkende: Margarete Blume (Sturfsängerin), Max Ladsch (Violone), Berliner Tonkünstler-Orchester (Fritz Blume). — Programm und Liedertexte 50 Pf. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

## Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. An der Uferpromenade, in der Nähe der Amalienstraße, soll der dort befindliche Pavillon in ein Milch- und Brauhaus umgebaut werden; die Kosten im Betrage von 3000 M. werden bewilligt; ebenso soll in der Nähe eine Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen errichtet werden, auch hierfür werden 3000 M. bewilligt. Die Einstellung von weiteren fünf Kühen in Wirtsholz gab dem Genossen Frey Anlaß, auf den verfallenen Milchvertrag einzugehen. Die Redner mitteilten, hat der diesige Milchvertrieb sich so gehoben, daß die Gemeinde gezwungen ist, teure Milch anzulassen, während die Wirtsholzer Milch zu einem billigeren Preise an die Milchzentrale verpackt ist. Dem Vorgesetzten schien die Aufstellung der Milchdebatte nicht recht zu sein, denn er wendete sich ganz entschieden gegen Genossen Frey und betonte, diese Frage gehöre nicht hierher. In der geheimen Sitzung wurden von der Wobengemeinschaft an der Kreisbahn Grundstücke nebst Strophenland im Betrage von 150 000 M. angekauft. Ferner erörterte die Vertretung die Befreyung der Stelle eines besoldeten Schöffen an Stelle des seines Amtes enthabenen Dr. Pape. Auf die städtische Ausschreibung haben sich 7 Bürgermeister, 6 Stadträte, 17 Magistratsassessoren, 4 Rechtsanwälte, 45 Gerichtsassessoren und einige Referendare gemeldet. Der neue Schöffe soll den Titel Gemeindegewalt erhalten. Das ganze Material wurde der Finanzkommission zur Erlebigung übertragen. Die Schöffenwahl, bei der zugleich auch zwei unbesoldete Schöffen zu wählen sind, soll am 3. Dezember stattfinden.

Vor circa 1500 Personen referierte am Dienstag im Schloß Weißensee Genosse Freisfeld über das Thema „Wir und der Balkankrieg“. Redner erledigte seine Aufgabe in überaus glänzender Weise. Die Versammlung spendete reichen Beifall.

In Kindesäußerungen legen wir Ihnen bitten wir, sich an die Genossin Luise Sälze, Ranghansstr. 186 III, zu wenden.

## Neuenhagen (Ostbahn).

Da zur Linderung der Fleischnot die von unseren Genossen beantragten Maßnahmen von der Gemeindevertretung abgelehnt und andere bisher noch nicht ergriffen sind, kehrten unsere Vertreter in der letzten Sitzung den Antrag: 1. Die Unterstüßungs- und Pflegegelder der Ortsarmen vom 1. November bis 31. März um 20 Proz. zu erhöhen, denselben eine Extraweihnachtsgratifikation zu gewähren und 2.: Der Elektrizitätskommission die Erhöhung des Stundenlohnes der Werkarbeiter um 2 Pf. anzubringen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Die Vertretung nahm sodann Kenntnis von der Rechnungslegung für das Jahr 1911. Die ordentliche Einnahme (Uebertrag vom Vorjahr, Erträge aus dem Grundbesitz, Steuern und Gebühren, verkaufte Pflastergelder) betrug 77 529,76 M. Die außerordentliche Einnahme (Pflastergelder von Anliegern, Anstaltungsgebühren, Beiträge zum Fonds für Gemeindefürsorge, Abfindung vom Kreis für Uebernahme der Eisenallee und Neuenhagener Allee) 324 171,65 M.; hierzu gehört auch die Einnahme des Elektrizitätswerks in Höhe von 44 010,02 M. Die ordentliche Ausgabe (Besoldungen und Dienstbezüge, fällige Ausgaben, Armen-, Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, Wegebau, Versicherungs- und Feuerlöschwesen, Schule und Kirche, Kreissteuer) betrug 76 021,31 M. Die außerordentliche (Pflasterung der Schmidtstraße, der Eisenallee und Bürgersteig im Dorf, Uebernahme der Eisenallee, Zuführung an Fonds) 307 882,81 M., dazu die Ausgabe des Elektrizitätswerks 44 010,12 M. Die Gesamteinnahme betrug 437 790,22 M., die Ausgabe 427 414,24 M. Der Uebertrag wird der nächstjährigen Rechnung vorgezogen. Die Erteilung des Zuschlages zur Pflasterung der Bahnhofstraße wurde ausgesetzt. — Genosse Reinhardt erhob Beschwerde gegen den Architekten respektive dessen Beauftragten als Aufsichtsführender beim Schulneubau. Es wurde betont, daß durch das übermäßige Halten die Solidität der Arbeit leidet und daß die Entlastung und Anstellung von Arbeitskräften Sache des Bauvermeisters sei. In geheimer Sitzung wurde über Erwerb von Straßenland verhandelt und das Gehalt der Sekretärstelle auf 2400 M., von drei bis fünf Jahren um 200 M. steigend bis zum Höchstgehalt von 3000 M. festgesetzt.

Der Gesangsverein „Immergrün“ Ziegel M. d. A. S. V. veranstaltet am Totensonntag in Trapp's Festsaal, Bahnhofstraße 1, ein Konzert unter Mitwirkung von Frau Gertraude Seipelt (Sopran), Herrn Armin Liebermann (Violoncello), am Klavier Herr Andre Torchiano. Karten a 60 Pf. sind vorher bei den Mitgliedern zu haben. Anfang 7 1/2 Uhr. Um rege Unterstützung der seitens Arbeiterchaft wird gebeten.

## Tegel.

Die öffentliche Ausstellung von Jugendschriften und Wandschmuck veranstaltet der Wahlverein im Lokale von G. Milbrodt, Kronprinzenstraße 15, am Sonntag, den 24. November, nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Um 3 Uhr hält Genosse Walter Zimmermann, Karlshorst einen Vortrag über: „Jugendschriften und Wandschmuck im proletarischen Heim“.

## Rosenthal.

Eine öffentliche Ausstellung von Jugendschriften und Wandschmuck veranstaltet der Wahlverein im Lokale von G. Milbrodt, Kronprinzenstraße 15, am Sonntag, den 24. November, nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Um 3 Uhr hält Genosse Walter Zimmermann, Karlshorst einen Vortrag über: „Jugendschriften und Wandschmuck im proletarischen Heim“.

Der Seefischverkauf der Gemeinde, der bis jetzt immer bei der Bevölkerung gute Aufnahme fand, hatte in dieser Woche nicht diesen Zuspruch zu verzeichnen. Es lag dies daran, daß ein hiesiger Geschäftsmann die Bevölkerung irreführte, indem er tags vorher Plakate, die genau im Ansehen und Text denen der Gemeinde gleichen, an denselben Stellen veröffentlichte. Auch waren die Preise so niedrig gesetzt, daß kein Verdienst für ihn übrig blieb; billiger wie die Gemeinde konnte er jedoch auch nicht liefern. Durch diese Irreführung hatte der von der Gemeinde veranstaltete Verkauf keinen großen Zuspruch. Das Publikum merkte nichts von diesen Manipulationen und war der Meinung, daß dem betreffenden Geschäftsmann der Verkauf übertragen war. Im Interesse des Publikums wird darauf hingewiesen, daß der Verkauf immer noch beim Gemeindevorsteher Genossen Milbrodt, Kronprinzenstraße 15, stattfindet.

## Vernau.

In der Stadtverordnetenversammlung widmete der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Volk dem verstorbenen Vorsteher A. Bernick ehrende Worte der Anerkennung. Alsdann wurde der neu gewählte Ratsherr König in sein Amt eingeführt. Die Magistratsvorlage betreffend die Abänderung der Lehrerbeförderungsordnung für die Lehrer und Lehrerinnen der städtischen Volksschule wurde von der Versammlung angenommen. Die Neuwahl der Rechnungsprüfungs- und Statkommission wurde auf Antrag Schmeichel bis zum Januar 1913 vertagt. In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Bezirksfeldwebel Franz Stenholz aus Dessau als Magistratsvorlage betreffend die Anstellung des Maschinenmeisters Seidel, welcher am hiesigen Wasservort beschäftigt ist, ihre Zustimmung.

## Sergelshe.

Die Gemeindevertretung im benachbarten Lichtenow wählte in ihrer letzten Sitzung zum Gemeindevorsteher den Rentier A. Hinge und zum Gemeindegewalt den Lehngutsbesitzer G. Wreders.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ III. Jochen das 8. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervorgehoben: An der Spitze der Hierarchie. Von J. Reesfeld. — Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik. Von Anton Cammel. — Die „Dachstuhl“- und die Organisationskämpfe im Orient. Von Michael Warandian. — Die Petrovsk-Industrie in Oesterreich. Von Hermann Diamant (Reinberg). — Der Schweizer Parteitag in Neuenburg. Von Robert Grimm. — Literarische Rundschau: Prof. Dr. Franz Culenburg. Die Preissteigerung des letzten Jahres. Von Sp. Dr. Johannes Kinkel. Die sozialökonomischen Grundlagen der Staats- und Wissenschaftslehren von Aristoteles. Von K. K. — Kritiken: Selbstberichtigung. Von A. Bebel. — Ergänzungsheft zur Neuen Zeit Nr. 15: Die französische Sprache vor und nach der Revolution. Untersuchungen über die Wurzeln der modernen Bourgeoisie. Von Paul Lafargue. Uebersetzt von Karl Kautsk jun. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 24. November: Nach dem Golener Bergen, Schmöder, Golener Berge, Golener Rüggeheim, Friedrichshagen.

Für Nachzügler im Lokal „Lindenhof“, Eichenwaldstraße 14, in Gosen. Treffpunkt Bahnhof Eichenwaldstraße 6 1/2 Uhr.

Arbeiter-Ordnungsverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 24. November: Wanderung von Birkenwerder nach Forsthaus Glens, Summit, Briesetal, Birkenwerder. Abfahrt nach Birkenwerder vom Stralauer Bahnhof früh 6,57.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“, Wanderfahrten am Sonntag, den 24. November: I. Grünberg — Schwanen — Schwante. Abf. Stral. früh 7,42 Uhr vorm. II. Potsdam — Coarund — Neudachberg. Abf. Str. früh 7,42 Uhr vorm. III. Blumberg — Neuenau — Bartsch. Abf. Str. früh 7,42 Uhr vorm. IV. Arnswald — Birkenwerder. Abf. Str. früh 7,03 Uhr vorm. V. Wiesentz-Dt — Teltow — Jochenhof. Treffpunkt 2 Uhr nachm. Abf. Wiesentz-Dt (Endstation der Stralauerbahn Nr. 99).

Deutscher Arbeiter-Abteilungsverband. Ortsgruppe Berlin. Bezirksversammlungen heute, am 22. November: Norden, Danziger Str. 93. 8 1/2 Uhr. Vortrag: Unser Programm. Süden und Neukölln. West. Spandauer, Dresdener Str. 19 I. 8 1/2 Uhr. Vortrag: Die sozialökonomischen Grundlagen der Staats- und Wissenschaftslehren von Aristoteles. Diskussion. Disziplin. Gäste willkommen.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau

Wasserstand	am 20. 11.	seit 19. 11.	Wasserstand	am 20. 11.	seit 19. 11.
	cm	cm		cm	cm
Memel, Tilsit	310	-20	Saale, Großh.	181	-8
Regel, Jüterburg	10	-10	Saale, Spandau	56	-8
Wespe, Thorn	264	+28	Saale, Rathenow	63	0
Ober, Rathow	210	-14	Spree, Spremberg	56	+2
• Krollen	263	+10	• Westow	96	+2
• Rvanstorf	294	+9	Weser, Rindben	292	-8
Barthe, Sarinm.	108	+4	• Rindben	402	-11
• Landsberg	53	+4	• Rindben, Margilliansbau	—	—
Regel, Baranum	28	-4	• Rind	228	-16
Eibe, Leitmeritz	75	-9	• Rind	306	-21
• Dresden	47	-1	Redar, Dellbronn	102	-3
• Barby	508	-20	Rain, Danna	241	-18
• Magdeburg	254	-25	Weser, Trier	114	+1

+) bedeutet Hoch, — heißt Unterpegel.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Weis, Neukölln. Für den

Inseratenteil verantw.: Th. Wied, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.